Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 166 26. Februar 1977

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

druck: druckladen

INLAND

Fortsetzung Rückseite

MEK-Bullen in Brokdorf: Das Foto zeigt drei der maskierten Zivilbullen (mit Waffen) des Mobilen Einsatz-Kommandos der Polizei, das noch nicht allzulange her „zur Terroristenbekämpfung" lautstark gefordert und gebildet wurde und das jetzt von der Demonstration in Brokdorf heimkehrende Teilnehmer überfiel, zu Boden warf, fesselte und schikanierte, nur um einem angeblichen „Hinweis auf Sprengstoff" zufolge das Fahrzeug zu durchsuchen. (Siehe Berichte der Betroffenen im Innenteil. Fotos über ID-Bilderdienst.)

ID-NACHRICHTENBERG

Wen wundert's — in diesem ID nehmen die Berichte zu Brokdorf den breitesten Raum ein. Weil aber selbst dazu diese Woche was in den Schubladen liegen bleibt, sagen wir euch, was wir zwar dahaben, aber erst nächste Woche veröffentlichen werden:

— Berichte, was an diesem Tag in anderen Städten gelaufen ist, z. B. Polizeischüsse beim Anti-KKW-Theater in München,
— über den Lehrer Fritz Storim aus der BUU, dem gerichtlich verboten wurde, in seinem Leben noch mal zu einer Bauplatzbesetzung aufzurufen,
— über die Situation der in Bremen Verhafteten, denen Mollibau vorgeworden wird,
— außerdem noch was zu Itzehoe.

Daneben, dadrunter und darüber liegen natürlich noch eine ganze Reihe anderer liegengebliebener Nachrichten aus diversen Bereichen, die wir diese Woche nicht verkraftet haben. Aber in einer Woche erscheint ja dann der noch neuere ID.

Noch etwas: Wir haben noch nie zu irgend einer Aktion so viele Berichte bekommen, wie zu der kurzen Platzbesetzung in Grohnde. Von insgesamt 8 eingesandten und drei angekündigten haben wir aus zweien einen Bericht gemacht. Trotzdem dufte.

RUSSELL-ARBEITSKONFERENZ VERSCHOBEN

Frankfurt (ID)
24. Februar

Die Arbeitskonferenz zur Unterstützung des Russell-Tribunals, die am 5./6. März in Frankfurt stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit (etwa 4 Wochen) verschoben worden, weil die organisatorischen Vorbereitungen nicht abgeschlossen sind. Der genaue Zeitpunkt soll auf dem Wochenendtreffen des Initiativausschusses in Frankfurt festgelegt und später bekanntgegeben werden.

Einige Gruppen, die im Frankfurter Arbeitskreis gegen die Repression arbeiten, darunter der KB, legen Wert auf die Feststellung, daß der im letzten ID veröffentlichte Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD, der neben dem SB, dem ID und dem WISK auch von eben jenem Arbeitskreis unterzeichnet war, der das jedoch ohne Rücksprache mit mehreren Mitgliedern des Arbeitskreises getan hat, insofern der Aufruf als erster Entwurf zu einem Aufruf gelten darf, der in voraussichtlich endgültiger Fassung von der Arbeitskonferenz verabschiedet werden wird.

BREMER „SCHNÜRSCHUH"

BREMEN
22. Februar

Das Redaktionskollektiv der Bremer Stadtzeitung „Schnürschuh" hat nach zweimonatigem Bestehen gebeten, noch einmal auf sein Vorhandensein hinzuweisen. Also:

Der „Schnürschuh" ist durch eine Gruppe von Sozialpädagogen entstanden, die neben anderen Aktivitäten auch eine Zeitung aufbauten. So nach und nach fühlten die Betei ligten den Drang nach größerer Öffentlichkeit und griffen im „Schnürschuh" auch Probleme außerhalb des sozialpädagogischen Bereichs auf, d.h. sie versuchen jetzt, eine Alternativ-Zeitung zu machen. Für viele Leute, auch Freaks, Pedanten, Kanalarbeiter, Intellektuelle und Tagträumer,wie sie auf der Titelseite verkünden. Die Schnürschuh-Gruppe bietet außerdem einen Treff, Kneipe, Frauen- und Fotogruppe an.

Die Zeitung ist für eine Mark bei „Schnürschuh-Zeitung" Fedelhören 43, jugendeigene Zeitung, c/o Kurt Wobbe, Ansbacher Str. 76, 2800 Bremen-Findorff, zu bekommen.

COURAGE-VERTRIEB : BERICHTIGUNG

WESTBERLIN
16. Februar

Die Courage gibt es zwar am Kiosk, wie im ID 162 (fälschli ch auch: zweite Nummer„161"genannt) stand, aber bestellen sollte man/frau sie bei folgender Adresse:

Verlags-Union, Friedrich-Bergius-Str. 7, 6200 Wiesbaden
nicht beim Westberliner Frauenbuchvertrieb. (Übrigens: die Nummer 1/1976 ist vergriffen!)

SOLIDARITÄTSKONTO FÜR KARL-HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO

KÖLN
22. Februar

Auf verschiedenen Spendenaufrufen zur Unterstützung des Prozesses gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto sind mißverständliche, weil falsche Angaben über das Spendenkonto erschienen. Viele Spender bekamen ihre Überweisung zurück und auf dem richtigen Konto herrschte gähnende Leere. Darum hier das garantiert richtige Konto, das von dem Kölner Unterstützungsbüro bür beide Gefangene eingerichtet wurde:

**Wolfgang Hippe, Stadtsparkasse Köln,
Kontonummer 105 103 287**

Das Unterstützungsbüro gibt überdies bekannt, daß die Erklärung zur Person von Roland Otto mittlerweile ebenfalls vorliegt. Sie kann nur zusammen mit der Erklärung zur Person von Karl-Heinz Roth verkauft werden,und das kostet dann zwei Mark.

BRANDANSCHLAG GEGEN LINKE BUCHHANDLUNG

MÜNSTER
21.Februar

Der Buchladen ROSTA in Münster ist vor genau einem Jahr in seinen neuen Laden eingezogen. Und in diesem einen Jahr ist er genau acht Mal Gegenstand offensichtlich faschistischer Aktionen geworden. 5 Mal wurden die großen Schaufensterscheiben eingeworfen; die beiden ersten Male haben die NPD bzw. die Jungen Nationaldemokraten einen Hinweis hinterlassen, daß sie das waren. Die übrigen drei Mal waren die Aktionen anonym; einen Schluß auf die potentiellen Täter zu ziehen, fällt allerdings nicht schwer. Einmal wurde der Laden mit einer NPD-Parole beschmiert und einmal klebte ein Aufkleber der Jungen Nationaldemokraten am Laden.

In der Nacht zum Rosenmontag nun ist — wiederum anonym — ein Brandsatz in das Schaufenster geschleudert worden. Das Ding wurde von einem Genossen entdeckt, der rein zufällig da vorbeikam. Dadurch konnte verhindert werden,daß der ganze Laden ausbrannte. Das Schaufenster jedoch ist restlos ausgebrannt.

Die ROSTA-Leute haben — so wie jedesmal nach einem Anschlag auf den Laden — Anzeige gestellt: gegen Unbekannt. Aber alle Strafanzeigen, die sie bisher gestellt haben, wurden nach einiger Zeit eingestellt. Da das unbekannte Täter waren, kann man sich ja als Polizist totermitteln, ohne was rauskriegen zu müssen...!

DIE VORBEREITUNG

Den 30.000 Brokdorffahrern stand in den letzten Wochen eine mörderische Propagandamaschine entgegen — und die Ungewissheit, ob sie bei den Leuten ihr Ziel erreicht . Die riesige Zahl der Demonstranten spricht da ganz für sich — und für die Bewegung, die sich ihre politische Handlungsfähigkeit nicht hat nehmen lassen.

Die psychologische Kriegsführung tönte aus allen Kanälen. In der Wilster Marsch wurde den Bürgern von der Landespolizei Schleswig Holstein folgendes mitgeteilt:

Am Sonnabend, dem 19. Februar, wird es wieder zu Demonstrationen gegen den Bau eines Kernkraftwerkes bei Brokdorf kommen. Extremistische Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus dem Ausland haben bereits angekündigt, daß sie wieder gewaltsam gegen den Bauplatz vorgehen wollen. Wir alle wissen, daß es für viele dieser Chaoten gar nicht um die Ablehnung von Kernenergie geht, sondern daß sie unseren freiheitlichen Rechtsstaat, den sie bekämpfen, in Frage stellen wollen.

Das macht polizeiliche Vorsorgemaßnahmen in erheblichem Umfange notwendig. Gemeinsam mit Polizeikräften aus anderen Bundesländern und des Bundesgrenzschutzes wird die schleswig-holsteinische Landespolizei deshalb am 19. Februar umfangreiche Sicherungsmaßnahmen auch für die Bürger der Wilstermarsch treffen. Es ist dabei nicht auszuschließen und auch nicht vermeidbar, daß auch Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in der Wilstermarsch Beeinträchtigungen hinnehmen müssen. Bitte haben Sie dafür Verständnis: Was die Polizei dort tun muß, dient auch Ihrem persönlichen Schutz.

Schließlich haben wir noch eine besondere Bitte an Sie: Stellen Sie in diesen Tagen unbekannten Personen weder Unterkunft noch Raum für die Lagerung von Material zur Verfügung. Dadurch schützen Sie sich selbst und leisten Ihren Beitrag für die Erhaltung des Friedens in der Wilstermarsch.

Parallel dazu in der Presse: „Wer jetzt kommt, will nur Gewalt" (BILD) „Der harte Kern besteht aus reinen Terroristen, ja sogar Verbrechern" (BILD). Im rette-sich-wer-kann Jargon suggeriert die WELT den Paniknotstand über Brokdorf: „Hausrat wird weggeschafft. Wertvolles wie Bilder, Schmuck, Fernseher, Pelzmantel liegt in den Autos der Brokdorfer Bürger und soll fortgefahren werden. ... In Brokdorf herrscht panische Angst. Die Menschen rechnen mit dem Schlimmsten. Kleine Kinder werden von ihren Eltern in die Nachbardörfer gefahren". Hamburger Abendblatt: „Am größten ist die Furcht vor Brandschatzungen." BILD am Sonntag ließ sogar einen kleinen Jungen beten: „Lieber Gott, mach, daß alle Chaoten ertrinken". Die Frankfurter Allgemeine Zeitung,strategisch verfeinert, machte sich Sorgen, echte Sorgen,um die „Entmischung der terroristischen Gruppen und der Kommunisten auf der einen Seite, der wirklichen Kernkraftgegner auf der anderen Seite". Den Vogel jedoch schoß die sozialliberale Frankfurter Rundschau ab, die sich in der politischen Einordnung der KKW-Gegner versuchte. Der Artikel hieß: „Die Gefahr geht von den Spontis aus". Zu diesen zählt die FR den KBW und die KPD, und „zu den Spontis zählen auch die größenmäßig kaum ins Gewicht fallenden Mitglieder der KPD/ML". Mit Hinweis auf Nazi-Roeders geplanten Auftritt heißt es: „In diesem Milieu in dem sich links- und rechtsradikale Gewaltaktionen überlappen ...". Die Einkreisung der „Gewalttäter" in Brokdorf ging einher mit deutlichen Mahnungen, wie demokratischer Protest allein auszusehen habe: „Proteste und Demonstrationen sind sinnvolle und notwendige Bürgerrechte, nur: die Entscheidungen müssen ohne Zwang im Parlament fallen" (FR, unter dem Titel „Kein Ersatz für Politik"). Jedes Medium übernimmt widerspruchslos seine ihm zugedachte staatsergebene Rolle. Schließlich powert Kanzler Schmidt mit besorgter Miene im Fernsehen und warnt vor „Irrwegen", womit er sicher nicht die feuchten Feldwege der Wilster Marsch gemeint hat. Neben der Notwendigkeit der Kernenergie hält er dem Volk vor, „einige Demonstranten seien vom Terrorismus nicht mehr weit entfernt".

Die Diskussionen eines Teils der KKW-Gegner in der BRD zeichnen sich angesichts verwirrender Informationen und spekulativer Einschätzungen durch Ratlosigkeit aus. Wird es zum blutigen Kampf kommen? Kann man die Einheit der Bewegung in letzter Minute retten? Was spricht für Brokdorf, was für Itzehoe? Wer bereitet sich auf was vor? Wird eine Besetzung gewagt oder nur demonstriert? In einigen Städten stand man echt vor der Zerreißprobe. Eine Bundeskonferenz von Bürgerinitiativen in Wilster votierte mehrheitlich für Brokdorf — klar war aber auch, daß die anderen gar nicht erst gekommen waren. Einzig in Hamburg bestand die Einmütigkeit, nach Brokdorf zu fahren, war das auch ein klarer Konsens der beteiligten Gruppen.

Das schlug sich auch in der allgemeinen Stimmung nieder. Auf Diskussionen, Festen, Infoständen mitten in der Stadt wurde mit viel größerer Offenheit und auch Zuversicht über die Chancen der Brokdorf-Demo geredet, als auf vielen Sponti-Plenen im Landesinnern. Durch bloße Mund-zu-Mund-Propaganda wurde ein knapp einberufenes Brokdorf-Plenum im Hamburger Audimax zu einer der größten Veranstaltungen, die dieser Saal je erlebte. Ein deutlicher Hinweis, auf die die Organisiertheit der Gruppen. Ungefähr 150 Gasmasken, in der Nacht zuvor von den Bullen beschlagnahmt und dann wieder freigegeben, gingen weg wie die berüchtigten warmen Semmeln.

DIE ANFAHRT

Seit Freitag abend (18.2.) herrschte in ganz Deutschland Alarmstimmung. Zur systematischen Vorbereitung eines unerträglichen Spannungszustandes wurde alles eingesetzt, was die Leute noch in letzter Minute vom Mitmachen abhalten könnte. Am Tag zuvor war das Demonstrationsverbot aufgehoben worden — manchen fiel dabei wenigstens ein kleiner Stein vom Herzen — dann setzt sich das Oberverwaltungsgericht Lüneburg noch mal hin und hört sich an, was der Verfassungsschutz für Erkenntnisse gesammelt hat. Mit dem endgültigen Verbot der Demo wird quasi gerichtlich beschlossen, es habe gefälligst Bürgerkrieg zu geben. Ungefähr zu der Zeit, als sich die Busse und PKWs nach Norden auf den Weg machen, kommen die ersten Kriegsnachrichten im Radio: 55 Mollis in Bremen gefunden, 3 Verhaftungen. Danach der milde Walter Scheel, der sich für Bürgerinitiativen ausgesprochen haben soll, aber ... . Autofahrer werden gebeten, den ganzen Großraum zu meiden, die Polizei habe alles dichtgemacht. Trotzdem: zigtausende sind bereits auf einer ungewissen Fahrt. Die Polizeiüberfälle auf die anreisenden Busse kommen dann Schlag auf Schlag:

Ab 18.00 Uhr am Freitagabend im ganzen Bundesgebiet laufend Kontrollen von „verdächtigen" Fahrzeugen

18.30: 2 Busse aus Tübingen werden zur Straßenmeisterei Nürtingen umgeleitet und zwei Stunden durchsucht, eine vorläufige Festnahme erfolgt

23.00: 2 Busse aus Mannheim werden in die Polizeikaserne Neuwied gebracht und gefilzt.

0.30: 6 Busse aus Nürnberg und Tübingen werden erst zur Autobahnmeisterei Erpshausen, dann zum Parkplatz Riederner Wald gezwungen und bis 3.55 Uhr aufgehalten. Einer wird verhaftet, Sachen werden beschlagnahmt.

0.45: 2 Busse aus Reutlingen werden direkt nach der Abfahrt von 10 Mannschaftswagen gestoppt und bis 2.00 in Schach gehalten. Vermutlich befanden sich in den Bussen zwei Provokateure

1.15: 2 Busse aus Karlsruhe werden in Heidelberg angehalten, 2 Leute verhaftet.

1.30: 3 Busse aus Frankfurt werden in der Autobahnmeisterei Butzbach zwei Stunden angehalten, zwei Leute verhaftet.

1.50: Gleichzeitige Razzia auf unzählige Busse aus Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Berlin. Hier wurden 360 Leute direkt bei der Abfahrt durchsucht und kontrolliert. Verzögerung jeweils bis zu drei Stunden.

2.42: 3 Busse aus München in Würzburg-Nord werden festgehalten bis 4.00 Uhr.

3.55: 150 Leute aus Würzburg, Nürnberg und München werden in Oberstulber festgesetzt.

Insgesamt, schätzt die BUU, sind 6.000 Leute schon unterwegs so lange aufgehalten worden, daß sie das Ziel Brokdorf oder Itzehoe gar nicht erreichen konnten. In Nürnberg zogen drei Busladungen die Konsequenz . und demonstrierten dort. Einige MEK-Kommandos haben die Leute beim Filzen und Verhaften übel zugerichtet. Es wurde gedroht, beim Weiterfahren würde in den Reifen geschossen, Zündschlüssel und Führerscheine der Fahrer wurden einfach beschlagnahmt. Als Rechtsgrundlage kann man da nur den quasi ausgerufenen Notstand vermuten. Manche Busse wurden gleich mehrmals gestoppt. Insgesamt sind an die 50 Leute in eine Art Vorbeugehaft genommen worden, um sie „an der Ausübung von Gewalt zu hindern".

Hier zwei Einzelberichte über die nächtlichen Straßen-Raubereien:

3 Busse fuhren im Konvoi mit PKW's am Freitagabend von Frankfurt aus los in Richtung Hamburg. Kurz vor der Autobahnanschlußstelle Butzbach winkte uns ein Streifenwagen der Polizei auf die Abbiegespur und führte den gesamten Fahrzeugkonvoi in einen großen Garagenhof der Polizeikaserne Butzbach. Das große Tor wurde geschlossen, alle Fahrzeuge mußten in Reih und Glied parken, Bullen mit Maschinenpistolen und Hunden sicherten das Gelände. Neben den ca. 40 Bullen in Uniform und Bewaffnung standen dort auch noch mindestens 10 Zivilbullen (2 Frauen). Der ganze Hof war flutlichtmäßig ausgestrahlt. Die MPs der Bullen waren im Anschlag und auf uns gerichtet. Der Grund für diese Aktion wurde auch auf mehrmaliges Anfragen nicht angegeben. Selbst die Fenster der Wagen, durch die einige Leute immer wieder nach dem Einsatzleiter fragten, mußten geschlossen werden. Die Bullen gaben auf keine Frage eine Antwort.

Als zwei Frauen versuchten, den einen Bus zu verlassen und nach dem Einsatzleiter zu fragen, wurden sie durch mehrere Rechtsstaatschützer in Uniform zurückgedrängt. Mit Gewalt wurde versucht, die Bustür zuzudrücken, obwohl beide Frauen noch ihre Beine in der Türangel hatten. Trotz Schreien wurde weiter gedrückt. Mit Gegengewalt und Schnelligkeit wurden dann bei de in den Bus zurückgeholt.

Nach einiger Zeit wurde jeder Bus – nacheinander –durchsucht. Jedes Gepäckstückwurde bis zum letzten Butterbrot gefilzt, an Limonadeflaschen wird gerochen, Notizblocks und Bücher werden durchgeblättert. Mann für Mann, Frau für Frau werden die Leute leibesvisitiert – von den Zivilen. Teilweise stehend, Hände an der Buswand, mit dem Rücken zum Bullen. Das Abtatschen ging vor sich wie in Stammheim. Natürlich werden alle Pässe kontrolliert. Die „abgefertigten" Leute mußten draußen stehenbleiben, geschlossen und bewacht. Wer pissen wollte, durfte dies in Begleitung eines Bullen mit Hund am Zaun. Die draußen Stehenden wurden immer wieder in Richtung der Garagenwand abgedrängt, als sie näher beobachten wollten, was geschah. Unsere Empörung (Polizeistaat, Freiheitsberaubung und so weiter) wurde teils mit Verlegenheit, teils (bei ganz Versauten) mit dumm-feister Lächelmiene beantwortet. Als einer von uns sagte, daß diese Aktion die Unverschämtheit der Polizei und die Dummheit der Bullen (die sowas mitmachen) beweist, antwortete ein Bulle sinngemäß, daß eine solche Äußerung schon einmal jemanden das Leben gekostet hätte.

Als alle und jedes durchsucht und registriert war(en), stellt sich heraus, daß absolut nichts „gefunden" wurde. Fünf Zitronen wurden beschlagnahmt. Ohne Quittung. Viele von uns haben sich jedoch Dienstnummern einiger Bullen notiert. Nach eindreiviertel Stunden konnten wir weiter fahren. Das Ganze war natürlich einfach inszeniert worden, um uns aufzuhalten. Beim Rausfahren drohten sie uns mit einer weiteren Polizeiaktion in bzw. bei Kassel. Wir konnten uns drei Kfz-Nummern von Zivilbullenautos notieren: F - DV 965, F - CA 762 und F –DV 997.

Ein Bericht aus Tübingen, der die generalstabsmäßige Anlage der Durchsuchungen belegt:

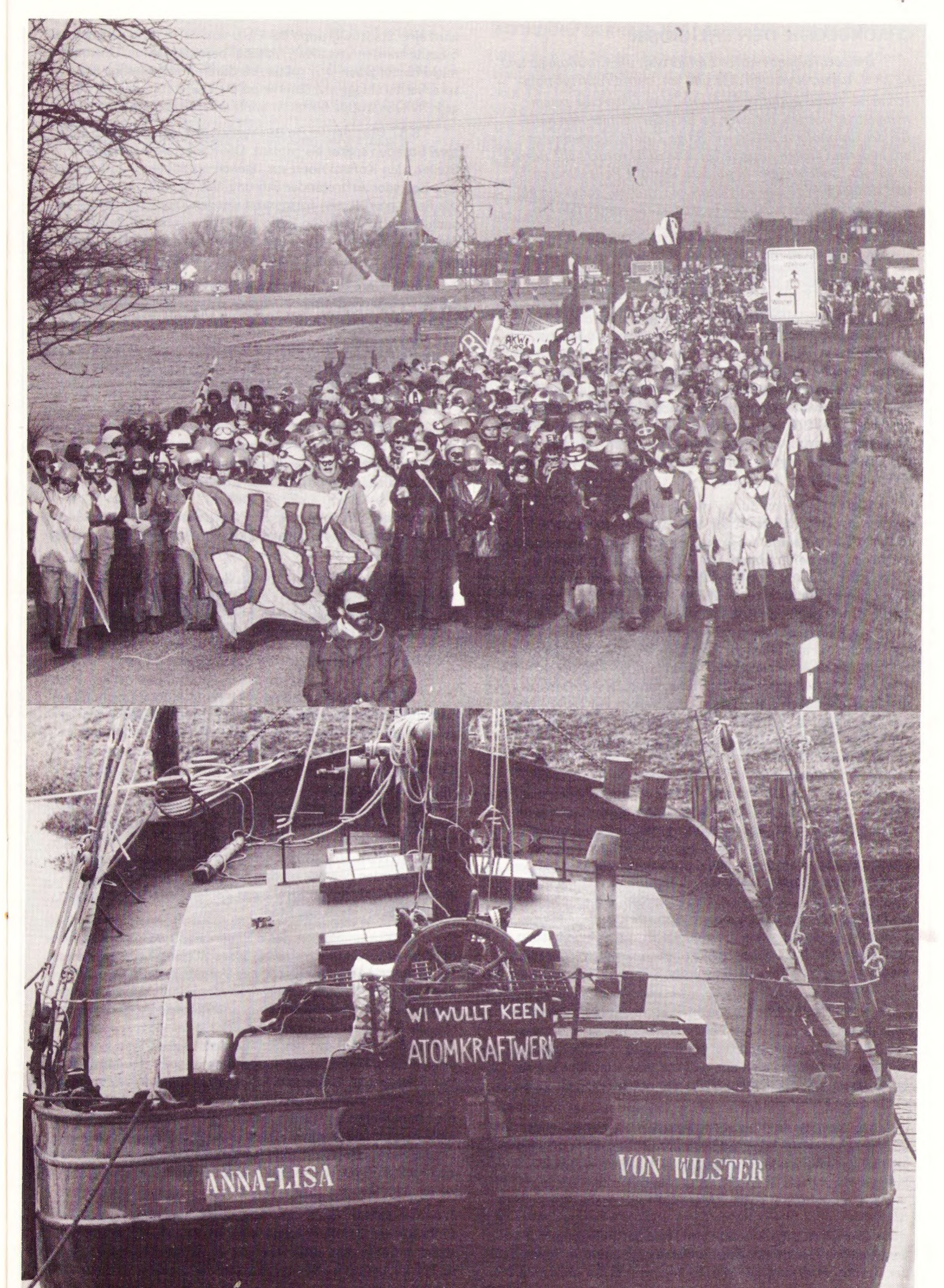
Kurz vor 18 h erfuhr der AStA von Personen, die von Tübingen in Richtung Stuttgart fuhren, daß nach Bebenhausen sämtliche Fahrzeuge, die mit jüngeren Leuten besetzt waren, kontrolliert und nach Waffen durchsucht wurden. Insbesondere dienten diese Durchsuchungen der Kenntlichmachung der Leute, die zu der geplanten Demonstration nach Brokdorf fahren wollten.

Der AStA informierte von diesen Vorfällen die noch hinter dem Kupferbau wartenden Brokdorffahrer, worauf zwei der drei Busse aus Tübingen nicht über Bebenhausen auf die Autobahn fuhren, sondern über Kusterdingen.

In einem PKW verfolgten deshalb Mitglieder des AStA die beiden Brokdorf-Busse mit einer Filmkamera, um hier in Tübingen über eine eventuelle Durchsuchung berichten zu können.

Die beiden Tübinger Busse wurden sofort von zivilen Fahrzeugen der Polizei verfolgt, einem roten VW-Passat mit der Nummer TÜ - VN 64 und einem blauen Passat mit der Nummer TÜ - DY 57. Hinter jedem der Busse fuhr direkt ein Polizeiauto, dann wir mit unserer Kamera. Hinter Neckartenzlingen wurden wir dann zuerst von zwei Polizeifahrzeugen mit Blaulicht überholt, die die Busse zum Anhalten zwangen. Im Schrittempo ging es dann noch einige Meter vorwärts, bis zu einer Straßenmeisterei direkt an der Kreuzung Schnellstraße Reutlingen – Stuttgart, und Tübingen – Nürtingen. Es kamen dann immer mehr Polizeifahrzeuge aus allen Richtungen, insgesamt waren etwa 20 Fahrzeuge der Polizei (Streifenwagen, Mannschaftstransportbusse, Transporter mit ausfahrbarem Lichtmast) beteiligt, und etwa 60 bis 80 Polizisten, teilweise mit Maschinenpistolen, Schlagstöcken und Hunden bewaffnet. Nach kurzem Aufenthalt auf der Straße wurden wir dann in die Straßenmeisterei eingeleitet, das Tor teilweise geschlossen und die Busse von Polizisten eingekreist. Zuerst durfte niemand aussteigen, dann mußten wir einzeln aus den Fahrzeugen aussteigen, wir wurden nach Waffen durchsucht und durften uns auf dem Parkplatz in der Straßenmeisterei aufhalten, waren aber durch mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten eingekreist. Die Frauen durften die Busse gut eine halbe Stunde lang nicht verlassen, auch nicht auf die Toilette, da weibliche Polizei zwar angefordert war, aber zuerst nicht zur Verfügung stand.

Begründet wurde die Polizeiaktion zuerst als eine normale „Verkehrskontrolle", später wurde uns mitgeteilt, daß wir alle vorläufig festgenommen wären. Bei der Durchsuchung unseres PKW wurde uns dann gesagt, daß die Aktion wegen „Brokdorf" durchgeführt werden würde. Die Busse und unser PKW wurden peinlichst durchsucht: insgesamt wurden folgende Gegenstände beschlagnahmt: Gasmasken, ein Fahrtenmesser und ein Metallrohr, das im Kofferraum des PKW lag und als Verlängerung für das Radkreuz diente (der PKW fuhr überhaupt nicht nach Brokdorf). Vorläufig beschlagnahmt wurden Zitronensaft (!) und sämtliche Sturzhelme. Ein Zivilpolizist hatte außerdem unsere Videoanlage mit der Bemerkung, wir hätten damit den Polizeifunk abgehört, beschlagnahmt, gab sie dann aber nach einem Gespräch mit der Einsatzleitung zurück. Insgesamt wurden wir über zwei Stunden festgehalten, bis wir wieder weiterfahren konnten.


WI WULLT KEEN
ATOMKRAFTWERK
ANNA-LISA
VON WILSTER

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

Die nachfolgende kurze Einführung, die Chronologie und die zwei Augenzeugenberichte sind von dem Ermittlungsausschuß der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe zusammengestellt worden, die auch zu Brokdorf aufgerufen hatte. Bei der Chronologie haben wir einige Zusatzinformationen aus anderen Quellen hinzugefügt. Die BUU fordert alle Betroffenen auf, Berichte über besondere Vorfälle,Polizeiübergriffe und dergleichen an den Ausschuß zu schicken, damit ein klares Bild ermöglicht wird, das besonders für zukünftige Prozesse wichtig ist. Hier die Adresse:

Ermittlungsausschuß der BUU
c/o Klaus Derikum,Eppendorfer Baum 4
2000 Hamburg 20- Tel. 040/480 7818

Die Bürgerinitiativen (BIs) waren einer psychologischen Kriegsführung ausgesetzt, der sie am Ende nicht gewachsen waren. Nach Ankündigung des 19.2. im Dezember 76 setzten auf allen Ebenen massive Einschüchterungen und Spaltungsversuche ein. Die Landesregierung propagierte den vollen Einsatz staatlicher Gewaltmaßnahmen, Bundesgrenzschutz und Polizei aus der ganzen BRD wurden zusammengezogen, Passierscheine für die Bevölkerung ausgegeben. In den letzten Tagen wurde das Gebiet weiträumig abgesperrt, Polizeikontrollen mit Maschinenpistolen vorgenommen.

Die Angst in den Bürgerinitiativen wurde von Parteivertretern aus SPD,DKP und FDP benutzt, eine Demonstration in Itzehoe zu organisieren. Diese Demonstration verunsicherte diejenigen, die befürchteten, bei Teilnahme in Brokdorf als Terroristen, Chaoten, radikale Minderheit diffamiert zu werden. Die gesamte Bürgerliche Presse – von BILD bis ‚Frankfurter Rundschau' – schloß sich dieser Kampagne an. Die Angst vor Berufsverboten und politischen Entlassungen wurden durch die Fälle von Jens Pommerenke und Fritz Storim geschürt. Diese Auseinandersetzungen banden Kräfte und lähmten die praktische Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration. Schließlich sollten durch das Verbot der Demonstration diejenigen abgeschreckt werden, die fürchteten, allein durch ihre Teilnahme direkt kriminalisiert zu werden. Es gab mindestens 20 Festnahmen von Flugblattverteilern wegen Aufruf zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration. Das Hickhack (Verbot – nicht Verbot) verstärkte noch die allgemeine Verwirrung. Diese Maßnahmen zusammen bewirkten eine bundesweite Desorientierung der Bürgerinitiativen und der linken Szene. Das führte schließlich dazu, daß die meisten Gruppen am Vorabend der Demonstration darauf verzichteten, das vorbereitete Material für eine Besetzung mitzunehmen. Damit wurde das politische Prinzip aufgegeben,erst am Platz selbst zu entscheiden, ob man stark genug für eine Besetzung ist. Durch diese individuelle Entscheidung besteht die Gefahr, daß jetzt die entschlossensten Gruppen öffentlich abgespalten und kriminalisiert werden können.

FREITAG, 18.2. 15.00 Uhr: Vertrauensleute-Treffen. Delegierte der Gruppen der BUU und verschiedener BIs aus der BRD organisieren und planen die Anfahrt. Mehrheitlich schätzen die Anwesenden ein, daß nur eine friedliche Demo ohne Besetzung möglich ist. Nicht alle betroffenen Gruppen erreicht diese Entscheidung.

Ab Samstag früh bis zur Kundgebung in Wilster sind 93 Menschen in Vorbeugehaft genommen worden. Ohne anwaltlichen Schutz und Beschluß eines Richters. Nach einer Presseerklärung des BUU-Ermittlungsausschusses läßt gegen Mittag ein Itzehoer Richter alle bis auf zwei wieder frei.

SAMSTAG, 19.2. 5.30 Uhr: Treff der Fahrzeuge auf dem Heiligen Geist Feld. Für die Fahrzeuge aus dem Süden ist der Rasthof Haarburger Berge Sammelpunkt. Zur selben Zeit wird eine Stadtteilgruppe der BUU von der Polizei überfallen. 5 Leute werden verhaftet, Material beschlagnahmt. Unstimmigkeiten ergeben sich später, ob durch eine sofortige Lautsprecherdurchsage am Sammelpunkt Leute zum Schutz der angegriffenen Gruppe hätten mobilisiert werden können.

8.37 Uhr: der letzte Bus verläßt das Heiligen Geist Feld, zwei Stunden später als geplant. Die Polizei versucht an vier Stellen, den Konvoi noch vor Itzehoe aufzuhalten und zu spalten. Bei jeder auftretender Störung hält der Zug solange, bis die Fahrt geschlossen fortgesetzt werden kann. Die Polizei versucht gezielt, diejenigen Fahrzeuge zu isolieren, in denen sie Material vermutet. Informationen werden über Kuriere, Motorradstaffeln, Funk und Telefon weitergegeben.

9.00 Uhr: eine vorausgefahrene Gruppe aus Wedel mit ca. 15 Fahrzeugen wird bei Wilster von der Polizei eingekreist und abgeschnitten.

12.00 Uhr: der Konvoi aus südlicher Richtung trifft kurz hinter Itzehoe mit den Fahrzeugen aus dem Norden zusammen. Die Demonstranten sind in der Mehrzahl ausgerüstet mit Helm und wasserfester Kleidung.

12.30 Uhr: die Polizeisperre hinter Itzehoe auf der Strasse nach Wilster wird – unter großem Hupkonzert von einigen hundert Fahrzeugen – geräumt. Zuvor waren bei einer Kontrolle 3 Polizeiwagen mit ‚Krähenfüßen' lahmgelegt.

Als nächster Sammelpunkt wird Wilster angegeben, obwohl bis zur nächsten Polizeisperre 3 km vor dem Bauplatz der Weg frei ist.

13.00 – 15.00 Uhr: In Wilster findet eine kleine Kundgebung statt. Etwa 20 000 Leute drängeln sich in den Straßen. Laufend strömen neue Gruppen nach, auch etwa 5000, die ursprünglich in Itzehoe dabei waren. Der Weitermarsch verzögert sich.

15.00 Uhr:Es wird eine Vertrauensleutebesprechung am Lautsprecherwagen angekündigt. Es kommen jedoch nicht alle zusammen. Die Anwesenden beschließen eine Demo bis zur nächsten Polizeisperre, um da zu bereden, ob Kundgebung oder Weitervorgehen. Auf starkes Dränge n vieler Demonstranten geht der Zug los.
Vorneweg ein Block der BUU, dann der Lautsprecherwagen, in dem viele vom KB sind; die Anzahl der Demonstranten beträgt mittlerweile mindestens 30 000. Diese Zahl taucht auch einmal im NDR auf. Alle anderen Zahlenangaben in den Nachrichten wurden bewußt niedrig gehalten – obwohl auf der ganzen übersichtlichen Straße das Zählen der Demonstranten viel leichter ist als in der Stadt.

16.00 Uhr: Polizeisperre Neuenfels. Die Demonstrationsteilnehmer versammeln sich auf einer Wiese neben der Sperre. Es findet keine Beratung über das Vorgehen statt. Ebensowenig wird die Polizei aufgefordert, angesichts der vielen Menschen, die gekommen waren, um am Bauplatz zu demonstrieren, die Straße zu räumen.
Der KBW versucht mit einigen hundert Leuten, weiter vorzudringen. Der KB bildet Ketten in Richtung der Demonstranten. Scharfe Diskussionen werden geführt, ob ein Weitergehen sinnvoll ist, ob das Kettenbilden vor den Ketten der Polizei eine Anmaßung des KB sei. Mehrheitlich waren wohl die Demonstranten nach langen Fußmärschen und bei zunehmender Dunkelheit nicht bereit, eine Konfrontation einzugehen, wenn auch unklar blieb, wie die „entscheidenden" Entscheidungen zustandekamen.

18.00 Uhr: Nach einer kurzen Kundgebung wird bei Einbruch der Dämmerung der geschlossene Rückzug nach Wilster angetreten. Mit einer Ausnahme gab es beim Abmarsch keine Polizeiübergriffe. Bei der Abfahrt der Busse aus Wilster ka-

men Unruhe und Gerüchte auf, als sich der MEK-Überfall herumsprach. MEK-Leute, als Demonstranten verkleidet, mit MP unterm Parka haben Mitglieder einer BUU–Gruppe aus dem Auto gerissen, in den Graben geworfen und festgenommen. Die Abfahrt verlief jedoch für den Großteil ungestört bis auf eine weitere Festnahme zwischen Itzehoe und Wilster und einem weiteren MEK-Einsatz in Stellingen bei Hamburg.

AUGENZEUGENBERICHTE ZU DEN MEK–ÜBERFÄLLEN

19.2. 22.20 Uhr: auf der Straße von Wilster nach Itzehoe: Wir wurden von einem Mercedes mit Zivilen gestopt. Links und rechts wurden die Türen aufgerissen, einer brüllte: Fahrzeugpapiere! und zog aber gleichzeitig am Fahrer. Der neben mir wurde rausgerissen und in den mit Wasser gefüllten Graben geworfen. Dann Gebrüll: „Raus, schnell, hinlegen,keine Bewegung"; jede Menge Knarren und Knüppel. Dann nahm mich einer bei den Haaren, hielt mir das Gesicht in den Schlamm und ne Pistole an den Kopf. Alles sehr hektisch. Sie kamen mit der sogenannten Einweg-Fessel. Bei mir aber falsch rum, deswegen brach ich sie heimlich wieder auf. Wir wurden dann auf einen PKW-Kühler gelegt. Jede Menge bewaffneter Bullen. Wir wurden verteilt, ich kam als einziger in unser Auto. Immer wieder geknüppelt und an den Haaren gezogen. Demonstranten hängten sich an die Autos und rüttelten an den Türen.Mit Vollgas gings dann los. Man fuhr scharfe Kurven auf der Gegenfahrbahn, um die Leute abzuschütteln. ‚Mein' Bulle drückte mir das Gesicht in die Sitze. Immer wenn ich mich bewegte, trat er fester zu. In Itzehoe bekam er die Seitentür nicht auf und stand voll mit beiden Füßen auf meinem Rücken. Auf der Polizeiwache traf ich andere von uns. Da waren dann lauter ‚lustige' Bullen. Sie fragten, ob wir denn überhaupt keinen Humor hätten. Einer von uns hatte blaue Hände über die ihm Blut lief; er bat, ihm die Fesseln zu lockern. Die Bullen: „Ein Indiander spürt keinen Schmerz". Danach Verhör, Durchsuchung, Erkennungsdienstliche Behandlung.

MEK–ÜBERFALL AN DER WILSTER TANKSTELLE
(siehe Titelbild)

Zwischen 19 und 20 Uhr am Ortsausgang von Wilster. Wir befanden uns im Auto. Plötzlich hörten wir Schreie und die Aufforderung, sich auf den Boden zu legen. Wir stiegen aus und wurden sofort hingeschmissen und uns wurden Plastikfesseln angelegt. Wir hörten Schmerzensschreie von einigen, denen die Fesseln das Blut abschnürte. Auf die Frage nach dem Grund der Aktion wurde einem von uns mit dem Holzknüppel auf den Kopf geschlagen.
Demonstranten, die in Sprechchören unsere Freilassung forderten, wurden mit Pistolen bedroht. Nach kurzer Zeit erschien uniformierte Polizei und riegelte die Demonstranten ab. Die Festgenommenen wurden hinter die Tankstelle zu einem Garagenplatz abgeführt. Einige der Gefesselten wurden liegend über den Boden geschleift. Hinter dem Haus mußten wir uns mit gespreizten Beinen und Gesicht zur Wand stellen. Auf Fragen wurde nichts erklärt, sondern wir wurden als ‚Schweine' und ‚Pack' beschimpft. Nach der Durchsuchung mußte einer hinter das Haus mitkommen. Plötzlich hörten wir Schmerzensschreie.Einer der verkleideten Polizisten sagte:„Was schreist du, wir wollen dir doch nur die Fesseln abmachen". Später erfuhren wir, daß ihm dabei absichtlich in die Hand geschnitten wurde. Danach wurden wir freigelassen. Uns wurde noch gesagt, es habe ein Hinweis auf Sprengstoff in dem Auto vorgelegen.

Die Polizisten waren mit Gesichtsmasken wie Demonstranten verkleidet und gaben sich nicht als Polizisten zu erkennen. Der Einsatzleiter der uniformierten Polizei sagte uns, er wisse darüber nichts und das gehe ihn nichts an; aber kurz darauf sprach er mit den Leuten, die uns festgenommen hatten.

BROKDORF-BERICHT AUS DEM HANNOVER-BLOCK

Wir waren bei den ersten beiden Demonstrationen in Brokdorf nicht dabei, waren aber entschlossen, am 19. Februar dabei zu sein. Die Informationen (Demo-Verbot, Besetzung oder nicht) waren ziemlich widersprüchlich, und wir wußten nicht, wie wir uns vorbereiten sollten. Am Abend vorher gingen wir ins Atombüro im UJZ Kornstraße, um uns nochmal zu informieren. Wir hörten dann, wie das mit der Organisation in Blöcken vor sich gehen sollte. Ansonsten war eine allgemein konfuse Stimmung. Es wurde über den letzten Beschluß, daß die Demo nun doch erlaubt sei, geredet; man fragte sich, ob das 'ne Falle wäre etc. Bei 'nem Meinungsbild zeigte sich, daß ein verschwindender Teil dafür war, eine Besetzung zu versuchen oder besser gesagt, die Möglichkeit nicht auszuschließen. Das Ganze lief unheimlich chaotisch ab, so daß wir bald abgehauen sind, so nach dem Motto: wir werden morgen sehen, was los ist.

Wir besorgten uns dann noch Arbeitshandschuhe und Brillen, Helme und wasserfeste Kleidung. Am Abend hörten wir dann, daß die Demo doch verboten worden war, und es wurde was von Notstand, Straßensperren und umfangreichen Bullenkontrollen sowie Abfangaktionen an den Grenzen gemunkelt. Schlafen lag in der Nacht nicht drin. Wir waren alle reichlich nervös, weil wir halt mit allem, was da so passieren würde/könnte, gerechnet und uns da seelisch drauf vorbereitet haben. Wir hatten ganz schön Schiß.

BROKDORF – WOHER ? WOHIN?

Der politische Erdrutsch, den die Brokdorfer Ereignisse seit Ende letzten Jahres für die Anti-KKW-Bewegung und für die Linke in der BRD ausgelöst hat, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Das zeigt und zeigt sich besonders in den Diskussionen um die Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe, bei denen die Fronten in sehr unüblicher Weise verliefen. Welche Einschätzungen nach dem 19.2. folgen und welche Schlüsse daraus gezogen werden, sollte auf jeden Fall nicht so verwirrend diskutiert werden, wie vor den beiden Demonstrationen. Davon hängt ab, ob sich die Bewegung eine intakte Kommunikation erhalten kann, die der einzige Schutz gegen die massive Counterpropaganda und sonstige Einmischungen ist.

Wir wollen deshalb in diesem Punkt von unserem ID-Prinzip der reinen Nachrichtenverbreitung abweichen und mal sehen und veröffentlichen, was in den Bürgerinitiativen, den undogmatischen Gruppen und deren Umfeld aus dem letzten Wochenende für Konsequenzen gezogen worden sind. Mit anderen Worten: die betreffenden Betroffenen sollen mal schreiben, was sie meinen, wie es jetzt für die Bewegung aussieht. Eine rechthaberische Generalabrechnung mit sämtlichen falschen Linien bringt da wohl nichts; die ganzen Widersprüchlichkeiten, Hoffnungen und Zweifel sollten in möglichst produktiver Auseinandersetzung diskutiert werden können. Auch,damit einer Zerfaserung der Kräfte ein offener Konsens über unsere Stärke entgegengestellt wird.

Dann sind wir losgegangen, mitten in der Nacht mit diversen Klamotten durch die Stadt gezogen und haben gleich Leute getroffen, die auch vollbepackt in die gleiche Richtung gingen. In den Autos, die vorbeifuhren, saßen winkende Leute. Als wir auf den Treffpunkt zukamen, staunten wir über die vollen Busse. Nachdem wir 'nen Platz gefunden hatten, ging's dann bald los. Ein paar Zivilbullen saßen neben der Straße in ihren Autos und meldeten unsere Abfahrt. Wir hatten Nachrichten über abgefangene Busse gehört und glaubten eigentlich nicht recht daran, daß wir bis in die Wilster Marsch kommen würden.

Im Bus sind wir bald eingepennt. Auf den Raststätten bekamen wir einen ersten Eindruck davon, wieviele Leute sich nicht hatten abschrecken lassen – das war ein tolles Gefühl. In den Nachrichten hörten wir, daß die Bullen die ganze Umgebung des Bauplatzes mit Maschinenpistolen bewaffnet bewachten. Die Sitze im Bus waren ziemlich unkommunikativ, aber trotzdem war in der Ecke, wo wir saßen, bald ein ziemliches Zusammengehörigkeitsgefühl und 'ne gute Verständigung da, obwohl sich in dem Bus mehr Zusammengewürfelte als feste Gruppen befanden. Aber es haben sich neue Leute kennengelernt.

Ab Hamburg ging's dann stockender vorwärts, und in Horst stand der Verkehr ziemlich lange fest. Keiner wußte, was „da vorne" eigentlich los war. Einige Leute nutzten die Pause zum Sturm auf die Läden und deckten sich mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln wie Schokolade und Keks ein. Irgendwer kam von vorne und erzählte, daß ca. 20 Bullen 'ne Straßensperre gemacht hätten und am besten alle Leute aussteigen sollten und nach vorne gehen. Wir zwängten uns so schnell es ging in unsere Schutzkleidung, aber als wir gerade fertig waren, fuhren die Busse gerade weiter. Später hörten wir, daß ein LKW die Bullenkette in Horst durchbrochen hatte. In der Nähe von Elmshorn hatte uns ein Laster voller Leute überholt – vielleicht war der das.

Jetzt ging's nur noch im Schrittempo weiter. Irgendwo vor Itzehoe sahen wir dann die ersten Bullen in Aktion, mit Blaulicht überholten sie uns auf der linken Fahrspur. Es wäre ziemlich leicht gewesen, die Bullen durch linkes Rüberfahren zum Stehen zu bringen. Ein paar Leute fuhren daraufhin auch auf die linke Fahrspur rüber, und ein paar Bullen wurden von ihrer Kolonne abgeschnitten. Nach 'ner Zeit rasten die Bullen dann wieder auf derselben Fahrbahn zurück, vielleicht waren's auch andere, die den abgeschnittenen zu Hilfe kommen sollten? Wir sind aber weitergefahren und konnten nicht genau erkennen, was da los war. Es ging dann nur noch langsam weiter. Es wurde beschlos-

Die Rückfahrt verlief ohne Kontrollen oder so, obwohl ich mir fast wünschte, angehalten zu werden. Nicht, weil ich geil drauf war, eins in die Fresse zu kriegen, sondern weil ich fast nichts von den Bullen gesehen habe, ihnen schon gar nicht gegenüber gestanden habe und mir das Ganze fast wie ein Traum vorkam. Ich hatte nichts von den Bullenabsperrungen gesehen, geschweige denn den Bauplatz und konnte mir das Ganze genauso wenig real vorstellen wie vorher. Es war nur die dumpfe, unkonkrete Angst vor den MP-bewaffneten Bullen, und ich hatte eine Horrorvision, daß die psychologische Kriegsführung, die Nachrichten über die Bullenhorden und Straßensperren voll hingehauen hatte. Es hatte gereicht, uns das einzuhämmern, um uns den Mut zu nehmen, uns die Schweinebande zumindest mal von Nahem zu betrachten, den Feind vor Augen zu haben, die Angst real zu erleben. Sie hatten uns einfach leerlaufen lassen. Ich persönlich fühlte mich frustriert, weil für mich die Absperrketten, die Angst abstrakt geblieben waren, ebenso wie das Bauplatz-KZ, aber das war ja schon vorauszusehen.

Immerhin fand ich es toll, daß zehntausende auf 'ner verbotenen Demo waren, wogegen die Bullen nichts machen konnten/wollten. Wahrscheinlich war ihnen klar, daß nach so einem langen Fußmarsch wir kaum mehr Energien aufbringen würden. Unsere Organisationsform mit festen Blöcken und so konnte ja auch nicht erprobt werden. Ich fand's Scheiße, daß der Informationsfluß von der Spitze des Zuges nach hinten und umgekehrt so chaotisch war. Ansonsten war es wohl die besten Organisation, die es auf so 'ner Demo bis jetzt gab.

AUGENZEUGENBERICHT: BROKDORF III

Nachts um ein Uhr wurde aus Göttingen mit zwölf Bussen à 45 Insassen die Fahrt nach Brokdorf aufgenommen. Nach



sen, daß wir anhalten, wenn die Bullen versuchen sollten, den Konvoi zu spalten. Auf der Straße von Itzehoe nach Wilster war dann ein einziges Band von Leuten, die zu Fuß nebenher liefen, in den Fenstern der Häuser hingen ganze Familien, die meisten verfolgten ohne sichtbare Teilnahme die Invasion, ein paar winkten uns zu. In Wilster sammelten sich die Blöcke, und nach 'ner Stunde auf dem Rathausplatz, wo wir hier und da bekannte Gesichter auftauchen sahen, ging's dann los.

Ein ganz neues feeling — statt zwischen Hochhäusern eine Demo durch Wiesen und Felder, die Sonne schien und wir schwitzten unter den Helmen. Die ständig herumknatternden Hubschrauber sorgten dafür, daß es nicht zu idyllisch wurde. Wir hörten, daß sich noch einige tausend Leute von Itzehoe auf den Weg gemacht hätten. An einer Kurve konnten wir den ganzen Zug überblicken, in der Ferne schwanden die Menschen zu schwarzen Punkten, ein wahnsinniges Gefühl, so ein Teil einer unvorstellbaren Menge zu sein. In der Ferne sah man die Halogenscheinwerfer vom Bauplatz blinken, sah schon sehr gespenstisch aus. Es hieß, die Spitze der Demo habe die Bullenabsperrung erreicht. Als wir auf die Wiese kamen, wo die Kundgebung sein sollte, blickten wir herum — von Bullen nix zu sehen. Wir liefen ziemlich konfus rum, wußten nicht, was wir davon halten sollten. Es wurde dunkel, wir froren und waren dann ganz froh, als es wieder auf den Rückweg ging. Als wir bei unserem Bus ankamen, taten uns die Füße reichlich weh. Die Gemüter erhitzten sich bei der Frage, ob das jetzt ein „Sieg" war oder nicht. Als wir gerade losgefahren waren, hörten wir, daß die Pigs einige PKWs überfallen und die Insassen zusammengeschlagen und verhaftet hätten. Wir blickten verschlafen aus dem Fenster und waren gleich hellwach, als wir die Bullen sahen, die mit wütend frustrierten Gesichtern darauf zu warten schienen, ihre aufgestauten Aggressionen rauslassen zu können. Es wurde vorgeschlagen, geschlossen nach Itzehoe zu fahren, wo der nächste Knast war und die Verhafteten vermutlich saßen. Aber anscheinend weigerten sich einige Busfahrer, noch dahin zu fahren.

dem Abstimmungsergebnis des „Arbeitskreises gegen Atomenergie" (85 für Brokdorf, 21 für örtliche Aktionen, 3 Enthaltungen) waren die zwölf Busse ein hervorragendes Ergebnis. Ankunft am Hamburger 'Heilige-Geist-Feld' um 6 Uhr. Ein Lautsprecherwagen koordiniert, Durchsagen: Sabine S. oder Herbert T. möchten sich mal melden. Plötzlich: „Zehn Busse aus K. wurden eben gerade von der Polizei am Fischmarkt umzingelt. Gleich den begleitenden Privatwagen mußten die Insassen aussteigen, die Fahrer die Schlüssel herausgeben. Die Fahrzeuge sind beschlagnahmt worden. Der Trupp befindet sich inzwischen auf dem Marsch hierher." Gegen acht Uhr, es wird langsam hell, formiert sich der Konvoi, wobei die Privatwagen in die Mitte genommen werden. Doch es geht nur langsam voran. Die Polizei hat die Ampeln auf 8-Sekundenphase gestellt, um den geschlossenen Konvoi auseinanderzubrechen. Anscheinend soll das zuerst bewußt gebrochen werden, doch mit Rücksicht auf die Führerscheine der Busfahrer wird die Taktik geändert: man ordnet sich dem allgemeinen Fahrzeugstrom in Richtung Norden unter. Nach zehn Kilometer die ersten Staus. Die Wartezeit wird mit nützlichen Dingen gefüllt: an Brücken prangt die Forderung „Kein KKW in Brokdorf und anderswo", Leitplanken desgleichen, Autofahrer kommen ins Gespräch, die Fahrer nach Brokdorf und Itzehoe führen mit roten Köpfen Auseinandersetzungen. Zu Handgreiflichkeiten kommt es nicht. Im Bus wird die Taktik aus dem Sack gelassen: es soll nicht auf dem kürzesten Weg direkt nach Brokdorf gefahren werden. Der Weg gehe über Itzehoe nach Wilster und dann erst nach Brokdorf. Während viele Privatwagen Richtung Itzehoe tuckern, biegen die Busse nach Wilster ab. Zwei Kilometer vor Wilster, am Rande eines Dorfes, ist Endstation. Die Fahrer bekommen eine gesammelte Geldsumme, um sich ein Zimmer zu mieten und sich nach den 12 Stunden Fahrt für die Rückreise zu stärken. Auf der Straße formiert sich der Trupp. Es sind ca. 1.000 Mann, und die allgemeine Stimmung ist bedrückt.



Der Zug setzt sich in Reihen in Bewegung, kampfbereit. Erwartet man doch in jedem Augenblick die Konfrontation mit der Polizei. Es spricht sich herum, daß kurz vor Wilster die erste Sperre zu überwinden sei. Doch nichts ist zu sehen. Friedlicher Einmarsch in Wilster. In einer Seitenstraße wartet ein zweiter Trupp. Geschlossen will man ausrücken, denn hinter der Stadt soll sich nun die vermutete Sperre befinden. Abmarsch. Die Spitze schiebt sich um die letzten Häuser, als gemeldet wird, statt der Polizei ziehe ein endloser Zug von Demonstranten dem Horizont entgegen. Ein Ansager der Demoleitung rückt an und fordert zum schnellen Anschließen auf: „Ihr seid die Letzten, wir hatten mit euch gar nicht mehr gerechnet, los, los." Im Laufschritt. Das Bild ist überwältigend: eine unschätzbare Zahl zieht in geordneten Sechserreihen durch die Wilster Marsch. Jeder zweite mit Helm und Gasmaske. Wenige unterschiedliche Fahnen im Wind. Auch ein Trupp der Gewaltlosen hat sich mit weißem Tuch eingereiht. Am Wegrand Leute, die die Reihen zählen. Es kommt die Meldung, daß es im Polizeifunk geheißen habe, 40.000 militante Demonstranten befinden sich im Anmarsch auf Brokdorf. Einige dreckverschmierte Helden am Rand. Wir können uns keinen Reim auf den Dreck machen. Obwohl es Fahnen der verschiedenen revolutionären Linken gibt, ist keine Blockteilung zu bemerken. Der Zug ist geschlossen. In weitem Abstand ziehen Hubschrauber vorbei, kreisen, halten Abstand, weil die Drachen ihnen vielleicht unheimlich sind. Mengen von diesen schillernden Wesen stehen zitternd am Himmel — man denkt an China. An einer Wegkreuzung ein Schild: „Brokdorf 6 km". Freude macht sich breit, ist man doch schon tief in den 'feindlichen Absperraum' eingedrungen. Nach weiteren zwei Kilometern schwenkt der Zug auf eine Wiese. Reihe für Reihe baut sich nebeneinander auf. Vierzig Drachen verhindern Tränengasabwürfe der Polizeihubschrauber. Der Freude weicht eine allgemeine Gereiztheit. Die BUU hat beschlossen, hier eine Abschlußkundgebung durchzuführen und dann geschlossen den Rückzug anzutreten. Folgende Ergebnisse sind erzielt worden:

1. das Verbot der Demonstration ist gebrochen worden,
2. die Polizei hat den Rückzug angetreten und befindet sich in Verteidigungsstellung immer mit einem Fuß nach rückwärts,
3. zwar ist eine Erstürmung der Festung Brokdorf möglich und wird gelingen; es ist aber das Ziel, diese Erstürmung zusammen mit den Demonstranten in Itzehoe durchzuführen, wenn der Baustopp aufgehoben wird,
4. wird diese Demonstration mit ihren oben genannten Ergebnissen jetzt abgeschlossen, kann und wird die Einheit der Bewegung wieder hergestellt werden.

Damit ist der Öffentlichkeit der Beweis erbracht, daß die revolutionäre Linke fähig ist, geschlossen ein Ziel anzupacken und geschlossen einen taktisch wichtigen Schritt nach hinten zu tun. Der Tag der Erstürmung wird kommen, und zwar vierzehn Tage nach Aufhebung des Baustopps. So ist es mit den Demonstranten in Itzehoe vereinbart worden. Großer Beifall. Einige Gruppen treten auf und blasen zum Sturm. Ihre Argumente: noch nie sind so viele entschlossene und gut ausgestattete Menschen bereit gewesen, ein Ziel entschlossen ins Auge zu fassen. Der Sturm auf Brokdorf sei deshalb nicht nur möglich, die Erstürmung sei absolut sicher. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß es zwar das demokratische Recht dieser Gruppen sei, ein so wichtiges Thema zu diskutieren, doch halte man sich an die Weisungen der Demoleitung, wie es ausgemacht sei. Hitzige Einzelgespräche. Der Rückmarsch beginnt. Als sich ein Teil der Teilnehmer, die sich für den sofortigen Sturm einsetzen, bewußt wird, daß die große Mehrzahl der militanten Demonstranten für eine zeitliche Verschiebung des Sturms stimmt, schließen sie sich dem geordneten Rückzug an, ordnen sich damit dem Entschluß unter. In Reihen geht's zurück nach Wilster: „Wir kommen wieder, das KKW wird nicht gebaut". Als sich die Reihen auflösen, um in die geöffneten Geschäfte, die Lokale, die Telefonzellen zu gehen, kommt die Durchsage: „Freunde, die Demonstration ist noch nicht beendet. Eben wurden Privatwagen am Ortsausgang von einer Hundertschaft Polizei überfallen, die Insassen verhaftet, der Rückmarsch wird von provokativen Aktionen der Polizei erschwert. Bitte in geschlossenen Formationen bleiben und auf keinen Fall auf die Provokationen der Polizei reagieren. Hebt euch den Zorn für die endgültige Erstürmung auf." Überall in Wilster offene Fenster, winkende Leute; allgemeines Staunen, als Leute mit blauen Abfalltüten den Schmutz von der Straße auflesen, einen höre ich sagen: „Laßt das man ruhig liegen, das räumen wir schon weg.", darauf der BUU-Mann: „Nein, wir dürfen der Hetzpresse keine Argumente liefern, daß die Chaoten Wilster verwüstet hinterlassen hätten.", worauf alles zufaßt und die leeren Colaflaschen in die Beutel schaufelt. Ein Wilsteraner: „Jungs, ihr habt euch sehr schlau verhalten, ich habe die ganze Zeit Polizeifunk gehört und weiß, wie schwer es war. Die Entscheidung war richtig. Das ändert nichts am endgültigen Marsch nach Brokdorf." Während in Itzehoe die Bevölkerung verängstigt hinter den Gardinen hockt, wie man hört, steht man hier vor der Haustür, steht hinter den Ladenkassen und beobachtet 40.000 Demonstranten, von denen man sich durch die Hetzpresse ein so ganz anderes Bild gemacht hatt. Hohl tönt es über den Marktplatz: „Die Bayern versammeln sich zwischen Kirche und Sparkasse." Hinter einer Schule macht sich ein Trupp Polizei zum Angriff fertig. Alles erwartet Übergriffe. Man zieht zum Ortsausgang. Polizei weicht aus, ist plötzlich verschwunden. Die Busse füllen sich, Wilster entleert sich. Erst als der letzte Privatwagen den Ort verlassen hat, brechen auch wir mit zehn Bussen auf; Rückendeckung.

Am Bahnhof in Altona erfahre ich von einem erschöpften Kämpen: „Daß du keine Polizei zu Gesicht bekommen hast, liegt daran, weil wir die erste Sperre der Jungs vor Wilster, gleich einer zweiten, aus dem Wege geräumt haben, worauf sich die Staatsmacht haste-was-kannste auf die Socken machte." Daher also der Dreck der Leute, die wir am Straßenrand sitzend gesehen hatten.

Ergebnis: Die Erstürmung des Geländes in Brokdorf wurde zugunsten einer Rückgewinnung der Einheit der Bewegung verschoben. Es wurde praktisch erprobt, welche Zahl militanter Demonstranten bereitstehen. Zusammen mit den Bauern der Wilster Marsch und den Demonstranten in Itzehoe wird der Bauplatz nach dem Gerichtsbeschluß wieder zur Wiese gemacht werden. Worauf ihr euch verlassen könnt.

Einer der 'gemäßigten Demonstranten', der das nächste Mal aktiv dem Zaun zuleibe rücken wird.

BROKDORF HIN UND HER

Freitagabend auf der Autobahn zwischen Frankfurt und Hamburg. Hinter Kassel passieren wir eine Militärkolonne des BGS (Bundesgrenzschutz) bestehend aus Panzerspähwagen,Mannschaftsbussen und Funkwagen. Jeder Panzerwagen ist mit einem MG ausgerüstet. 25 km Kriegsfahrzeuge.
Mitten in der Heide, hinter Hannover. In einer Autobahnraststätte essen wir eine Plastikwurst - Marke ‚B(r)okwurst' und studieren mit Genossen aus dem ganzen Land die Karte von Brokdorf. Zwei Tramper fragen, ob wir sie nach Brokdorf mitnehmen können.
Kaum sind wir einige km weitergefahren, wird eins unserer Autos auf einen Parkplatz gewunken. Zwei Zivile in schwarzen Lederjacken mache Kontrolle, wollen sie ausquetschen. Erfahren aber nichts. Wahrscheinlich hat sie ein Motorradhelm im Rückfenster erregt. Und wieder müssen wir die Militärkolonne passieren.
Der NDR (Norddeutscher Runkfunk) bringt Horrormeldungen von vergrabenen Stacheldrahtrollen, 3000 Pflastersteinen und 55 Molotow-Cocktails. Mir fallen dazu Meldungen dieser Woche

ein: der Verteidigungsminister Leber verzichtete darauf, die Bundeswehr in Brokdorf einzusetzen. Der BGS verzichtete auf schwere Waffen. Man verzeichnete im voraus 200 Verletzte. In den Krankenhäusern von Norddeutschland wurde der Wochenendurlaub gestrichen. Der Bundeskanzler Schmidt rief zur Volksgemeinschaft auf und unterstrich das ‚Grundrecht auf Meinungsfreiheit'.
Und der NDR versprach Stoltenberg, Sendungen zu streichen, „die eine mit Sachlichkeit zu führende Auseinandersetzung zusätzlich emotionalisieren".

Kurz vor Hamburg meldet der NDR, für die endgültige Bestätigung des Demonstrationsverbots in Brokdorf habe der Verfassungsschutz Material geliefert. Die Hamburger BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) schreibt dazu: Diese Praxis „ist uns nur aus faschistischen Diktaturen bekannt". Nun denn. Auch diese Nacht wird vorübergegehen. Die Stimmung ist jedenfalls gedrückt.

Samstagmorgen. 6 Uhr. Auf dem Heilig-Geist-Feld in Hamburg-Altona sammeln sich Genossen und Genossinnen aus der gesamten BRD. Busse und PKW's in Massen. Der Frank sucht die Sabine aus Berlin, und die Gabi aus Tübingen den Bus aus Köln. Nach zwei Stunden starten die ersten Richtung Brokdorf. Dennoch sind wir keineswegs euphorisch. Wir sind gespannt. Der NDR meldet, Stoltenberg habe das Gebiet um Brokdorf als ‚polizeiliches Notstandsgebiet' bezeichnet. Was immer das bedeutet, es fügt sich in das Bürgerkriegs-Manöver. Auf dem Weg nach Brokdorf. Mit dem Gefühl: ab Itzehoe sind wir im Kriegsgebiet. Sind wir nicht nur, wie bei jeder verbotenen Demo z.B. im Häuserkampf, kriminell, sondern erwarten uns tausende von Polizisten und Soldaten mit Panzern und Maschinenpistolen.

Doch wir sind viele. Ein endloser Konvoi. Das zeigt sich bei der ersten Kontrolle. Zwei Bullen wollen ein Genossenauto kontrollieren, haben es an die Seite gewunken. Im Vorbeifahren sehen wir, wie zehn,zwanzig andere Wagen plötzlich anhalten, wie die Genossen rausspringen und zur Hilfe rennen. Einige km weiter auf einem Parkplatz eine ganze Polizeieinheit mit Wasserwerfern in Stellung. Im Vorüberfahren sehen wir, wie plötzlich mehrere Uniformierte losrasen, wohl um ihre bedrängten Diensthabenden zu retten. Später, erzählt eine Hamburger Genossin dann, besorgen MEK-Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag die Kontrollen, vor allem bei den Bussen.

Wir erreichen, etwa 50 km hinter Hamburg, den Ort Itzehoe. Die Bundesstraße führt um die Stadt herum. Unter einer Brücke, am Südausgang von Itzehoe Richtung Wilster/Brokdorf, ist erst mal Schluß. Eine Polizeikontrolle. Hier beginnt also das Kriegsgebiet.
Es regnet. Stundenlang. Wir bleiben stehen, sammeln uns,warten. Stundenlang.
Nur PKW's. Und eine Würstchenbude. Und der KBW mit einer erbärmlichen Show, bestehend aus einer Kurzdemo bis zum Kontrollposten und der stereotypen Parole: "Auf nach Brokdorf". Als hätte irgendjemand vor, ins Kino zu gehen.

Jemand berichtet, eine Gruppe von 200 Leuten habe sich isoliert nach Wilster — etwa 12 km entfernt — durchgeschlagen und sei dort von der Polizei überfallen und verhaftet worden. Die Stimmung ist schlecht. Zwischendurch versuchen einige VW-Mannschaftsbusse der Bullen durch die auf der Straße versammelten Demonstranten hindurchzufahren. Da klimperts auf dem Asphalt. Laut wird gezählt. Nachher ist die Zahl der klimpernden Krähenfüße stark reduziert. Die Reifen der Bullenwagen sind mit ihnen gespickt. Dennoch: noch immer warten wir auf die Busse. Hubschrauber kreisen und mir kommt es so vor, als befänden wir uns ein einem besetzten Land.

Es ist jetzt zwölf Uhr mittags. Ich gehe nach Itzehoe rein. Ein stilles Provinzstädtchen. Im Zentrum eine Fußgängerzone mit Info-Tischen. In der Kneipe eine Gruppe von Lehrern, die sich das Programm des Tages vorlesen. Auf der Straße kaum Einheimische. Mein Eindruck: es herrscht Ruhe im Land, ähnlich wie in dem gleichnamigen Film über Chile. Zwar sieht alles friedlich aus, aber warum sind die Geschäfte zu? Notstand ist ausgerufen. Die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) hatte den Notstand vorher beschrieben,ohne ihn so zu bezeichnen:

> „Der Busverkehr in und um Itzehoe ist für Samstag wegen des erwarteten Verkehrschaos abgesagt. Die Kinder werden schulfrei haben, weil sie weder in die Stadt hinein noch später hinaus werden gelangen können. Der Einzelhandel will seine Geschäfte schließen. Die Kundschaft wurde aufgefordert, sich am Freitag fürs Wochenende einzudecken. Spielgruppen und Sportvereine haben ihre Veranstaltungen abgesagt. Auch die meisten Taxifahrer erklären, sie wollten ihre Taxis am Samstag stehenlassen.
> Zahlreiche Itzehoer versichern, daß sie am Samstag keinen Fuß vor die Tür setzen wollen. My home is my castle. Bürger, Vorsteher und Bürgermeister bekunden zwar, daß sie mit der Friedensliebe der meisten Demonstranten rechnen, fordern indes trotzdem ihre Mitbürger auf, „insbesondere auf ihre Kinder einzuwirken, sich nicht selbst dadurch in Gefahr zu bringen, daß sie sich in der Nähe der zu erwartenden Demonstration aufhalten."

Als ich um 13 Uhr an die Brücke zurückkomme, ist die Polizeikontrolle verschwunden und der Strom der Busse, PKW's und Fußgänger ergießt sich Richtung Wilster/Brokdorf. Als wäre ein Damm gebrochen.
Immer noch Regen. Ein farbenfroher Zug: gelbe Gummikittel,grüne, blaue und gelbe Fahnen, rote Helme. Ich wandere fast bis Wilster. Das letzte Stück nehmen mich Hamburger Genossinnen im Auto mit. Sie haben gerade eine Kontrolle mit Maschinenpistolen und MEK—Bullen hinter sich. Auf dem Marktplatz in Wilster habe ich zum ersten Mal das Gefühl, daß wir die Demo noch hinkriegen. Der Platz platzt bald. Die Stimmung wird besser, trotz Regen. Wir sind viele. Nun ist auch klar, warum wir es bis Wilster geschafft haben. Nach endlosen Kontrollen waren gegen 13 Uhr etwa 30 Busse oder mehr an der Brücke bei Itzehoe angekommen und hatten den Polizeiposten einfach durchfahren. Der mußte zurückweichen.

Auf dem Marktplatz Solidaritätsgrüße von den Platzbesetzern in Kaiseraugst in der Schweiz, Grüße auch aus Mailand undschließlich die Entscheidung, bis zum ersten Polizeiposten gen Brokdorf zu ziehen. Wir fühlen uns ungeheuer gut, weil wir viele sind. Viele auch deshalb, weil inzwischen auch Demonstranten aus Itzehoe dazugestoßen sind.

Als wir Wilster verlassen, beginnt eine schnurgerade Straße genau nach Westen. Die Sonne bricht durch. Wir wandern, eingehakt, der Sonne entgegen. Jetzt, am Nachmittag gegen 16 Uhr, ist plötzlich die grüne Marsch, durch die wir ziehen, vom Sonnenlicht überflutet. Ein riesenlanger Zug mit bunten Helmen und Fahnen. Die Wiesen sind grün, die Wasserpriele blinken, und bald glitzern über uns Dutzende von Silberdrachen. Ein starkes Bild. Mir fällt ein, wie wir vor zwei Frühjahren durch die Felder nach Wyhl gezogen sind. Hier aber unkreist uns ständig das Militär. Bis zu sechs Hubschraubern werden nur durch die Silberdrachen davon abgehalten, direkt über unseren Köpfen zu lärmen.

Gegen halb Sechs erreicht die Demonstration die erste Polizeisperre. Etwa eine Hundertschaft hinter Drahtgittern und Containern. Es wird dunkel und kalt. Schlußkundgebung. In der Ferne, etwa drei Kilometer weg, erkennen wir den Bauplatz, von Scheinwerfern mit grellem Flutlicht überzogen. Sieht aus wie ein Fußballstadion, dieses KZ.

Während der Rückfahrt gegen 19 Uhr lauschen wir dem Autoradio. Da berichten gewöhnlich grün uniformierte Kreise, daß etwa 30tausend Demonstranten auf dem Weg nach Brokdorf gewesen seien. Insgesamt, erzählt ein Journalist, der in Brokdorf war, waren etwa 7000 Polizisten und Soldaten gegen die Demonstration zum Schutz des Bauplatzes aufgeboten. Sonntagmittag auf der Autobahn in Richtung Süden seh-

en wir's bestätigt. Die Kolonne von Polizei- und Militär-Fahrzeugen — jetzt sind die MG's von den Panzerwagen abgeschraubt — ist endlos: Wasserwerfer, Panzerwagen, Funkwagen,Transporter von Polizei und Bundesgrenzschutz aus der gesamten BRD. Und jeder Rasthof-Parkplatz ein Heerlager.

Die Bild-Zeitung, die am Samstag vom „Sturm auf die Bastille" gefaselt hatte, jubelt am Sonntag: „Die Chaoten kapitulierten vor der Polizei!" Wir sind hier auf deutschem Boden.

BGS—BEAMTE ALS FALSCHE REPORTER

Beamte des Bundesgrenzschutzes in Zivil seien bei den Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe als falsche Zeitungsreporter eingesetzt worden. Mit einem Schildchen ‚Frankfurter Rundschau' an der Jacke hätten sie mit Schnellschußkameras Demonstranten fotografiert. Das plauderte ein oberfränkischer BGS-Beamter im Suff aus. Eine weitere Aussage des Grenzschützers: Er sei gegen Atomkraftwerke.

NOCH EIN PAAR BROKDORF-SPLITTER

Am Freitag nacht, als allüberall der Psychokrieg knisterte, hatte ich vorm Einschlafen schon einen Heidenbammel. Aber trotzdem war ich müde und ich merkte, wie mein Körper auf den Tiefschlaf zuarbeitete. Da hatte ich plötzlich lauter friedliche Bilder vor mir. Ich stellte mir vor, eigentlich kann mir ja gar nichts passieren, weil, wenn man den Bullen im Brokdorf-KZ eine ordentliche Portion LSD-Trips in die Gulaschkanone schüttet, dann können die ja gar nicht viel gegen uns machen; werden's vielleicht selber ganz lustig finden. Diese Vorstellung hat mich so tief innerlich beruhigt, daß ich ganz gelöst um halb fünf wieder aufgestanden bin. Meine Spannung war total weg.

Sag keiner, die ganze Ausrüstung sei nutzlos gewesen! Wir gehörten zu denen, die den Weg von Itzehoe nach Wilster zu Fuß zurückgelegt haben. Neben uns die Autokolonne verbreitete einen durch und durch städtischen Pesthauch. Und das auf einer Umwelt-Demo mitten im Grünen. Wie gut,daß wir an den Atemschutz gedacht hatten.

Überhaupt die Ausrüstung. Karneval in Rio ist eine protestantische Leichenfeier gegen das Aufgebot an Phantasie und Waffen, das in der Wilster Marsch zusammenkam.Feuerwehrhelme bunt lackiert, Stahlhelme aus allen Fronten sämtlicher Kriege aller Geschichtsepochen, Bärte,Haare,Masken, Schminke,Tücher; eine verwegene Truppe. Als Schutzschilde dienten Mülltonnendeckel und Einbahnstraßenschilder,manche trugen an mächtigen Holzknüppeln ein zartes rotes Fähnchen von der Größe eines Zehnmarkscheins. Dazu amerikanische Regenhäute mit Blümchenmuster, Stiefel so hoch wie manches Bein; ab und zu ein Rucksack, aus dem ein Eispickel hervorlugt. Es ist klar, die Bullen haben nur ein Bruchteil dessen zu fassen gekriegt, was da an Material mitgebracht wurde. Und daß die Demonstration, solange sie zusammenwar, friedlich verlief, ist auch ein Resultat dieser Ausrüstung. Sie war wirksamer Schutz. Die Bullen wußten, daß man da niemand so einfach rausholen kann.

Was denen aber mindestens genausoviel Angst eingejagt haben wird, war die Tatsache, daß unter all der martialischen Verpackung lachende Gesicher steckten. Fröhlich tanzende und singende, auf keinen Befehlshaber angewiesene Leute — das muß den Bullen echt ein Problem sein.

Als in Wilster die Demo Richtung Brokdorf losging, ging die Sonne auf, um drei Uhr nachmittag. Die Wilster Bürger mögen gedacht haben, die Inkas laufen durch die Marsch. Auf den zehntausend Helmen spiegelt sich die Sonne, ein märchenhaftes Bild. Da war wohl keiner, der das nicht aus voller Brust genießen konnte. Dann flatterten noch die ganzen Stanioldrachen durch die Luft. Mag ja sein, daß die Hubschrauber das nicht wirklich aus der Fassung bringt. Macht nix, sieht trotzdem dufte aus.

KEIN KKW IN BROKDORF UND AUCH SONST NIX!

IN ITZEHOE

Man schaut in unseren Kofferraum — dann müssen die Beifahrer aussteigen. Die Fahrer müssen das Auto zum Parkplatz bringen, wir sind zu Fuß, abgeschnitten.
Wir sind müde und hungrig. Es gibt wenige Cafés, voll. Eins mit Aufschrift: „Nur für Organisation". Der Wirt läßt immer wieder, wenn Platz ist, fünf Leute rein. Ich stehe auf, „Wo soll's denn hingehen? ", auf's Klo — bin froh, es ohne Ausweis tun zu dürfen. Wenn einer Ordner ist, meint er herumkommandieren zu müssen. Reporter sitzen nebenan, Gerücht: KPD macht Autosperren. Lokalpresse: Leute, die Radikalen kommen, schließt eure Geschäfte.
Wir malen letzte Transparente. Fragen uns, wie es wohl in Brokdorf aussieht. Im Polizeifunk: Professor Scheer sitzt auf einem Motorrad, dirigiert ca. 40 Busse. Zivile mit platten Reifen: die Leute sind friedlich, sie hätten uns lynchen können.Denkhilfen werden durchgegeben:"Besser das Licht am Bauplatz abschalten, ist Orientierung für Demonstranten."Grüppchen von 10 bis 100 Leuten, die über die Wiese laufen, werden vermeldet (13 Uhr). Auf der Malzmüllerwiese 20.000 bis 30.000 Menschen, schlecht zu schätzen — ab und zu ein Bürger, viele Falken, SDAJ.

Der Beginn der Veranstaltung verzögert sich, die Zufahrtstraße sei verstopft, solange Musik. Diskussion und Sprechchöre: nicht gefallen lassen, die Leute holen. Das Programm wird dagegen voll durchgezogen. Die Bühne liegt hoch über den Köpfen, davor Ordner, abgeriegelt. Versprechen, der Nachrichtendienst der BUU wird über die Situation berichten. Passiert aber nicht. Einzelne Gruppen ziehen schlangenweise durch die Zuschauer und singen. Das Programm: Freimut Duwe als Seiltänzer, aalglatt. Vor- und Nachapplaus für Heinz Brandt (siehe Rede). Dann Gewerkschaftler aus dem Kohlenpott mit zwei Kumpels, waschecht sozusagen, macht mir Schwierigkeiten: Kohle oder AKW, wie Regen oder Traufe — was dem einen die Kündigung, sind dem anderen Überstunden. Dann viele Reden auf Friedfertigkeit.

Zum Schluß das Bedürfnis, noch was zu tun. „Auf nach Brokdorf" oder „Auf nach Wilster" wenigstens, das andere ist zu weit. Keine Ahnung, wie es da aussieht. Lasse es bleiben.



NEUE BUU-MARSCHENKONFERENZ

Die Regionalkonferenz der BUU/Marschen, die mehrheitlich für Itzehoe mobilisiert hatte, hat sich nach dem 19. Februar wieder getroffen. Der Pressesprecher Lars Hennings sagt dazu, daß die Bedingungen für ein einheitliches Handeln sich allgemein verbessert hätten. In beiden Demonstrationen hätten sich die Kräfte durchgesetzt, für die untereinander eine Zusammenarbeit bei neuen Aktionen möglich ist. Allerdings hätten sich die unterschiedlichen politischen Einschätzungen nicht geändert. Sie sind auch innerhalb der Marschenkonferenz stark vorhanden. Man will jetzt über neue Projekte wieder arbeitsfähig werden. So soll versucht werden, die Bewohner der Marsch, die durch ihr Leben hinter den Deichen wie kaum jemand wissen, was eine Katastrophe ist, über die KKW-Katastrophenpläne zu informieren.

REDE VON HEINZ BRANDT IN ITZEHOE:

„Neulich im Bundestag bei der Energiedebatte tobte Stoltenberg – der Nacht- und Nebel-Akteur, der chemische Keulenschwinger: „*Was hat sich denn geändert in den letzten acht Monaten?* " Graf Lambsdorff gab bittere Auskunft: „*Das Bewußtsein!*"
Ja eben. Und Gott sei Dank. Und wir sind es, die an dieser entscheidenden Bewußtseinsänderung mitgewirkt haben.Wir können sagen, wir sind dabeigewesen. Wir haben ein wenig dazu beitragen. Wir haben endlich begonnen, uns in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen und denen da oben zu zeigen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen. Sieh an, im deutschen Untertanenstaat meldet sich der Bürger zu Wort und verweigert trotz Prügel den Gehorsam, weil es ums Leben geht.

Von Wyhl und Brokdorf und Itzehoe kommt eine frische Brise in die deutsche Geschichte. Ich wollte, wir hätten schon Windstärke 9.

Seit Hiroshima wissen wir, was das ist – der Atompilz. Es gibt aber auch den Atomfilz. Gerade als Gewerkschafter möchte ich euch vor ihm warnen. Ich spreche im Namen vieler aktiver Mitglieder und Vertrauensleute der Gewerkschaften, vieler verantwortungsbewußter Lohnabhängiger.

Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Dekke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist – zu unser aller Schaden. Er kommt den Lohnabhängigen mit süßen Worten. Er ist es, der überall die Lüge verbreitet, den Schwachsinn, daß dies fehlgeleitete Wachstum den Arbeitsplatz sichert,daß ohne diese hochgepäppelte Energieform die Lichter ausgingen. Wir wollen uns von diesen Atomfilzen, diesen Arbeiterverführern nicht den Verstand oder gar das Lebenslicht ausblasen lassen.
Wenn solch ein Atomfilz den Mund öffnet, so fragt ihn, was er im Jahre einnimmt, und ob ihm sein 300.000-DM-Jahreseinkommen flöten geht, wenn er euch – statt Flausen zu machen – die Wahrheit sagt.

Wir leiden nicht an der Manager-Krankheit. Die Lobredner des menschenfeindlichen Wachstums tun das für enorme Diäten, für unmoralisch hohes Einkommen, für riesige Profite und außerordentliche Privilegien. Sie wollen auf unsere Kosten unter Gefährdung unseres Lebens sich ihren einträglichen Job sichern. Die ineinander verfilzte Kernenergielobby, das große Geld, kauft sich schlechte Gutachten für gutes Geld. Wir aber sind nicht des Geldes wegen hier, sondern aus Sorge um Leib und Gut; es geht um Wohl und Weh von Kind und Kindeskind.

Nein, wir Bauern, Arbeiter, Angestellte, Lehrer,Pfarrer, Künstler, Frauen und Männer sind nicht für Geld hierher gekommen. Die einzigen, die gegen Bezahlung hier sind, sind die Denunzianten, Dunkelmänner, die im Solde des Verfassungsschutzes stehen.

Noch nie in der Geschichte war die Menschheit technisch in der Lage, sich selbst zu vernichten. Heute aber reichen ihre Zerstörungskräfte hierzu aus, und zwar gleich zweifach: durch Umweltvergiftung und durch Atomkrieg. Und die Atomwerke machen beides zugleich möglich – den atomaren Umwelttod durch ihren strahlenden Betrieb, ihren strahlenden Müll, die strahlende Ablage und Entsorgung, außerdem durch Pannen, Unfälle, gar als Sabotage- und Erpressungsobjekte, – den atomaren Kriegstod aber ermöglichen sie als Atombombenziel und als verdeckte potentielle Atombombenproduzenten.

Die Kernkraftwerke sind also doppelt gegen das Leben gerichtet: sie bedeuten eine doppelte Kriegserklärung an die heutige Generation, alle künftigen Geschlechter, die auf unabsehbare Zeit mit unserem Giftmüll leben sollen. Ein Arbeitsplatz in der Todesindustrie ist ein Arbeitsplatz, der mit dem Menschen auch die Arbeit vom Platz fegen kann: von diesem Arbeitsplatz aus ist jederzeit die Himmelfahrt auf dem Atompilz möglich. Und der Arbeitsplatz in der Atomindustrie verringert, bedroht heute schon vorhandene und potentielle Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Industrien. Er kann uns morgen die Luft zum Atmen nehmen, das Wasser zum Trinken, die Wurzeln vergiften, die Lebewesen, Mensch und Vieh, Baum und Frucht, Pflanze und Feld, Land und Meer. Wäre den Atomfilzen tatsächlich an sicheren Arbeitsplätzen gelegen, so müßten sie angesichts der Millionen-Arbeitslosigkeit bei fehlgeplantem Wachstum sich zunächst einmal gegen die Überstunden wenden, gegen die Sonderschichten, sich für Arbeitszeitverkürzung einsetzen und Urlaubsverlängerung, vor allem aber dafür, daß die Milliardeninvestitionen für lebensfreundliche Technologien eingesetzt werden, statt für Zerstörung und Verschwendung.

Es heißt, daß Adam und Eva durch eigene Schuld aus dem Paradies vertrieben wurden. So bekamen sie einen Arbeitsplatz. Wir, ihre Nachfahren, sind drauf und dran, uns durch eigene Schuld aus dieser Welt vertreiben zu lassen, nicht von Gott, sondern von den wahren Chaoten, den wahren Gewalttätern. Ich meine die Profiteure des wahnwitzigen Atomwachstums, das große Geld bei uns, aber auch die privilegierten Monopolbürokraten im Osten: Sie alle zusammen organisieren das allgemeine Irrenhaus um ihres privaten Interesses wegen und wie zum Hohn nennen sie das auch noch „Energiesicherung" und „Arbeitsplatzbeschaffung".



Die KKW's werden die Zahnbürsten ersetzen.
Vielen Dank
Fluor!

Wir aber sind hier aus Verantwortung für diese unsere Welt, vor der Schöpfung Mensch, Schöpfung Natur. Wir verweigern den Wahnsinnigen den Gehrosam und erklären laut und deutlich: wir spielen nicht mit in eurem Atomverein.

Angesichts des unkalkulierbaren Risikos des atomaren Abenteuers fordern wir unsere Entsorgung, Befreiung von der atomaren Sorge durch sofortigen allgemeinen Baustop und Zurücknahme der erteilten Betriebsgenehmigungen – kein Kernkraftwerk in Brokdorf oder anderswo! – Auch nicht in der DDR – Wir haben keinen Bedarf am Atom-,am Kloakenwachstum. Das Leben soll wachsen, sinnvoll wachsen. Wir wollen nicht haben, sondern sein, wollen nicht mehr,mehr und mehr, sondern alles, wollen nicht Mammon, sondern Wert. So rufen wir zum Umdenken, zur Umkehr auf.

Wir wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sondern die Weiche anders stellen. Sonst landen wir auf dem Todesgleis. Das wäre der eigentliche Irrweg, aber von diesem hat der Bundeskanzler nicht gesprochen. Wenn wir all unsere Schöpferkraft und Energie, all unser Können auf neuartige, umweltfreundliche Energie richten, den Wind und das Wasser, die Sonne und das Erdinnere, den Wasserstoff und die Fotosynthese, was können wir da nicht alles erreichen! Als die USA ihre ganze Kraft auf die mörderische Atombombe konzentrierte, schaffte sie das in wenigen Jahren. Warum sollten wir nicht all unser Trachten auf ein der Menschheit würdiges Ziel richten? Wir leben doch in einer Welt, in der die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir sind berechtigt anzuklagen, denn wir bezweifeln, ob das so weiter gutgehen kann, und in diesem Fall gilt: Im Zweifel für die Ankläger.

Auch ziviler Ungehorsam ist eine wirkungsvolle Gegenkraft. Gerade deshalb, weil er den Nacht-und-Nebel-Tätern eine Kraft entgegensetzt, die grundsätzlich anderer Art, die nicht militärisch ist. Wenn junge, engagierte Menschen immer wieder ohnmächtig am wirtschaftlichen und staatlichen Gewaltapparat abprallen, so können sie leicht in Versuchung geraten, einen falschen Weg zu gehen.

Wir grüßen von hier aus alle Demonstranten gegen den Kernkraftwahnsinn, gleichgültig, wo sie demonstrieren, hier oder woanders – ob in Itzehoe,Wilster oder Brokdorf – ob es Christen sind, Demokraten,Sozialisten,Kommunisten. Uns ist jeder willkommen, der sich mit uns für das Leben und für ein lebenswertes Leben einsetzt. Gleichzeitig erklären wir aber auch: Es ist Wahnsinn,für die Bürgerkriegsmanöver der Atomenergielobby das Menschenmaterial zu liefern und ihrer psychologischen Kriegsführung am falschen Platz und mit falschen Mitteln ungewollt Vorschub zu leisten.

Wer auf Leben aus ist, kann der Zerstörung nicht Gegen-Zerstörung entgegensetzen. Der Widerstand gegen die Zerstörungskräfte muß in sich selbst den Gegensatz zum Todesprinzip enthalten. Da die Menschheit von Vernichtung bedroht ist, muß der Widerstand gegen diese Gefahr die Gewaltfreiheit zum Lebensprinzip erheben."

BAUPLATZ DES KKW GROHNDE BESETZT

GROHNDE 22. Februar — Während KKW-Gegner und -Befürworter wie gebannt nach Wyhl und Brokdorf starren, ist der Bau des Kraftwerks in Grohnde (wer weiß überhaupt, daß das bei Hameln liegt?) bereits relativ weit fortgeschritten (ID 154). Die erste Teilgenehmigung, die hauptsächlich die Errichtung der Gebäude für das KKW umfaßt, wurde am 8.6.76 erteilt. Ähnlich wie in Brokdorf ist das Gelände unverzüglich mit Stacheldraht eingezäunt worden, und seitdem wurde Tag und Nacht gebaut: Es ist 5 vor 12 in Grohnde!



Da lacht der Polizist: Flauer Pauer

Der mit der Brokdorf-Kundgebung zusammenfallende Termin unserer Aktion ist, besonders von den Seiten des KB, mit dem Vorwurf der Spaltung belegt worden. Wir hatten jedoch ausdrücklich diejenigen Leute zur Fahrt nach Grohnde aufgefordert, die sich weder für Brokdorf noch für Itzehoe entscheiden konnten (wollten). Das betraf vor allen die KKW-Gegner, die sich nicht in das von Staat und Presse vorgefertigte Bürger-Extremisten-Schema pressen lassen wollten und die Befürchtung hatten, die K-Gruppen würden ihnen den Kampf mit der Polizei aufzwingen. Für Grohnde sprach außerdem, daß der Bauplatz noch (!) nicht festungsartig „geschützt" ist.

Eine der beiden wichtigsten Voraussetzungen für eine Aktion unsererseits war eine kurzfristige Absprache mit einigen Mitgliedern der ansässigen Bürgerinitiativen und Vertretern der Weser-Initiative gegen KKWs. Leider war aber eine den späteren Geschehnissen angemessene Diskussion der Absichten und Koordination des Vorgehens nicht mehr möglich. Die andere Voraussetzung, unter der wir nach Grohnde fuhren, war die strikte Einhaltung der Gewaltlosigkeit gegenüber Menschen. Durch eine Bewegung, die zur Verteidigung des Lebens vor atomarer Verseuchung aufruft, sollten auf keinen Fall Leben gefährdet werden! Darüberhinaus wollten wir die Aufspaltung in „gewalttätige Radikale' und ‚friedliche Demokraten' von vornherein unmöglich machen. Im Göttinger Aufruf für Grohnde hieß es:„Die Aktion Grohnde soll einen anderen Charakter haben als die in Brokdorf: nämlich gewaltfreien und phantasievollen, was eine Platzbesetzung nicht ausschließen muß. Wir wollen keine Platzbesetzung um jeden Preis, aber eine günstige Gelegenheit lassen wir uns nicht entgehen. Wir fordern euch auf, Blumen (echt oder aus Papier) für die Polizisten und eine Drahtschere für den Zaun mitzubringen."

Zum Ablauf der Demonstration selbst gab es keine genaue Vorplanung; wir wollten jeweils an Ort und Stelle entscheiden, was zu tun sei. Und so war's denn auch: Nach einem Umzug durch das Dorf Grohnde wanderten die KKW-Gegner, die von Freiburg bis Hamburg, von Goslar bis Bielefeld angereist waren, zum Bauplatz des Kraftwerks. Angemalte Gesichter, Blumen, bunte Kleidung, Musik vom Schifferklavier und selbstgemachte Lieder zeigten, wieviel Spaß das Demonstrieren gegen den Tod machte; aber es fehlten auch nicht die halben Zitronen, dicken Wollschals, Verbandskästen und die unvermeidlichen Hobbyfotografen des Verfassungsschutzes. Am Baugelände erwarteten uns die Behelmten von der gräulich-grünen Gestalt. Ihre finsteren Mienen und gezogenen Knüppel wirkten etwas fehl am Platze, als wir keine Anstalten trafen, über sie herzufallen. Zu diesem Zeitpunkt bekamen wir aus einem Polizeilautsprecher den denkwürdigen Satz zu hören: „Wenn Sie dort stehenbleiben, wo Sie jetzt stehen, werden wir nichts gegen Sie unternehmen — insgesamt machen Sie ja einen friedlichen Eindruck!" Allerdings wirkten auch bald darauf die blumengeschmückten Polizisten nicht mehr so beängstigend wie vorher. Eher verunsichert und verwirrt als entschlossen bildeten sie eine Kette, die sich unter dem freundlichen, aber stetigen Drängen der Demonstranten gleich wieder auflöste: wir standen vor dem Stacheldraht. Innerhalb kürzester Zeit klaffte ein Loch im Zaun, durch das wir aufs Gelände strömten. Ein großer Teil von uns fühlte sich zwar von der Schnelligkeit der Aktion zunächst überfahren, weil wir über jeden Schritt eigentlich diskutieren wollten, und blieb unschlüssig draußen stehen; aber unter den Rufen „Reinkommen! Reinkommen!" waren wir bald fast alle jenseits des Zauns. Der Bauplatz war besetzt!

Diskussionen mit den Bauarbeitern, den nachgerückten Polizisten und Vertretern der lokalen Bürgerinitiativen zögerten die Frist, die uns jetzt von der Polizei zur Räumung gesetzt wurde, von einer halben Stunde bis auf über drei Stunden hinaus. Eine längerfristige Besetzung des Platzes war von vornherein ausgeschlossen. Wir beschränkten uns besonders deswegen auf eine symbolische Besetzung, weil die Aktion nicht in enger Zusammenarbeit mit den Bewohnern der umliegenden Dörfer stattfand. Obwohl es schade ist, daß wir vorher keinen näheren Kontakt zu den Leuten in der Region hatten, war es für uns doch wichtig, nach Grohnde zu gehen. Die radioaktive Strahlung, die Aufheizung der Weser und der Atommüll sind nicht auf die Dorfgrenze von Grohnde beschränkt. Den Bau des KKW können wir letztlich nur verhindern, wenn die Initiativen am Ort den Widerstand aktiv tragen. Am Samstag hätten sie es nicht verstanden, wenn wir der Polizei passiven Widerstand geleistet hätten (worüber wir selbst uns nicht einmal einig waren). Vor allem auf ihren Wunsch hin haben wir das Baugelände verlassen, als eine ‚harte' Konfrontation mit der Polizei nicht mehr zu vermeiden gewesen wäre. Im anderen Fall wäre nach Meinung der Einheimischen die Arbeit der Bürgerinitiativen ganz erheblich erschwert worden.

Inzwischen waren immer noch mehr Demonstranten am Bauplatz eingetroffen, und als wir nach Grohnde zurückmarschierten, war der Zug auf über 2000 Menschen angewachsen. Im Dorf gab's dann noch eine abschließende Kundgebung.

Dazu noch was aus einem Bericht aus Kassel: Wir betonten die Gewaltfreiheit der Aktion, redeten viel mit den einzelnen Polizisten, die dadurch doch ein wenig verunsichert wurden — sie konnten keine harte Haltung uns gegenüber einhalten, wußten aber auch nicht, wie sie sich anders verhalten sollten und warteten dann vielfach untätig ab. Wir hatten allerdings Schwierigkeiten mit uns selber, waren zwar auf dem Bauplatz, wußten aber nicht recht weiter. Für diesen Zeitpunkt müssen wir das nächste Mal viel besser vorbereitet sein. Dazu kamen die Schwierigkeiten mit der örtlichen Bürgerinitiative. Wir forderten, mit Vertretern der Bauleitung zu sprechen, doch bis auf einen ziemlich inkompetenten Ingenieur bekamen wir niemanden zu Gesicht, obwohl — doch das sickerte erst später durch — der Verantwortliche der PREAG (Preußen Elektra) auf dem Platz war. Nach vielem hin und her mit der Polizei-Einsatzleitung und der Bürgerinitiative Weserbergland, die als Hauptargument für den Abbruch der Aktion ihre Ortsansässigkeit brachten und damit viele der Demonstranten auf ihre Seite zogen, verließen wir nach über 2 Stunden langsam und unter vielen Diskussionen untereinander und mit den Polizisten den Platz. Einige waren ganz schön sauer. Der Marsch ins Dorf zurück, wo noch eine Abschluß-Kundgebung stattfand, war dann auch mehr ein Trauerzug.

Wir haben aus der Aktion gelernt:

- Daß eine Bauplatzbesetzung auch sehr locker und ohne Gewalt ablaufen kann. Wir waren z.T. kostümiert und insgesamt recht lustig. Aber eine Besetzung muß inhaltlich konkreter vorbereitet werden.

Da staunt der Polizist: Drahtscheren



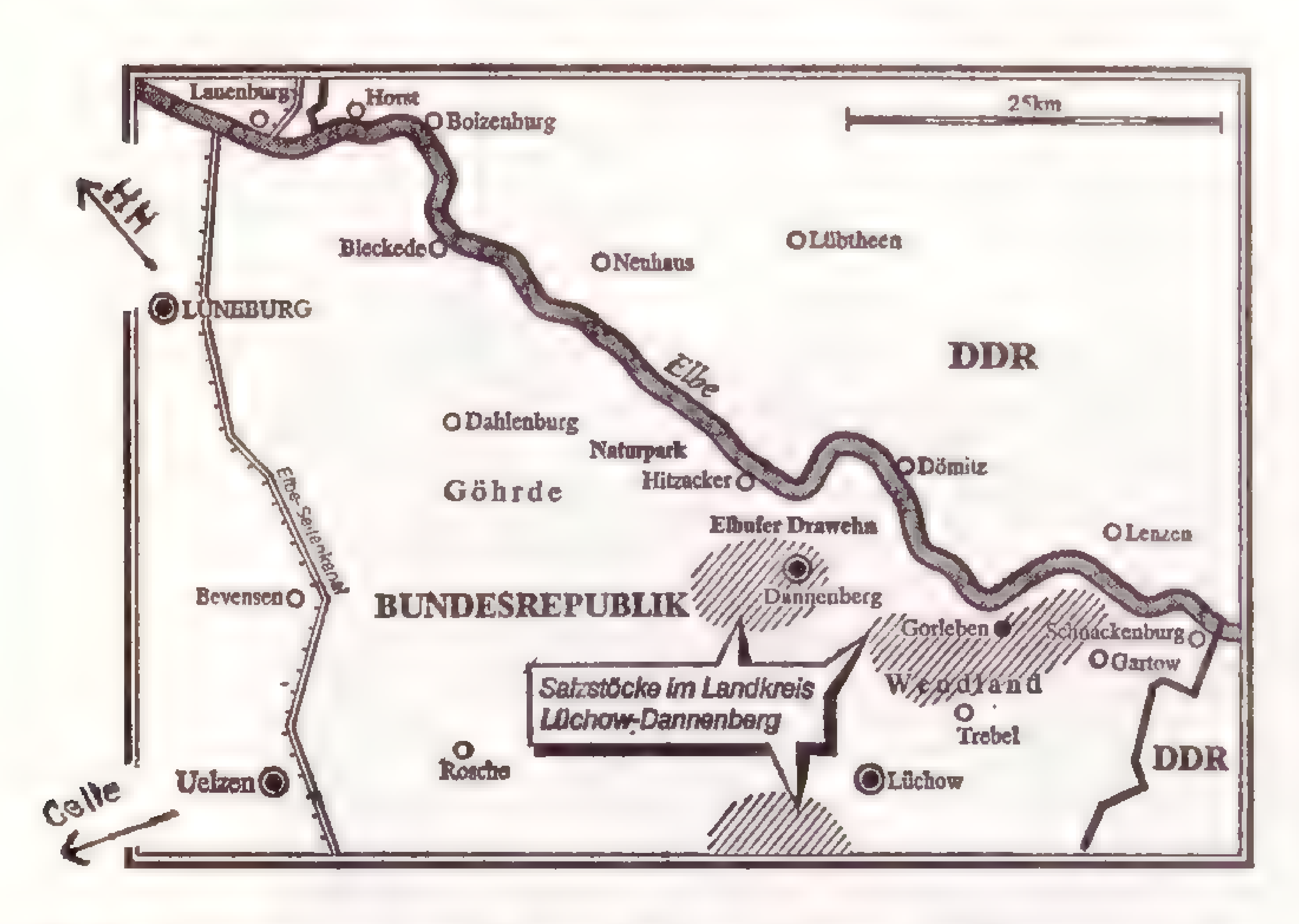
- Daß man sich von örtlichen BI's nicht einfach zurückpfeifen lassen darf. Wenn es nach denen gegangen wäre, hätte es keine Besetzung gegeben, sondern lediglich eine Kundgebung vor dem Bauplatz. Wir hätten länger auf dem Platz ausharren sollen, eine Konfrontation mit der Polizei war nämlich noch nicht abzusehen.
- Die Aktion war darauf angelegt, Öffentlichkeit zu erzielen, um das Atomkraftwerk Grohnde den Leuten ins Bewußtsein zu rücken. Es besteht die Gefahr, daß der nächste Block in Grohnde sofort nachgeschoben wird, unter anderem bestimmt auch, weil der Widerstand in der Bevölkerung bisher nicht sehr groß ist. Wir hatten nicht vor, den Platz längerfristig besetzt zu halten, das hätte unsere Kräfte überstiegen. Einen Teilerfolg haben wir mit der Aktion bestimmt errungen. Aber die Öffentlichkeitsarbeit und Bewußtseinsbildung innerhalb der Bevölkerung muß weiter und verstärkt erfolgen — der Bau wird rasch vorangetrieben — und darf sich auch nicht nur auf Platzbesichtigungen und Kundgebungen beschränken.
- Es kommt nicht so sehr auf die Quantität an, vielmehr zählen unser Willen und unsere Phantasie!

Kein Atomkraftwerk in Grohnde und auch nicht anderswo!

WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE IN GORLEBEN? — NIEMALS!

Lüchow
24. Februar

Nun ist es erst mal raus, die bundesdeutsche WAA soll in Gorleben gebaut werden. Nach langem Zögern und Winden hat Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht am 22. Februar den Standort für die Atommülldeponie bekannt gegeben. Gorleben ist von allen vier möglichen Standorten der, der am wenigsten ins Konzept der Bundesregierung paßt, und genau dies hat Albrecht auch gewußt. Denn Gorleben liegt nahe der DDR-Grenze, die vorhandenen Salzstöcke reichen weit ins DDR-Gebiet rein und so wird gefolgert: „die DDR könne unter durchaus einsichtigen Begründungen die Salzstöcke anbohren (FR vom 12. 2. 1977).



Da die niedersächsiche Regierung jetzt schon Muffensausen vor dem ausstehenden Protest der Bevölkerung gegen diesen Wahnsinn hat, wurde Gorleben gewählt, weil ziemlich klar ist, daß die BRD-Regierung diesen Vorschlag nicht akzeptieren wird und so Albrecht bei jedem weiteren Standortvorschlag auf die Verantwortlichkeit der Bundesregierung hinweisen kann. Auch wurde Gorleben sicherlich gewählt, um zu testen, wie schnell und stark sich der Widerstand selbst im Zonenrandgebiet entwickeln würde. Bevor der Ort überhaupt in die engere Wahl kam, wurde eine Untersuchung durchgeführt, bei der Bevölkerungsdichte, die sozialen Strukturen und die übrige Infrastruktur darauf geprüft worden waren, ob und wie in diesem Gebiet mit Widerstand der betroffenen Bevölkerung zu rechnen sei. Das Ergebnis war wohl recht vielversprechend für die Betreiber, doch hat es die wirklichen Verhältnisse überhaupt nicht erfaßt. Bereits zwei Tage, nachdem Gorleben als Standort bekannt wurde, fand in Lüchow, der nahegelegenen Kreisstadt, eine lokale Demonstration statt, an der sich auch etliche Landwirte mit ihren Traktoren beteiligten. **Für den 12. März 1977 ist eine überregionale Großkundgebung in der Gesamtgemeinde Gatow angekündigt, wahrscheinlich um 13.00 Uhr am künstlich angelegten See. Danach ist eine Begehung des vorgesehenen Baugeländes geplant.**

AUFRUF ZUM OSTERSPAZIERGANG

KASSEL
22. Februar

Es gibt viele Gründe, aus der strategischen Einbahnstraße auszubrechen und neue Wege zu suchen. Diese alle aufzuzählen, ist nicht notwendig. Wir wollen jedoch einen aufgreifen, der uns als vergessen und verdrängt erscheint:

Der Mangel an Geschichtsbewußtsein einer Gesellschaft, die Atomkraftwerke baut, macht nicht Halt vor denjenigen, die Widerstand dagegensetzen. Wie bei einer Springprozession hüpfen wir, die Linken in diesem Land, von Kampagne zu Kampagne. 1976 z.B. in beliebiger Reihenfolge: Berufsverbote, § 218, § 88a, § 130a, Verteidigerausschlußgesetze, P.P. Zahl, heute Anti-KKW: Wer ist denn noch in der Lage, in schlüssiger und stimmiger Argumentation darzulegen, um was es jeweils ging, welches konkrete Probleme und Inhalte waren? Solange das, was bei dieser Praxis übrigbleibt, ein geschichtsloses Glasperlenspiel ist, kann auf Seiten des Widerstandes in diesem Lande Tradition nicht wachsen. Deshalb wollen wir versuchen, diese Zerstückelung zu durchbrechen und rufen auf zu einem Osterspaziergang 1977!

Drei Punkte sind uns wichtig:

1. Anknüpfen an die Anti-Atomtod/Ostermarsch-Tradition
2. Dezentrale Aktionen
3. Osterspaziergang und nicht Ostermarsch.

zu 1. Es gab in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren eine Anti-Atom-Tod- und Ostermarsch-Bewegung, die in der Anti-Notstandsgesetz-Bewegung auf und mit ihr unterging. Wo sind all diejenigen, die sich damals gegen die Gefahren atomarer Technologie gewehrt haben? Wir fordern sie auf, aus ihrer Erfahrung heraus sich dafür einzusetzen, daß 1977 in der Bundesrepublik zu Ostern an ihrer Bewegung angeknüpft werden kann.

zu 2. Wie soll das aussehen? Wir fordern sie und alle anderen auf, die sich gegen die Gefahren atomarer Techlologie wehren, Osterspaziergänge zu organisieren zu allen Bauplätzen, geplanten Standorten oder schon fertiggestellten Atomkraftwerken bzw. Wiederaufbereitungsanlagen. Es geht darum, überall und zu gleicher Zeit präsent zu sein!

zu 3. Wir meinen Oster-Spaziergang und nicht Ostermarsch, denn der ‚Marsch' ist ein Zugeständnis (damit zugleich geheimes Einverständnis) an die militaristische Welt.

Wir, die wir diesen Aufruf verschicken, werden einen Osterspaziergang von Kassel zum geplanten Atomkraftwerk in Borken organisieren und durchführen!

Fröhliche Ostern !!

Absender: **Initiativgruppe Osterspaziergang Kassel, c/o Asta GHK, Wilhelmshöher Allee 73, 3500 Kassel.**

PROBEBOHRUNGEN MIT POLIZEIGEWALT

WESTBERLIN 24.Februar

Seit ca. elf Jahren plant der Berliner Senat in aller Heimlichkeit ein Riesenkohlekraftwerk von 1.200 Mw im Spandauer Fort, das größte seiner Art in Europa. Seitdem die Bevölkerung vor gut einem Jahr auf dieses Mammutwerk aufmerksam wurde (ID 160/163), hat es der Senat plötzlich sehr eilig, vollendete Tatsachen zu schaffen. Dabei scheut er sich ncht, u.a. eine Riesensumme von 160 000 DM im Verein mit der Berliner Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden für eine einzige Werbekampagne in den Berliner Zeitungen auszugeben.
Denn immerhin haben sich bereits mehr als 45 000 Menschen gegen den Kraftwerksbau ausgesprochen...

Weiter scheut er sich nicht, die in der Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel/Oberjägerweg zusammengeschlossenen Bürger gegen die in der Aktionsgemeinschaft Oberjägerweg Organisierten auszuspielen. Und das geht so:

Am 14.Februar lädt man drei Mitglieder der Aktionsgemeinschaft zu einem Gespräch beim Regierenden Bürgermeister ein. Man erklärt vorher nicht, worüber das Gespräch geführt werden soll: Bereits in zwei Tagen, am 16.2. sollen am vorgesehenen Bauplatz 25 Probebohrungen niedergelassen werden; im 24-Stunden-Takt, zehn Tage lang, außer an den Wochenenden. Die drei Mitglieder der Aktionsgemeinschaft erklären ihr Einverständnis. Am nächsten Tag erfährt man aus der Presse, daß die Bürgerinitiativen mit den Bohrungen einverstanden seien. In der Nacht wird von der BI Kraftwerk O/O noch ein Flugblatt gedruckt, in dem für den nächsten Tag zum passiven, gewaltfreien Widerstand gegen die Bohrungen aufgerufen wird. Dieser Aufruf bedeutet eine Erneuerung des Hütten- und Plenumsbeschlusses vom November 76, in dem es heißt, daß weitere Bohrungen als bauvorbereitende Maßnahmen einzuschätzen und daher mit gewaltfreiem Widerstand zu verhindern seien. Denn bei diesen Bohrungen handelt es sich einwandfrei um Bohrungen für die Fundamente der Kesselhäuser.

Die Mobilisierung der Kraftwerksgegner klappt wegen der Kürze der Zeit nur mäßig. Ca. 30 bis 40 Berliner versuchen am Morgen des 16.2. durch Hinsetzen auf die Waldwege und vor die anrückenden Baufahrzeuge den Beginn der Arbeiten zu verzögern. Die etwa 50 Mann starke Polizei greift sofort hart durch und benutzt die Knüppel. Die Kraftwerksgegner ziehen sich zurück, sammeln sich neu und beginnen mit den Arbeitern und Polizeibeamten zu diskutieren, warum sie hier sind.

Die zweite Mobilisierung wird für Montag, den 21. Februar vorbereitet, da das Bohrgerät über's Wochenende abgebaut wird. Diesmal erscheinen ca. 200 Personen auf dem Gelände. Die Waldwege sind bereits mit Unterholz und alten Baumstämmen verbarrikadiert. (Die Berliner Presse schlachtet das so aus: Baumschützer fällen Bäume! Haha, wir haben sie durchschaut, es geht ihnen gar nicht um die 36.000 Bäume, die geopfert werden sollen, ihr wißt ja schon, worum es geht . . . !) Man setzt sich wieder auf die Wege, leistet wieder passiven Widerstand. Nach dreimaliger Aufforderung beginnt die Polizei mit dem Forttragen der Demonstranten. Als die Fortgetragenen sich wieder hinten anschließen, wird — wie gehabt — der Knüppel gezogen. Nach drei Stunden ist der Widerstand gebrochen. Zwei Kraftwerksgegner müssen im Krankenhaus behandelt werden (gebrochenes Nasenbein, Platzwunde hinter dem Ohr), sieben Polizisten erlitten kleine Hautabschürfungen, Stauchungen. Kein Beamter mußte vom Dienst abtreten.

Für Dienstag, den 22. Februar, wird vor den Wachhütten für 18 Uhr zu einer Großkundgebung aufgerufen. Der Widerstand wächst: 1.200 bis 1.500 Menschen erscheinen in der Dunkelheit im Wald. Nach den Rednerbeiträgen zur Lage zieht man zu den etwa 200 m entfernt liegenden Bohrstellen, die unter Flutlicht stehen. 400 Polizeibeamte bewachen Bohrstellen und Arbeiter. Die friedlichen Kraftwerksgegner sind im Handumdrehen eingekreist. Der Polizeigürtel schiebt sich auf der einen Seite bis auf Hautnähe an die Demonstranten heran, auf der anderen steckt man, halb unsichtbar, im Wald. Die Polizei blendet die Demonstranten durch grelles Scheinwerferlicht. Mehrere berittene Polizisten tauchen aus der Dunkelheit auf und drängen die dicht beieinander stehenden Demonstranten vom Weg herunter. Die Staatsgewalt ist präsent. Es herrscht eine gespenstische Atmosphäre. Die massive Polizeigewalt fordert geradezu die Eskalation heraus. Man steht sich angespannt gegenüber und wartet. Allmählich setzt sich der Appell der Bürgerinitiative, vor dieser massiven Gewalt zu weichen und zur Hütte zurückzukehren, durch. Der Rückzug ist ein großer Erfolg für die Kraftwerksgegner, die hiermit deutliche Akzente setzen, wo Gewalt angewendet wird und wo Gewalt hingenommen werden muß.

In den kommenden Wochen ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in den Stadtteilen geplant, zumal abzusehen ist, daß der Senat seine teuren Werbekampagnen fortsetzen wird. Diese kritische Situation wurde zusätzlich angeheizt durch ein in dieser Zeit bekannt gewordenes Schreiben der Bewag vom 8. 2. 77 an den Senator für Bau- und Wohnungswesen, in dem diese kurzfristig „das Herstellen von drei Löschwasserbrunnen zur Sicherung des Waldbestandes beim Verbrennen von Kleinholz während der Rodungsarbeiten" beantragte. Die Berufungsverhandlung wegen des gerichtlichen Rodungsverbots finden jedoch erst Ende April, Anfang Mai 1977 statt. Der Bürger fühlt sich auf den Arm genommen . . . Eine niedergelassene Bohrung von 35 cm Durchmesser kann bereits heute als Brunnen benutzt werden.

PS: Gegen die Verantwortlichen eines Flugblattes der Bürgerinitiative mit folgendem Aufruf:

„Kommen Sie am Montag, dem 21. 2. 1977, 7.00 Uhr, zur Hütte, um die weiteren Bohrungen gewaltfrei zu verhindern! Da am Wochenende alle Bohrgeräte vorübergehend weggeräumt werden, haben wir die Möglichkeit, die beabsichtigten weiteren Bohrungen zu unterbinden. Unsere Gegner sind nicht die Polizeibeamten! Schon gar nicht die Bauarbeiter!"

ist mittlerweile Strafanzeige wegen Nötigung gestellt worden.

LETZTE MELDUNG
Am Samstag, 5. März, 15 Uhr, ist im Gasthof Meier in Kirchohsen bei Hameln die BUNDESWEITE PLANUNGSKONFERENZ für die Großkundgebung am AKW Grohnde (19. März).

DORFBEWOHNER VERHINDERTEN BAU EINES ABWASSERKANALS

MEISENHEIM/GLAN 18. Februar

Mit Traktoren und Personenautos haben am Montagmorgen, 7. Februar, Einwohner des zur Verbandsgemeinde Meisenheim/Glan (Rheinland-Pfalz) gehörenden Dorfes Gangloff den Bau eines Abwasserkanals verhindert. Bei Glühwein harrten Einwohner der 300 Seelen-Gemeinde aus, bis ein Beobachter der mit den Bauarbeiten beauftragten Firma sich zurückzog. Die Verbandsgemeindeverwaltung stoppte daraufhin den Arbeitsbeginn.

Bereits Mitte Januar waren Bürger, die zu hohe Belastungen der einzelnen Haushalte als Folge des Kanalbaus befürchten, zur Baustellenbesetzung angetreten. Damals konnten sie den anrückenden Bautrupp samt Maschinen „in die Flucht schlagen".

Der Verbandsgemeinderat hofft, die aufgebrachten Dorfbewohner mit dem Bemühen um höhere Landeszuschüsse für das Kanalprojekt befrieden zu können.

FAZIT DES WYHL-PROZESSES : BEDENKEN BESTÄTIGT

HERBHOLZHEIM 22. Februar *Der Arbeitskreis Umweltschutz an der Universität Freiburg (Wilhelmstr. 15, Tel.: 07665/1886 – Konto: Öffentliche Sparkasse Freiburg, Kontonummer 1720224) hat ein Fazit des Wyhl-Prozesses geschrieben:*

NACH NEUN TAGEN BEWEISAUFNAHME: BEDENKEN BESTÄTIGT, SOWEIT SIE ZUR SPRACHE KAMEN

Am Dienstag, dem 18. Februar, endete die Beweisaufnahme im Herbolzheimer Prozeß (siehe ID 164/165). Neun Tage lang mußten wir uns Experten anhören, deren „Aussagen" wir schon seit Jahren aus den zahllosen Glanz- und Werbebroschüren der Atomindustrie kennen.

Wen wundert's, daß nach diesen neu n Tagen unsere Bedenken unbeantwortet bleiben – ja erhärtet und bestätigt sind.

So wollte Prof. Seemann den Weinbauern weismachen, daß bei weniger als 50 % Beschattung die Senkung der Oechslegrade kaum noch meßbar sei. Jede Angabe über zukünftige Klimaveränderung bezog sich auf sogenannte Modellrechnungen, die oft genug bei Überprüfung durch die Wirklichkeit widerlegt wurden!

Oder bei der Erörterung der Fragen zur Radiologie: da kam heraus, daß hohe Mengen an Radioaktivität über das Maschinenhaus freigesetzt werden, ohne jede Kontrolle oder Messung. Die Experten haben sogar versucht, diese Abgaben bei der Berechnung der gesamten Abgaben zu unterschlagen. Statt offen die wahren Verhältnisse auszubreiten, haben die Experten der Atomindustrie spekuliert, daß nach Fragen, die sie nicht anschneiden, auch niemand der KKW-Gegner frage. Diesen Gefallen haben ihnen die Mitglieder des Projekts SAIU an der Uni Bremen nicht gemacht: Prof.Jörn Bleck und Prof. Inge Schmitz-Feuerhake haben als Gutachter uns und dem Gericht mit aller Deutlichkeit die Gefahren geschildert!

Oder, Professor Sternglass aus den USA; er hat für uns dem Gericht seine Erkenntnisse über den Zusammenhang von Säuglingssterblichkeit und radioaktivem Niederschlag nach Atombombentests in den USA vorgelegt. Obwohl die Gutachter der Gegenseite von diesen Erkenntnissen wußten, haben sie sie verschwiegen. Wahrscheinlich wäre sonst ihre Stellung in der Atomindustrie fristgerecht gekündigt worden.

SICHERHEITSPROGNOSEN DER ATOMINDUSTRIE HALTEN DER WIRKLICHKEIT NICHT STAND !

Seit Jahren sind zahlreiche Kernkraftwerke in Betrieb.In diesen KKWs kam es teilweise zu Unfällen, die um Haaresbreite an einer Katastrophe vorbeigingen (z.B. 1975 USA, Browns Ferry). Nun hätten wir eigentlich erwarten können, daß das Gericht zum Fragenkomplex Reaktorsicherheit Experten vorlädt, die langjährige praktische Erfahrungen mit dem Betrieb von KKWs haben. Diese Experten hätten dann ausführlich zu den theoretischen Sicherheitsprognosen der Atomindustrie Stellung nehmen können. Stattdessen benannte das Hohe Gericht ausschließlich sogenannte Laborexperten. Wissenschaftler, die in Instituten und Laboratorien zu einzelnen Sicherheitsproblemen Versuche mit Modellen durchführen, ohne langjährige Erfahrung mit dem Betrieb von KKWs. Die Kläger der Bürgerinitiativen waren es, die solch einen Experten mit langjähriger, praktischer Erfahrung dem Gericht vorschlagen mußten: Robert Pollard, ehemaliger führender Reaktorsicherheitsspezialist der amerikanischen Atomenergiebehörde..Er ist vertraut mit allen in der jüngsten Vergangenheit bekannt gewordenen Störfällen und Unfällen.

Zwar mußte das Gericht dem Antrag der Kläger, Robert Pollard als Gutachter vor Gericht zu hören, stattgeben. Jedoch, wer glaubte, daß seine Erfahrungen gebührend ausführlich vorgebracht werden durften, sah sich getäuscht. Sobald R. Pollard Sicherheitsbeteuerungen der Experten der Gegenseite die Wirklichkeit gegenüberstellte und ihre Aussagen widerlegte, verwies das Gericht auf den Zeitplan oder auf den Unterschied deutscher und amerikanischer Gesetzesvorschriften. Auch gegen den Protest der Öffentlichkeit brach das Gericht die Erörterung einiger wichtiger Sicherheitsprobleme ab und erteilte einem JA-Gutachter das Wort. Diese Herren hatten dann unbegrenzt Gelegenheit, allgemeine, undeutliche Aussagen zu machen, die Nebel über ungelöste Probleme legen sollten.

DR. LINDACKERS : NACH EINEM REAKTORUNFALL MUSS IM UMKREIS VON 15 KM ALLES STERBEN !

Noch einiges zu den Aussagen des Vorsitzenden des Ausschuß „Notfallschutz" bei der Strahlenschutzkommission, dem Herrn Lindackers.

1970 promovierte Lindackers an der Hochschule in Aachen über die Auswirkungen schwerer Schäden an Kernkraftwerken. In seinem Vortrag zur mündlichen Doktorprüfung führte er aus:

„95 % der Personen, die eine Ganzkörperdosis von 1.000 rem und mehr erhalten, werden als tot bezeichnet. Beträgt die Ganzkörperdosis 600 bis 1.000 rem, so ist anzunehmen, daß 90 % sterben, während bei einer Ganzkörperdosis von 200 bis 600 rem nur noch 40 % der Bevölkerung kurzfristig sterben.

Für alle nicht kurzfristig als tot zu bezeichnenden Personen kann man über die Ermittlungen der man-rem-Zahlen mit den bekannten Dosis-Wirkungen-Beziehungen die Anzahl der Leukämie- und Schilddrüsenkrebsfälle abschätzen. Da die strahleninduzierte Leukämie heute praktisch noch nicht heilbar ist, kann man annehmen, daß alle Leukämiefälle innerhalb von 20 Jahren zum Tode führen. (...)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß schwere Schäden an Kernkraftwerken nationale Katastrophen sind. Notfallmaßnahmen zur Milderung der Auswirkungen schwerer Schäden an Kernkraftwerken sind möglich, eine entsprechende Notfallplanung ist unerläßlich. Die Auswahl von Standorten von Kernkraftwerken muß auch in der Zukunft nach dem Gesichtspunkt erfolgen, daß, wenn immer möglich, eine geringe Bevölkerungsdichte in der näheren Umgebung zu bevorzugen ist. Risiko und wirtschaftlicher Nutzen sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen."

„EVAKUIERUNG MIT PRIVATAUTOS"

„Bis zu 15 km muß damit gerechnet werden, daß die dort sich während eines Unfalls aufhaltenden Personen an akutem Strahlensyndrom sterben", dozierte Dr. Lindackers sachlich. Über die 15 km hinaus seien die Auswirkungen schwierig abzuschätzen, er könne eindeutig sagen, daß es keinerlei Untersuchungen gebe, wie sich Stoffe über solche Entfernungen ausbreiten würden. Untersuchungen über die Wirkung auf andere Lebewesen seien nicht durchgeführt, sie würden wohl eine höhere Belastung ertragen. Für sämtliche Feldfrüchte gelte, daß sie auf keinen Fall in den Verkehr gebracht werden dürften. Die Milch werde sicher mit Radiojod stark kontaminiert sein. Eine beträchtliche Verseuchung aller Oberflächen sei zu erwarten und bis in 30 oder 40 km Entfernung sei sie auf keinen Fall zu vernachlässigen, auf jeden Fall müßten akute Maßnahmen getroffen werden. Zur Frage, ob das eine nationale Katastrophe werden könne, führte er aus, daß noch nach bis zu 30 Jahren Krankheiten zu erwarten

seien und genetische Schäden. Ob das eine nationale Katastrophe sei, könne er nicht sachverständig abschätzen.

Natürlich müsse man Evakuierungsmaßnahmen ergreifen. Sie hätten sich überlegt, daß es am günstigsten sei, wenn die Bevölkerung mit ihren Privatautos wegfahre, weil die Organisierung des Abtransports mit Polizeiwagen viel zu lange dauern würde. Übungen im großen Maßstab hätten sie noch nicht durchgeführt, um die Bevölkerung vor Schäden zu bewahren. Auf die Frage, wie denn wohl die Einwohner von Sasbach evakuiert werden könnten, wenn doch die Brücke über den Rhein nur einem Auto Platz lasse und genauso auch in Endingen, wo nur ein Auto durch das Endinger Tor passe, antwortete Lindackers: das würde von den Behörden geprüft werden, falls es nicht möglich sei, so sei er überzeugt, daß sie sich was einfallen lassen würden.

Soweit die Ausführungen von Lindackers. Die Denkweise dieser Herren Experten scheint überall auf der Welt die gleiche zu sein. Dem Professor Rasmussen, auf den die Landesregierung so großen Wert legt, ist zu diesem Thema noch eingefallen, daß die Bevölkerung erst die Fenster zumachen müsse, bis die radioaktive Wolke vorbeigezogen sei, und dann aber die Fenster nach einer gewissen Zeit wieder öffnen müsse, weil dann die Radioaktivität im Innenraum inzwischen größer sei als draußen. Er hat diesen Vorschlag dann wieder verworfen mit der Begründung, das sei ein Ereignis, das die Bevölkerung nur einmal in ihrem Leben miterlebte, deshalb werde es auch für die Behörde schwierig sein, sie zu einem so komplizierten Verhalten zu bewegen.

ZUVERLÄSSIGE RISIKOABSCHÄTZUNG NOCH NICHT MÖGLICH ...

Wenn diese Wissenschaftler über die Konsequenzen von schweren Unfällen reden, dann nie, ohne darauf hinzuweisen, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls verschwindend gering sei. Sie berufen sich dabei auf den Rasmussen-Report, der das ja auf über 3.000 Seiten genauestens entwikkelt habe. Wer dagegen noch etwas einzuwenden habe, könne nur als absolut verbohrter, weltfremder Mensch bezeichnet werden!?

Doch was Landesregierung und KWS verschweigen, ist, daß sie selbst ihre Experten beauftragt haben, eine Untersuchung über „Methoden zur quantitativen Analyse von Kernenergie-Risiken" zu erstellen! Selbst „ihr" Institut für Reaktorsicherheit stellt fest, daß diese Studie den „internationalen Stand" der Diskussion wiedergibt. Diese Studie erschien im März 1975, zu einer Zeit also, als der vielzitierte Rasmussen-Report bereits veröffentlicht war und damit sicher in der Studie berücksichtigt wurde. In ihren „Schlußfolgerungen" und Empfehlungen" kommen die Autoren zu dem Schluß:

„Die Autoren sind auf der Basis des erörterten Wissensstandes zu der Ansicht gekommen, daß unter den gegenwärtigen Voraussetzungen eine zuverlässige quantitative Abschätzung der Risiken durch die Nutzung der Kernenergie noch nicht befriedigend möglich ist."

(ausführlich im ID 156/157)

Warum wird von der Atomindustrie, der Landesregierung und ihren Experten das Ergebnis dieser Untersuchung verschwiegen?

Warum verschweigen sie, daß seit dem 1. April 1976 bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit eine eigene Risikostudie der BRD in Auftrag gegeben ist?

Warum wird verschwiegen, daß erst im 2. Quartal 1977 mit der Übertragung der Risikoüberlegungen auf deutsche Verhältnisse begonnen wird?

Warum wird verschwiegen, daß frühestens für das 3. Quartal 1978 mit Ergebnissen zu rechnen ist?

Die Antwort fällt leicht!

Weil Landesregierung und KWS ihr Kernkraftwerk durchsetzten wollen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht! Sei es die Augenwischerei mit Hilfe von „einäugigen" Gutachtern, sei es die Übertölpelung mit dem Polizeiknüppel.

Das Gericht wird Mitte März ein Urteil fällen. Die Entscheidung, ob das KKW Wyhl gebaut wird oder nicht, wird nicht im Gerichtssaal gefällt. Sie wird dann fallen, wenn Landesregierung und Atomindustrie ihren mörderischen Plan in Wyhl durchsetzen wollen – dazu brauchen sie den Bauplatz! Dort wird letztendlich die Entscheidung fallen!

Kein KKW in Wyhl – Gerstheim – Brokdorf - und anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlage in der Heide! Keine Brennelementefabrik in Heitersheim! KKW Fessenheim – sicher durch Stillegung!

WINDMÜHLEN ALS ENERGIEQUELLE

NORDSEE
22. Februar

Eine klitzekleine Notiz aus der Süddeutschen Zeitung vom 4.2., Seite 39, spricht Bände:

„Windmühlen in der südlichen Hälfte der Nordsee zu bauen, schlägt ein Forschungsteam der Universität Reading (Großbritannien) vor. In einem Gebiet von zehn mal zehn Quadratkilometern Fläche und in bis zu 20 Meter tiefem Wasser sollten Windkraftwerke im Abstand von jeweils einem Kilometer voneinander vor der Humber-Mündung installiert werden. Man könne damit ein Gigawatt elektrischer Stromleistung, vier Prozent des britischen Strombedarfs, gewinnen. Installationskosten: 500 englische Pfund je Kilowatt."



SELBSTHILFEINITIATIVE BESETZT LEERES HAUS

STUTTGART
24. Februar

Am Montag, dem 21. Februar 1977, 11 Uhr, wurde in Stuttgart-Mitte ein großes leerstehendes Haus besetzt. Dieses Haus wurde vor vier Jahren von der Baufirma Eger als reines Spekulationsobjekt gekauft und steht seit dieser Zeit leer. Man merke auf: die vorbeigehende Uhlandstraße gehört schon zur Hälfte der Allianz und ist mit dementsprechenden Gebäuden schon reich gesegnet.

Um gegen die Spekulation wirksam angehen zu können, hat sich die Initiative Alexanderstraße, in der eine Mieterinitiative, die Soziale Selbsthilfe Stuttgart und Emmaus, auch eine Selbsthilfe-Organisation, mit vielen anderen zusammenarbeiten, gegründet. Sie tritt für den Erhalt von Wohnraum in der Innenstadt ein und ist gegen weitere Verschandelung der Stadt durch Büropaläste. Bei diesem Objekt kann man gut erkennen, mit welch langfristiger Strategie Spekulanten bereit sind zu arbeiten und daß sie keine Skrupel kennen, Methoden anzuwenden, die an der Grenze der Legalität sind.

Raffinierterweise wurde den Mietern damals vor vier Jahren unter der Begründung gekündigt, eine Abrißgenehmigung liege vor! Dies war damals nicht der Fall und ist es auch heute noch nicht. Im Moment ist man aber gerade am Kungeln, eine Abrißgenehmigung durchzusetzen. Und saubere Sachen fallen dabei vor, mit denen versucht wird, diese Genehmigung möglichst schnell zu bekommen: so wurde das Haus, kurz bevor der Bezirksbeirat, der bei der Entscheidung über Abriß eine beratende Funktion hat, eine Besichtigung vornahm, unter Wasser gesetzt, Wände und Böden herausgerissen und Teile des Daches abgedeckt. Wer das wohl war und in welchem Interesse eine solche Aktion geschah, ist eindeutig.

Beeindruckt von so viel Unternehmergeist wurde der Abrißantrag auch in der nachfolgenden Sitzung abgelehnt. Daraufhin stellte die Verwaltung an den Wohnungsausschuß den Antrag, gegen Abriß zu stimmen. Aber wie es halt so geht, es wurde 4 : 4 gestimmt. Clou bei der ganzen Sache ist, daß nach ba/wü Gemeindeordnung somit der Antrag der Verwaltung abgelehnt war und zumindest indirekt von seiten der CDUund der freien Wähler einem Abriß zugestimmt wurde.

Trotzdem gibt es somit noch keine endgültige Abrißgenehmigung, und das letzte Wort in dieser Sache liegt nun beim Oberbürgermeister Rommel (CDU). Eine Stellungnahme liegt bisher vor: daß zumindest die Fassade erhaltenswert ist. Rommel kommt es wohl vor allem darauf an, daß seine Fassade der Liberalität nicht verletzt wird!

Am Donnerstag, dem 24. Februar, wurde in dem Haus ein Cafe eröffnet. Un viele, viele kamen. Kontaktadresse:
Am Donnerstag, dem 24. Februar, wurde in dem Haus ein Cafe eröffnet. Und viele, viele kamen. Kontaktadresse:

SSS Mönchhaldenstraße 7
7000 Stuttgart 1
Telefon 29 60 55

Spenden sind erbeten auf die Postscheckkonten

- SSS, Postscheckamt Stuttgart 9305-705 und
- Emmaus, Postscheckamt Stuttgart 88122-704 Danke!

Fotomaterial in einigen Tagen von Volksbild/ID Frankfurt (sagt die Initiative). Die ausführlichere Dokumentation gibt's — leider erst wieder in einigen Tagen — am besten gegen Rückporte und kleine Spende!

DAS JUGENDHAUS DEN JUGENDLICHEN

ASCHAFFENBURG
18. Februar

Seit Monaten kämpfen die Aschaffenburger Jugendlichen darum, daß das Jugendhaus in der Treibgasse ein von Polizei, Jugendamt und Gesinnungswächtern freier Raum bleibt. Entnehmt folgender Darstellung das, was dazu helfen soll, daß die Freunde und Genossen im Land wissen, daß wir nicht aufgeben:

Der strukturell einseitig auf Bekleidungsindustrie ausgerichtete Raum Aschaffenburg wird durch die Krise im Arbeitsmarkt besonders hart betroffen. In dieser Situation sind in hohem Maße Jugendliche benachteiligt, da vorher nur wenige schon ein Einkommen erreichten, welches nur einen notdürftigen finanziellen Ausgleich gewähren würde. Sie sind gezwungen, in freier Zeit in billigen Kneipen oder auf der Straße zu sitzen, bis ihnen die Gnade einer Lehrstelle oder Arbeitsplatzes zuteil wird. Vor allem die Schwachen Sensibleren unter ihnen lehnen sich gegen diese „Lebenserfahrung" auf, und laufen in Drogenscene und Kleinkriminalität gefahr, vom System endgültig fertiggemacht zu werden. Eine kleine Lücke dieser staatlichen Planung bestand bisher im Jugendhaus Treibgasse. Dort konnten auch Leute von der Scene, von der Straße und Entlassene aus der hiesigen Justizvollzugsanstalt mitmachen, ohne gleich wieder der nächsten Institution in die Falle zu laufen. Das ist bestimmten Leuten ein Dorn im rechten Auge. Wie Maschinen in ihren Büros hinter Gesetzbüchern, Vorschriften und Automaten, vor der Wirklichkeit versteckt, urteilen sie über uns, weil wir nicht wie perfekte Automaten funktionieren.

Seit zwei Wochen versucht das Stadtjugendamt die erst im letzten Jahr erkämpfte völlige Selbstverwaltung auszuschalten, um damit ein für allemal den einzigen Freiraum im Umkreis Aschaffenburgs zum Schweigen zu bringen. Im vergangenen Dezember schloß der von der Stadt angestellte Jugendpfleger gegen einen Mehrheitsbeschluß der im „Hausrat" vertretenen Jugendlichen aus Gründen einer Neukonzeption und Renovierung. Damit sahen wir das bis dahin bestehende Mitspracherecht zur Farce gemacht und entschlossen uns zum Widerstand. Ein paar Leute versuchten sich allein mit dem Jugendpfleger auseinanderzusetzen; wie so häufig, wenn es nur wenige sind, endete das mit dem Einsatz der Polizei. Doch die Unterdrückung erzeugte erst die Kraft und Wut zur Solidarität. Am nächsten Abend kamen ca. 70 Jugendliche ins Haus um ihre Rechte durchzusetzen. Die an diesem Abend gestellten Forderungen werden bis heute vertreten:

- das Haus ist sofort und für alle wieder zu öffnen
- der Hausrat ist das weisungsgebende Organ im Jugendhaus
- Sozialarbeiter und Mitarbeiter haben sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen — vertreten durch den Hausrat — auszurichten
- Schlüssel sind an Delegierte des Hausrats auszuhändigen
- Kampfmaßnahmen im Falle einer Nichtbeachtung unserer Forderungen.

Der Jugendpfleger entsprach der Forderung nach Aushändigung der Schlüssel und reichte wenig später seine Kündigung ein. Damit gehörte das Haus uns. Es war abzusehen, daß wir (Arbeiter, Arbeitslose, Schüler) eine Organisation nicht so konfliktfrei bewerkstelligen würden wie ein hauptamtlich eingestellter Sozialarbeiter mit mehreren Mitarbeitern. Doch eben damit begründet die Stadt erneute Versuche,unser Haus zu schließen. Als am 16.2. wieder einmal Hausbesucher das Haus rund um die Uhr besetzt hielten, weil wir keine Schlüssel mehr hatten, ließ das Jugendamt das Haus am nächsten Morgen schließen. Wir waren nur eine Handvoll Leute und haben keinen aktiven Widerstand geleistet. Am Abend kamen die Frauengruppe und andere, im ganzen ca. 60 Leute, vor dem Haus zusammen. Und weil an diesem Abend gerade der Stadtrat eine Sitzung hatte, liefen 40 von uns ins Rathaus, um zu zeigen, daß wir nicht auf der Straße sitzen bleiben werden, wenn unser Haus geschlossen bleibt. Die „ehrwürdigen Herren" haben nicht so ganz verstanden um was es eigentlich ging, aber daß man uns „die langen Haare rupfen würde, wenn wir keine Ruhe gäben", war als erstes klar. Die bürgerliche Presse quittierte unseren Rathausbesuch mit einem „ihr habt vielleicht recht, aber immer schön friedlich bleiben, wenn man euch das Recht nimmt.....". Inzwischen haben wir das Haus unter Auflagen wieder vorläufig öffnen können. Doch wir werden diese Auflagen, die unsere bleibende Bevormundung durch den Verwaltungsapperat bedeuten würde, nicht annehmen:

1. Sämtliche Gruppen, die im Jugendhaus arbeiten wollen, müssen sich Schlüssel im Jugendamt holen. Das heißt, die Stadt hat die Kontrolle und Macht, welche Gruppen rein dürfen.

2. Um 22 Uhr Schließung, außer bei besonderen Anlässen (z.B. Fest)
3. Kinder (bis 14 Jahren) haben keinen Zutritt, weil keine pädagogische Kraft mehr da ist.
4. Besondere Vorkommnisse (wenn z.B. geklaut wird) sollen der Stadt gemeldet werden.
5. Das Konzept muß innerhalb von 14 Tagen ausgearbeitet sein.

Doch: Das ist unser Haus! Wir machen weiter. Leute, die uns erreichen wollen, rufen besser nicht mehr über die Jugendhausnummer an. Wer Rat oder Hilfe sucht, soll besser ins Jugendhaus kommen. Jugendzentren, die uns ihre Solidarität zeigen wollen, schreiben an: **Kommunales Jugendhaus – Hausrat – Treibgasse 20, 8750 Aschaffenburg.**

TERMINÄNDERUNG ZUR JUGENDWOHNHEIM–VERANSTALTUNG

FRANKFURT 24.Februar Die im ID 165 angekündigte Veranstaltung zu Jugendwohnheimen in Frankfurt findet **nicht** am 1.März im Bürgerhaus Nordweststadt statt. Bei einem Vorbereitungstermin dieser Veranstaltung waren nur sehr wenige Leute gekommen, so daß gar nicht klar war, ob überhaupt ein Interesse an der Veranstaltung besteht. Es sah ganz so aus, als gingen die Leute, die sich vorher noch für die Veranstaltung engagiert hatten, davon aus, daß sich die Lage um und für die Jugendwohnheime in Frankfurt beruhigt habe, weil die beiden betroffenen Heime in der ‚heissen Phase' der Auseinandersetzung nicht gleich geräumt worden waren.

Ein zweiter Termin war besser besucht und die Vorbereitung wurde in Angriff genommen – allerdings klappt das nun nicht mehr bis zum ursprünglichen Termin. Die Veranstaltung findet jetzt endgültig und unwiderruflich statt:

am 10.März um 19 Uhr im Festsaal des Hauses der Jugend, Deutschherrenufer.

STREETWORKER-DISKUSSION IN FRANKFURT

FRANKFURT 21. Februar In der Sitzung des Frankfurter Jugendwohlfahrtsausschusses am 25. Januar 1977, auf der das Konzept für den Einsatz von Jugendpolizisten in Frankfurt endgültig zu Grabe getragen werden mußte (siehe ID 163 und frühere IDs), zeichnete sich schon ab, daß sich die leitenden Herrschaften in den verschiedenen Ämtern in Zukunft an die Diskussion von Nachfolge- oder (in ihrem Sinne) Alternativ-Konzepten zum Jupo-Konzept machen werden. Ins Auge gefaßt wurden auf der Sitzung am 25.1. das Konzept für einen „Streetworker" oder die Bildung eines Jugendschutzausschusses.

Zur Diskussion über den Streetworker ist nun auf unbekannten Wegen ein inneramtliches Diskussionspapier des Jugendamtes, Abteilung Jugendpflege an die Öffentlichkeit gedrungen, überschrieben mit „ABM-Streetworker". ABM heißt: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ...?!

Als Arbeitsformen beschreibt das Papier etwa: „Kontaktaufnahme zu Kindern und Jugendlichen bzw. zu Gruppen von Kindern und Jugendlichen an ihrem Aufenthaltsort; anonyme Beratung bei Problemen und Konflikten, wobei sowohl Einzel- wie Gruppenberatung denkbar wäre; der Ansatz an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen bedingt, daß die Bildung von Gesprächskreisen, Interessengruppen und ähnlichem nicht von außen an die Kinder und Jugendlichen herangetragen werden kann, sondern aus den Kreisen heraus entwickelt werden sollte; aus der ... Beschreibung des Kreises der Kinder und Jugendlichen ergibt sich, daß es eine Reihe von Problemen und Konflikten geben wird die vom „Streetworker" nicht gelöst werden können. Wesentlich dabei ist, daß der „Streetworker" in der Lage ist, dies zu erkennen und in solchen Fällen als Kontaktvermittler zu: Sozialstationen, Erziehungsberatung, Jugendgerichtshilfe, Erziehungsbeistandschaft, Sozial- und Gesundheitsamt, Arbeitsamt, Drogenberatungsstellen u.ä. mehr aufzutreten. In vielen Fällen wird schon ein Begleiten der Kinder bzw. Jugendlichen ausreichen können. Darüber hinaus wird er aber punktuell auch als echter Vermittler tätig werden müssen z.B.: ein vermittelndes Gespräch mit den Eltern führen. Es sei nochmals betont, daß es hier auf die scharfe Abgrenzung und das Erkennen der eigenen Grenze ankommt, denn der „Streetworker" kann nicht Familienfürsorge oder Therapeut oder Fachberater in einer Person sein."

Entsprechend seiner Aufgabenstellung soll der „Streetworker" in einem eingegrenzten Stadtteil tätig werden, als Arbeitsstützpunkt ist das entsprechende Jugendhaus vorgesehen, wo er eng mit dem Jugendhausteam zusammenarbeiten soll und sich als „Außenstelle" des Jugendhauses zu verstehen haben soll. Aus der gedrechselten Schreibweise des Jugendamts-Papieres geht hervor, daß er außerhalb des Jugendhauses, da wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten, arbeiten soll, die Kinder und Jugendlichen nach und nach ins Jugendhaus ziehen soll, wo sie dem Jugendhaus team überlassen werden und der Streetworker soll sich dann erneut auf der Straße nach Kindern umsehen, die er antörnen kann, in s Jugendhaus zu kommen. Er soll in dem jeweiligen Jugendhaus auch so eine Art Büro haben.

Personalmäßig wird in dem Papier gedacht an vier Sozialarbeiterstellen; je zwei Sozialarbeiter sollen dann als „Außenteam" in einem Stadtteil tätig werden. Der zuständige Jugendpfleger (das ist der, der im Amt sitzt) „sollte vorwiegend arbeitsvorbereitende (z.B. Informationssammlung), koordinierende Aufgaben wahrnehmen. Bei Kontaktvermittlung und Hilfestellung gegenüber Behörden bzw. Institutionen wird er selbst tätig werden müssen, da gewiß nicht in allen Einzelfällen die Streetworker die ganze Arbeit leisten können."

Die Arbeitszeit des Streetworkers soll zwischen 14 und 24 Uhr liegen, da soll dann aber noch genauer nach Erfahrungswerten bestimmt werden.

Soweit, sogut. Es steht eigentlich gar nichts weiter Schlimmes drin, in dem Papier. Die Rattenfänger-von-Hameln-Tour, mit der der Streetworker die Kinder und Jugendlichen in die Jugendhäuser kriegen soll, mutet zwar etwas sehr nach der Kampagne „Rettet die armen Schlüsselkinder vor der Gefährdung durch die Straße" in den fünfziger Jahren an, und die Frage, in welches Jugendhaus der Rattenfänger bzw. Streetworker die Kinder und Jugendlichen denn nun ziehen soll, bleibt auch offen Z.B. in Fechenheim (Stadtteil von Ffm) gibt es ja nun das Jugendhaus der Stadt und das Jugendzentrum in Selbstverwaltung, das zwar auch Mittel von der Stadt bekommt, aber naja!

Es ist sicherlich falsch, angesichts solcher Überlegungen im Jugendamt sofort in schroffe Ablehnung zu verfallen: das Streetworkerkonzept ist der Nachfolger zum Jugendpolizist und mit dem Jupo-Konzept gleichzusetzen. Sicherlich ist die Streetworkerdiskussion im Zusammenhang mit der Jupo-Diskussion zu sehen, aber Streetworker sind erst einmal nicht unbedingt was Fürchterliches. Es sind durchaus

schon positive Erfahrungen mit ihnen gemacht worden. Beim wiederholten Durchlesen des Jugendamts-Papiers fällt jedoch auf, daß der so konzipierte Streetworker kaum eigenen Freiraum zum Arbeiten wird haben können, sondern sehr an die Ämter gekettet bleibt. Das macht ihn am Ende dann doch zum Erfüllungsgehilfen, zwar nicht gleich der Polizei, aber doch der Ämter. Und außerdem ist wohl bei diesem Arbeitsfeld dann endgültig das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter fällig, sonst wird der bestwillige Streetworker doch noch zum Jupo!

Diese beiden Punkte zumindest müssen unbedingt gründlich diskutiert werden, Änderungen, Zeugnisverweigerungsrecht und so weiter müssen durchgesetzt werden. Hier ergibt sich aber die nächste Frage: wie diskutiert man solches, mit dem planenden Amt anhand eines internen Papiers, das anscheinend gar nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollte? Da kann man schon wieder sauer werden, weil das Amt hier anscheinend vorhatte, ein feines Konzept für ein paar Streetworkerlein auszutüfteln und dies dann ganz jupo-mäßig den Sozialarbeitern zu kredenzen mit dem Unterschied, daß es für diese rein argumentativ nicht so einfach sein wird, dieses Konzept dann ebenso abzulehnen wie das Jupo-Konzept. Und dieser Aspekt erfordert eigentlich ein ähnlich intensives Eingreifen von den Sozialarbeitern wie bei der Diskussion um den Jupo. Vielleicht können ja zumindest mal die Sozialarbeiter, die das zitierte Papier in den Hängen haben, mal beim Amt und bei anderen Sozialarbeitern nachfragen, was man da machen kann?

WIEDER KÜNDIGUNGEN BEI DER ARBEITERWOHLFAHRT

LEVERKUSEN
20. Februar

Den folgenden Artikel über eine erneute Kündigung bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat uns die Alternativzeitung „Leverkusener Stadterreger" (Burscheider Str. 40, 509 Leverkusen 1) geschickt. Die Leute von der Zeitung haben vor, ein Schwarzbuch über die Arbeiterwohlfahrt herauszugeben und sind an ähnlichen Vorfällen in anderen Kreisverbänden der AWO interessiert.

In der letzten Zeit kommt es bei der Arbeiterwohlfahrt immer häufiger zu Entlassungen, dieoffensichtlich auf eine gesinnungsmäßige Säuberung des Verbandes zielen (vgl. ID 163). Auch in Leverkusen wurde Anfang Februar der nebenamtliche Mitarbeiter Günther Glocksin aufgrund seiner Mitarbeit in der Alternativzeitung „Leverkusener Stadterreger" auf die Straße gesetzt. In der offiziellen Begründung heißt es, daß Günther Glocksin von der Veröffentlichung eines Artikels, der die unsaubere AWO-Personalpolitik beschreibt, gewußt habe und dies nicht sofort dem Geschäftsführer Kubitzki mitgeteilt hat. Kubitzki will die Mitarbeiter der AWO zu Zuträger- und Spitzeldiensten verpflichten. Er versucht jetzt, mit Dienstanweisungen eine Diskussion über diesen Fall innerhalb der Arbeiterwohlfahrt zu verbieten und droht Konsequenzen (?) an, falls die Mitarbeiter öffentlich Stellung beziehen.

Da die AWO in Leverkusen weder einen Betriebsrat besitzt und Günther Glocksin als Honorarkraft auch keinen Arbeitsvertrag bekommen hat, scheinen Geschäftsführer und Vorstand demonstrieren zu wollen, wie sich weiterhin die Mitarbeiter zu verhalten haben. Dies soll vor allem das AWO–Haus der Jugend treffen, das bisher Ausgangspunkt für viele politische Aktionen war und sich auch jetzt gegen die Entlassung und den Eingriff in seine Rechte wehren wird.

PROTEST GEGEN ENTLASSUNG

HILDESHEIM
22. Februar

Freitag, den 14. Januar betraten etwa 40 Studenten der Fachhochschule Hildesheim das „Ministerium für Wissenschaft und Kunst" in Hannover und betätigten sich künstlerisch: Innerhalb kurzer Zeit prangten die Wände und Türen voll mit roten Streikaufklebern und den Forderungen der Studenten. Bis auf die Husmeister und die Beamten waren sich alle einig, so schön hat noch nie ein Ministerium ausgesehen! Während einige Studenten dem zuständigen Herrn eine Resolution überreichten, wurden auf dem Flur Streiklieder gesungen: „In den Schulen, an der Uni wütet jetzt das Spareschwein, wir machen einen guten Vorschlag, sparn wir doch den Albrecht ein."

Anlaß für diese und andere Aktionen der Studenten, war die Entlassung einer Lehrkraft am Fachbereich Kommunikationsgestaltung, aus dem Bereich Satz und Druck. Die Entlassung der Lehrkraft wird mit der Weigerung begründet die Zurückstufung in eine andere Gehaltsgruppe zu akzeptieren. Dies verlangt der zuständige Verwaltungsbeamte auf Anweisung des Rechnungshofes, weil der Lehrer für eine Dozentenstelle an der Hochschule nicht qualifiziert sei. Der Lehrer, seit 1972 an der Schule, strengt einen Arbeitsprozeß an.

Durch den Ausfall als Lehrkraft und Betreuer der Setzerei, Buch-, Offsett- und Siebdruckerei entfallen allein für das 3. Semester 18 Pflichtstunden. Die Studenten, die in der Prüfung stehen, müssen ihre Arbeiten in einer Lohndruckerei machen lassen, da nun die schuleigene Druckerei für einige Zeit — mindestens für ein halbes Jahr — geschlossen ist.

Angesichts dieser Mißstände und der sowieso fehlenden Lehrer beschloß der Fachbereich Kommunikationsgestaltung einen 3-tägigen Warnstreik durchzuführen, der Fachbereich Sozialpädagogik schloß sich dem Streik an. Dort ist die Situation ähnlich: Neubewerbungen von Hochschullehrern werden verzögert oder boykottiert, der Etat für Lehrmittel wurde gekürzt und Unterrichtsstunden von Lehrbeauftragten wurden gestrichen. Ein Ergebnis des Streiks ist, daß sich in den nächsten Tagen die Vertreter der zuständigen Stellen zusammensetzen, um über eine Wiedereinstellung des Lehrers zu beraten. Sollte bei dem Gespräch nichts erreicht werden, sind im nächsten Semester weiter Protestaktionen von den Studenten zu erwarten.
KB-Sympathisanten
(aus: Hildesheimer Initiativzeitung, Nr. 2/3 77, Michael Glöge, Goslarsche Straße 20)

HAMBURGER GEW-VORSTAND : UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE — OHNE UNS !

HAMBURG/FRANKFURT
16. Februar

Am 11. Januar stimmte der Hamburger Landesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit großer Mehrheit dem Wiederaufnahmeantrag eines Kollegen zu, der am 29. November 1975 vom Hauptvorstand zusammen mit dreizehn weiteren Kollegen ausgeschlossen worden war (vgl. dazu die Rekord-Ausschlußziffern der GEW im ID 144). Der Kollege war damals gegen den ausdrücklichen Willen der Landesvertreterversammlung und des Landesvorstandes ausgeschlossen worden, gerade drei Tage nach Übernahme des Vorrangs der Bundessatzung mit ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

Jürgen Petersen, ein Mitglied der Gruppe „Alternative" (die im August 1976 zur Bekämpfung der Linken gegründet wurde) forderte den Bundesvorsitzenden Frister auf, gegen diese Entscheidung des Landesvorstands einzuschreiten. In seinem Brief stellt Petersen den Diskussionsverlauf u.a. folgendermaßen dar:

„Kollege Schmitz (Vorstandsmitglied) betonte ...., daß man den Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung (KV Z) oder das Verteilen entsprechender Materialien nicht als Unterstützung der Organisation werten könne, von denen dieses Material stamme. Die Mitgliedschaft in den Organisationen müsse einwandfrei erwiesen sein. K. hat das Aufnahmeformular unterschrieben, und der Kollege Schmitz geht davon aus, daß K. nicht Mitglied des KBW oder einer anderen unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fallenden Oganisation ist. Alles andere wäre nur eine extensive Auslegung des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Außerdem weigere er sich, Vollstrecker des Unvereinbarkeitsbeschlusses zu sein. ... Der Kollege Lemke (1. Vorsitzender) betont, ... er sei außerdem ein entschiedener Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und schon deshalb für die Aufnahme von K."

Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder vermißt bei der „Alternative" ähnliche Aktivitäten, wenn es gegen Lehrerarbeitslosigkeit, Zwei-Drittel-Verträge und ähnliches geht. Daß der Bundesvorsitzende Frister bereitwillig auf die Vorschläge der „Alternative" eingegangen ist, ist nicht verwunderlich: Frister hat am 28. Januar (s. ID 164) einen Gegenverband „GEW im DGB" in Berlin gegründet, nachdem er dem alten, ihm politisch nicht angenehmen, Landesverband „gekündigt" hatte.

Um eine solche Spaltung in Hamburg (der Landesverband hat 11000 Mitglieder) zu verhindern, beschloß die Vertrauensleuteversammlung der Hamburger GEW mit grosser Mehrheit am 7. Februar auf gemeinsamen Antrag mehrerer Schulkreiskonferenzen (das sind die Vertrauensleute und Delegierten der einzelnen Schulkreise):

— Die Vertrauensleuteversammlung der GEW, Landesverband Hamburg bestärkt den Vorstand darin, bei seinem Wiederaufnahmebeschluß vom 11. Januar 77 zu bleiben.

— Die VV fordert den Vorstand auf, allen Spaltungsversuchen entgegenzutreten und sich dagegen zu verwahren, daß einzelne Vorstandsmitglieder herausgegriffen werden und sich für einen Beschluß des gesamten Landesvorstandes rechtfertigen sollen.

— Die VV fordert den Kollegen Frister auf, seine Forderung gegenüber dem Landesverband Hamburg (Aufhebung des Wiederaufnahmebeschlusses) zurückzuziehen.

— Die VV der GEW, Landesverband Hamburg fordert den Vorstand der GEW-Berlin auf, alle Schritte zu unternehmen, um die Spaltung der GEW-Berlin rückgängig zu machen.

— Die VV fordert den Hauptausschuß auf, die satzungswidrige Kündigung der GEW-Berlin zurückzunehmen und den vom Bundesvorsitzenden Frister gegründeten Verband GEW im DGB nicht zu bestätigen. (Vgl. auch ID 142!).

Am 12. Februar 1977 beschloß der Hauptausschuß der GEW, daß für die Aufnahme ausgeschlossener Mitglieder der Hauptvorstand zuständig ist, nicht der Landesvorstand ......!

Anschrift der Hamburger GEW: **Rothenbaumchaussee 15, Curiohaus, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 4101055.**

ARBEITSLOSENFRÜHSTÜCK IM DRUGSTORE

WESTBERLIN 23. Februar

Laut „Info BUG" vom 31.1. und 14.2. 1977 gibt es nach wie vor in Westberlin den nachahmenswerten Arbeitslosen- u und Aktivisten-Treff:

„Jeden Freitag um 11 Uhr im Drugstore (Postdamer Str. 180, 2. Stock) treffen sich arbeitsscheue, arbeitslose nette Leute. Jeder Arbeitslose, ob Mann oder Frau, sollte daran teilnehmen, um neue Leute kennenzulernen. Wir wollen auf keinen Fall, bloß weil wir im Moment nicht wissen, was wir mit unserer freien Zeit anfangen sollen zum Arbeitsamt rennen, um uns da eine Beschäftigungstherapie andrehen zu lassen. Wir wissen übrigens auch, wie man sich am besten beim Arbeitsamt durchtrickst. Und daß man auch mit der Sozialhilfe hinreicht, zumal man ja auch schwarz arbeiten kann. Aber im Moment reden wir häufiger über alternative Arbeits- und Wohnmöglichkeiten und dazu existierende Projekte. Den meisten dort Anwesenden behagt die eigene momentane Situation nicht sehr. Wir versuchen, zusammen uns über unsere Situation klar zu werden, und suchen nach Möglichkeiten zur Veränderung. Wer kommt, der bringt am besten gleich mal was zum Frühstücken mit!

„ILLEGALE KOCHSTELLE" BESCHLAGNAHMT

STUTTGART 20. Februar

Das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa überstandte dem ID die folgende Presseerklärung:

Die von der Staatsanwaltschaft Stuttgart verbreitete Meldung, ein Anwalt sei bei dem Versuch, „ein elektronisches Bauteil in die Haftanstalt zu schmuggeln", ertappt worden, ist der Versuch der Staatssschutzjustiz, das Peinliche Mißverständnis zwischen Ergebnis und Aufwand einer am 17.2.77 inszenierten generalstabsmäßigen Besetzung und Durchsuchung des Trakts im 7. Stock der Vollzugsanstalt Stammheim zu kaschieren. Es ist eine Falschmeldung, mit der der schwäbische Staatsschutz wieder mal seinen kriminologischen Biedersinn und seine Tücke beweist.

Tatsache ist, daß ein Anwalt eine feuerfeste Platte aus Glimmer, die für Toaster benutzt werden, in seiner Tasche arglos mit sich rumtrug, die er wie gewöhnlich an der Pforte abgab. Während er zu Besuch bei seiner Mandantin Ingrid Schubert war, wurde die Tasche geöffnet, das Ding rausgenommen und der Anwalt bei seiner Rückkehr mit der Anklage der versuchten Gefangenenbefreiung und Strafvereitelung konfrontiert.

Drei Stunden später füllte im Gegenstoß ein Zug von 32 Staatsschützern, darunter 22 bewaffnete Beamte des Landeskriminalamtes Stuttgart, unter Führung von zwei leitenden Regierungsdirektoren den 16 m langen Trakt, in dem die 5 Zellen der Gefangenen sind. Vor der Tür des Trakts formierte sich die Kampfgruppe zu fünf Einheiten, streifte Gummihandschuhe über und fing zu je sechs Man in den 2 x 4 m großen Zellen an, zu filzen. Schließlich gab einer der vor der Zellen lauernden Regierungs direktoren, der Anstaltsleiter Schreitmüller (A15) bekannt, daß es darum ginge, eine „illegale Kochstelle" einzukreisen und zu eliminieren.

Aufgespürt wurde nach zwei Stunden konzentrierter und mit Akribie durchgeführter Filze, die keinen Gegenstand unberührt ließ, eine 12 x 15 cm große und 3 mm dicke feuerfeste Platte mit einer Glühspirale, die von den Gefangenen dazu benutzt wird, das in gesonderten Gefäßen abgefüllte und deswegen meistens kalte Anstaltsessen zu erwärmen. Sie hat te während der zwei Stunden andauernden Suche auf dem Tisch gelegen. Der in dem am schärfsten bewachten Innenraum Europas ausgehobene Herd entspricht vielleicht nicht den Vorschriften des VDE, aber immerhin den Forderungen des Anstaltsarztes, die die Anstaltsleitung und das Justizministerium seit mehreren Jahren ablehnen.

Internationalss Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener — Sektion BRD — c/o Rechtsanwalt Croissant, Lange Str. 3, 7000 Stuttgart

VANDALISMUS IM KNAST

GIESSEN 10. Februar *Den folgenden Bericht über eine Durchsuchungsaktion der Staatsgewalt im Gießener Knast schickte uns die Schwarze Hilfe Fulda, c/o Rolf Löcher, Postfach 1421, 6400 Fulda zu.*

„Am 3.2. dieses Jahres verwüstete der Sicherheitsbeauftragte des hessischen Justizministeriums, Staatsanwalt Karge zusammen mit zwei weiteren Beamten die Zelle des in Gießen inhaftierten Michael Heise. Als Anlaß dazu wurde offiziell eine Inspektion der Sicherheitsmaßnahmen vorgeschoben. Zuerst wurde Michael aus der Zelle geführt, was nach herrschendem Recht verboten ist. Dann machten sich die drei an die Arbeit. Die gesamte Zelle wurde verdreckt und verwüstet. Es wurden Bilder zerrissen, Akten verschmutzt, Lebensmittel unbrauchbar gemacht und verschiedene Gegenstände zerstört. Außerdem wurden von den dreien mehrere Sachen aus dem persönlichen Besitz des Gefangenen geklaut. Der Schaden, der Michael entstand, beträgt weit mehr als 600,— DM.

Hinzu kommt, daß viele Dinge zerstört/geklaut wurden, an denen Michael sehr hängt, weil sie vor allem persönlichen Wert haben. Noch am 9.2. (wahrscheinlich auch heute noch) war die Zelle — besser Müllhalde — in dem Zustand, in dem sie von den dreien verlassen worden war, da Michael hoffte das Ausmaß der Zerstörung durch Fotografien der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Bislang allerdings existieren noch keine Fotos (die Anstaltsleitung hat ja auch schließlich kein Interesse an sowas) und die umhergestreuten Lebensmittel fangen langsam an zu schimmeln und zu stinken.

Michael hat gegen den Staatsanwalt Dr. H. Karge, den vermutlich im Justizministerium aufzufindenden Herrn Hermes und einen Dritten, der ihm namentlich nicht bekannt ist, den er aber jederzeit wiedererkennen würde, Strafanzeige gestellt. Vorwürfe:

1. Diebstahl
2. Sachbeschädigung
3. Verletzung des Strafvollzuggesetzes
4. Versuchte Körperverletzung durch folternde Haftanordnung.

Zu seiner Strafanzeige stellt er folgende Anträge:

1. Durch Erlaß einer einstweiligen Anordnung soll Karge und Mittätern untersagt werden, einen Dienst zu versehen, der irgendetwas mit Strafvollzug zu tun hat. Ihnen soll das Betreten der JVA Gießen und aller anderen Vollzugsanstalten verboten werden.
2. Karge und Mittäter sollen unter dem Haftgrund der „Wiederholungsgefahr" in Haft genommen werden und den von ihnen selbst angeordneten Haftbedingungen unterworfen werden.

Michael sähe darin eine letzte Chance zur Besinnung."

AMNESTIE FÜR ETWA 300 GEFANGENE IN DER JVA-TEGEL?

BERLIN 24.Februar *Ein Gefangener der JVA-Tegel schickte nachfolgenden Brief an den Senator für Justiz in Berlin:*

„Betrifft: Gnadenverfahren von etwa 300 gefangenen Menschen in der JVA-Tegel Berlin!

Aufgrund in dieser Anstalt begangener Indiskretion ist bekannt geworden, daß die Leitung der JVA Berlin-Tegel angewiesen worden ist, etwa 300 (dreihundert) gefangengehaltene Menschen auszuwählen und zu benennen, die für die Amnestie/Begnadigung in Frage kommen!
Ich kann allerdings nachempfinden, daß diese Indiskretion nun nicht in das gedachte Konzept der Justizverwaltung passt und Sie darüber befremdet sein müssen, daß dies trotz aller Bemühungen der Geheimhaltung nun voreilig öffentlich geworden ist. Umso bedenklicher ist dies für Sie, daß bestimmt nicht nur die Leitung der JVA Tegel angesprochen worden ist, sondern gleichlautend die gesamten Vollzugsanstalten Berlins! Somit dürfte sich die von Ihnen gesamt ins Auge gefaßte Amnestie/Begnadigung für ganz Berlin auf etwa 500 (fünfhundert) von derzeit ca. 3500 gefangengehaltenen Menschen belaufen!

Die von Ihnen für diese Freiheitswiedererlangungsaktion zugrundeliegende Begründung: die UHA und AA-Moabit zu entlasten, etwa 300 Gefangene allein nur nach Tegel zu verlegen, weil in Moabit ein ganzer Flügel geräumt werden muß, läßt nun viele von uns hoffen,unter die zu Begnadigenden zu gehören! (Ich wage schon gar nicht daran zu denken, wenn jedes Jahr nen Flügel in Moabit geräumt wird zur Renovierung!)

Unklarheiten bestehen nun in dieser Anstalt hier,wohl auch in jeder anderen Berliner Vollzugsanstalt, unter welchen Gesichtspunkten nun die ‚Auswahl' getroffen wird! Da sich die Geheimhaltungstaktik des Justizsenats nicht als durchsetzbar erwiesen hat, ist es an der Zeit, daß der Senator sich nun erklärt, welche Richtlinien er im Auge hat, wie die Amnestie/Begnadigungspraxis vonstatten gehen soll.

Besonders für mich — und da stehe ich bestimmt nicht allein — ergeben sich besondere Fragen:

1. Gilt diese Begnadigungsaktion auch für hier Einsitzende, die von westdeutschen Gerichten abgeurteilt worden sind?
2. Für Menschen, die ihren Wohnsitz in der BRD haben?
3. Welche Voraussetzungen werden verlangt?
4. Muß ich als in Westdeutschland Verurteilter mit Wohnsitz in Berlin, mich an die westdeutschen Gerichte oder Justizministerium wenden, um bei der hier von Ihnen vorzunehmenden Amnestie/Begnadigung miteinbezogen zu werden?
5. Zu welchem Zeitpunkt ist mit der Entlassung zu rechnen? Damit schon rechtzeitig — also sofort — sich bemüht werden kann, um Vorbereitungen zu treffen, hauptsächlich der Kontaktaufnahme mit den Arbeitsämtern und, wo erforderlich, auch um Bemühung von Wohnsitz.

Gerade die Wohnraumbeschaffung ist bei der derzeit übergespannten Lagersituation eine wichtige Frage, zumal ja die Berliner Senatsbehörden die für dringende Fälle dazu ei-

gens vorgesehenen Obdachlosenasyle abgeschafft haben.

Bezüglich der hier nun dringend anliegenden Fragen ersuche ich Sie, mir baldmöglichst Ihren Bescheid zu übermitteln."

Wir haben erfahren, daß entsprechende Gefangene (z.B. Kurzzeitstrafler und Angepaßte) bereits aufgefordert worden sind, einen Antrag auf Begnadigung zu stellen.

PREUNGESHEIMER WAHRHEITSLIEBE
NACHTRAG ZUM ID 158/159

FRANKFURT 22. Februar *Aus dem Knast in Frankfurt-Preungesheim schreibt Klaus Dorff:*

„Manche Leute meinen, daß unterbliebene Nachrichten gefälligst auch weiterhin zu unterbleiben haben, weshalb der ID bisweilen absonderliche Wege geht (siehe ID 154: "Zensurwanderung durch die Knäste"). Ich habe eine kleine Nachtragsgeschichte zum „Preungesheimer Prügelalltag" aus dem ID 158/159 zu erzählen.

Überrascht hat's uns ja nicht: der ID 158/159 strotzte mal wieder vor Beleidigungen, Verleumdungen, Unwahrheiten, kaum ein Ehrverletzungsdelikt des StGB auslassend. Das meinte jedenfalls die 23. (Staatsschutz-)Kammer des Landgerichts Frankfurt. Und wie alle Gefangenen wissen, sind solche Berichte geeignet, die Anstaltsordnung zu gefährden. Vor allem die Artikel „Preungesheimer Prügelalltag" und „Menschenjagd" (zu Schwalmstadt) dürften auf keinen Fall hier drin bekannt werden, weil der erstere die besagten irrwitzigen Anschuldigungen enthalte, der andere Knastausbrüche verherrliche und zum Widerstand aufwiegele. Zwar sind beide Artikel gute alte Bekannte – sie wurden hier verfaßt. Zwar steht dieser Bau hier trotzdem noch (durchaus zu unser aller Bedauern), aber das tut der Logik keinen Abbruch.

Nach und nach bekamen auch die anderen ID-Abonnenten ihre Anhaltebeschlüsse – nur bei mir kam gar nichts. Die Schuld hierfür beim Zensurrichter vermutend, lege ich also beim Amtsgerichtspräsidenten Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Zwei Tage darauf, am 28.1., trifft mich der Aufsichtsdienstleiter Messer – ich bin gerade auf dem Weg zum Anwalt- und fragt mich, ob ich die bewußte Nummer des ID gekriegt hätte. Ich verneine, erkundige mich nach dem Grund für sein Interesse. Darauf er lakonisch: da habe jemand vom Gericht angerufen – kein weiterer Kommentar.

Am 8.2. kommt der Bescheid des Amtsgerichtspräsidenten: ich will ihn mal zusammengefaßt wiedergeben, als Material zur Beurteilung der Fragen: wer lügt hier? Wie unabhängig sind Richter? wie siehts in diesem Staat mit dem Artikel 5 GG (und nicht nur dem) aus, der nach einigen Prähistorischen Kommentaren zur Strafprozeßordnung auch für U-Gefangene gilt? Meine Beschwerde, erfahre ich da, sei unbegründet. Richter Wolfheimer (der meine Post zensiert), sei der ID am 12.1. vorgelegt und am gleichen Tag zur Aushändigung genehmigt worden. Die Poststelle der JVA habe dann aber (welch Mißgeschick!) den ID zusammen mit einigen an mich adressierten Briefen versehentlich an die (für mich gar nicht zuständige) 23. Kammer geschickt – so jedenfalls Aufsichtsdienstleiter Messer. (Anmerkung: genehmigte Post kommt in einen einheitlich beigefarbenen Umschlag zur Poststelle – einheitlich in der ganzen BRD. Es ist schon eine Leistung, diesen Umschlag mit einem normalen, unzensierten Brief zu verwechseln!).

Nun, wie der Zufall so spielt, hat ja die 23. Kammer den ID für andere Gefangene bereits angehalten. Und statt den Umschlag, auf dem unübersehbar ein Genehmigungsvermerk steht, umgehend an den Knast zurückzuschicken, verfügte „der Vorsitzender der 23. Kammer ... sodann die Weiterleitung der Zeitschrift an den Richter Wolfheimer, wobei von ihm auf dem Briefumschlag vermerkt wurde, daß die Anstaltsleitung Bedenken gegen die Aushändigung der Zeitschrift geäußert habe." Richter Wolfheimer blieb trotz des kollegialen Winks mit dem Zaunpfahl bei seiner Entscheidung vom 12.1. und schickte den ID wieder an den Knast zurück. Nun hab ich ihn jetzt endlich, könnte man denken – weit gefehlt: „Es ist beabsichtigt, eine Gegendarstellung (Anmerkung: gemeint ist vermutlich: Gegenvorstellung) zu fertigen und den Vorgang sodann erneut dem zuständigen Ermittlungsrichter vorzulegen." Der Anstaltsleiter habe nämlich, wie gesagt, Bedenken gegen die Aushändigung. (Warum, das mögen die nicht-gefangenen Genossen der besagten Nummer 158/159 selbst entnehmen.).

Das ist der Stand der Dinge bis jetzt. Nur notorische Linksradikale, ID-Leser und andere Kriminelle, die nicht mehr an den Klapperstorch glauben, können nach Kenntnis dieser Umstände noch Zweifel an der Wahrheitsliebe der Anstaltsleitung des Knastes Preungesheim hegen.

PS:
Ich war gerade im Begriff, diesen Brief abzuschicken, kriege aber eben einen Beschluß (931 Gs 1222-1223/77), daß die erwähnte Gegenvorstellung zurückgewiesen wird. Weil Zeitschriften des öfteren auch dann angehalten werden, wenn der Adressat zugleich Verfasser des beanstandeten Artikels ist, will ich die Begründung hier wortwörtlich wiedergeben:

„Die Zeitschriften (ID 158/159 und 161) mögen zwar erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen enthalten. Eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt ist jedoch im vorliegenden Fall nicht gegeben, da der Beschuldigte selbst der Verfasser derfraglichen Artikel ist.
Es sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, daß der Beschuldigte die Zeitschriften zu agitatorischen Zwecken benutzen wird."

Tatsächlich erhalten habe ich den ID natürlich immer noch nicht, sehr wahrscheinlich wird die Knastleitung Beschwerde gegen den Beschluß einlegen.

EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN FRANKFURTER RECHTSANWALT

FRANKFURT 24.Februar **Am Samstag, 5.März 1977, 9.30 Uhr Justizbehörden Frankfurt,Gerichtsgebäude A, Saal 147** – findet vor der II. Kammer des Ehrengerichts für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Frankfurt/Main der erste Tag der Hauptverhandlung des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Frankfurter Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz statt. Auf Initiative der Bundesanwaltschaft erhebt die in Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte zuständige Anklagebehörde, die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht, gegen den Rechtsanwalt in zwei Anschuldigungsschriften von 25 und 10 Seiten Stärke unter Anführung einer Vielzahl von Einzelpunkten den Vorwurf, er habe als Verteidiger des im Stuttgarter RAF-Prozeß angeklagten Jan Raspe sich standeswidrig verhalten, weil er „...wieder-

holt die Sitzung erheblich gestört sowie allein oder in Zusammenwirkung mit anderen Verteidigern durch sach- und pflichtwidriges Auftreten den geordneten Verfahrensablauf ernsthaft gefährdet..." und „...sich darüberhinaus ... in der Hauptverhandlung zeitweise vornehmlich auf Agitation beschänkt und dabei u.a. immer wieder Verfahrensbeteiligte und Repräsentanten staatlicher Institutionen beleidigt sowie durch haltlose Unterstellungen verdächtigt und verunglimpft ..." habe. Die Anklagebhörde strebt, wie inzwischen offiziell bekannt geworden ist, ein Berufsverbot für Rechtsanwalt v.Plottnitz an.

Die Anschuldigungsschriften machen sich nicht nur die mit der Strafprozeßordnung nicht vereinbarte Rechtsansicht zu eigen, eine an rechtsstaatlichen Maßstäben und strikter Parteinahme für den Angeklagten orientierte Verteidigung sei mit einer geordneten Strafrechtspflege nicht vereinbar, sie reißen darüber hinaus die in ihnen geschilderten Verhaltensweisen und Äußerungen des Rechtsanwalts aus den konkreten Zusammenhängen der Prozeßsituation in Stuttgart-Stammheim heraus, um auf diese Weise mit zusammenhanglosen Zitaten ein standeswidriges Verhalten zu suggerieren. Spätestens seit der Aufdekkung des Aktenversendeskandals um den ehemaligen Vorsitzenden im Stammheimer Verfahren, Richter Dr.Prinzing, und den als Revisionsrichter für das Stammheimer Verfahren zuständigen Bundesrichter Meyer ist in der Öffentlichkeit klar, gegen welche rechtsstaatswidrigen Maßnahmen von seiten des 2.Strafsenats bei dem Oberlandesgericht Stuttgart und der Bundesanwaltschaft die Verteidigung im RAF-Prozeß tagtäglich zu kämpfen hatte. Die Art und Weise, wie in Stuttgart-Stammheim die rechtsstaatlichen Mindestgrundsätze für das Strafverfahren teilweise offen mit Füß en getreten worden sind, ist inzwischen auf öffentliche Kritik gestoßen; dem gegenüber bezeichnen die Anschuldigungsschriften gegen RA v.Plottnitz jeden seiner Angriffe gegen diesen Umgang mit der Strafprozeßordnung als sachlich nicht gerechtfertigt.

Das Verfahren gegen RA v.Plottnitz ist eines von weit über 70 Ehrengerichtsverfahren, mit welchen Rechtsanwälte bis hin zur Existenzvernichtung diszipliniert werden sollen,die in politischen Prozessen auf der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze bestehen. Hierbei ragen besonders die Verfahren gegen Verteidiger von Gefangenen aus der RAF heraus, gegen die bisher die weitestreichenden Maßnahmen getroffen worden sind:
vorläufiges Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenwold,Hamburg; Straf- und Ehrengerichtsverfahren mit dem Ziel des Berufsverbots gegen RA Stroebele,Berlin und Dr.Croissant,Stuttgart; Strafverfahren gegen RA Groenewold wegen angeblicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (RAF) allein durch legale Verteidigertätigkeit, Ehrengerichtsverfahren gegen ausnahmslos alle Verteidiger von Angeklagten aus der RAF, die diesen Angeklagten nicht als mit Recht sogenannte Zwangsverteidiger aufoktroyiert wurden. Es ist offensichtlich, daß mit derartigen Maßnahmen eine unbefangene Verteidigung in solchen Verfahren von vornherein unmöglich gemacht werden soll . . .

WIEDER DURCHSUCHUNG BEI BERLINER RECHTSANWÄLTEN

WESTBERLIN
16. Februar

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde am Mittwoch, 16. Februar, die Kanzlei der Rechtsanwälte Elfferding/Lieder in Berlin-Kreuzberg von einem größeren Aufgebot von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz heimgesucht. Am Ende der über drei Stunden dauernden Durchsuchung beschlagnahmten die Beamten etwa 40 Aktenordner und eine nicht genau bestimmbare Menge schriftlichem Materials.

Dabei handelt es sich um unmittelbares Verteidigungsmaterial aus laufenden — politischen — Strafverfahren (Akten zum Verfahren der Mandantin Rollnik, Akte Till Meyer, Verteidigungsmaterial zum „Schmücker"-Prozeß) und um Archivmaterial (Zeitschriftenordner Info-BUG, ID Fizz, 883, Charlie kaputt, Rote Hilfe Nachrichten, Ausschnitte aus Tagesspiegel, BZ, Bild, Franfurter Rundschau, Welt, Morgenpost und so weiter).

Außerdem wurde in das Prozeßregister und die Mandantenkartei sowie einen Ordner mit hinterlegten Vollmachten von Mandanten Einsicht genommen und einzelne Stücke hieraus beschlagnahmt. Die drei Privatwohnungen der Anwälte und der Büroangestellten Käthe Lieder standen ebenfalls auf der Durchsuchungsliste. Begründet wurde die Filzerei mit dem Argument, Rechtsanwalt Elfferding stehe im Verdacht eines Vergehens nach § 129 StGB (Kriminelle Vereinigung), Eberhard und Kätze Lieder würden ihn dabei unterstützen.

Auch diese zweite Durchsuchung richtet sich offensichtlich gegen das„Prozeßbüro Berlin", ein legales Unternehmen zum Sammeln und Archivieren von Informationen zu bestimmten Themenkomplexen.

BULLENFASTNACHT

FRANKFURT
22. Februar

Weil die Kinder keine Ruhe gaben und unbedingt den Fastnachtszug im Frankfurter Stadtteil Heddernheim sehen wollten, machten wir uns also auf die Socken, reihten uns in die am Straßenrand stehenden Menschenmassen ein und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Und gleich die ersten Dinge, die da kamen, raubten mir schier die Fassung: zuerst fünf berittene Polizisten in ordentlicher grüner Uniform. Einer von ihnen hatte sich mit Luftschlangen behängt und krähte ununterbrochen „Frankfurt — Helau! Heddernheim — Helau!". Dann aber kam das stärkste: ein großer grüner Mannschaftswagen mit vergitterten Fenstern — so wie wir sie von den Demonstrationen her kennen — mit Lautsprechern auf dem Dach. Und aus diesen Lautsprechern tönte doch tatsächlich laut und deutlich das altbekannte Lied: „Freut euheuch des Lehebens . . . " und andere Karnevalsongs. Drinnen saßen strahlende Polizisten, von denen nicht ganz klar war, ob sie sich des Aberwitzes ihres Auffahrens gar nicht bewußt waren, oder ob sie den Kontrast zwischen dem Fastnachtstreiben auf den Straßen und dem finsteren Bullenwagen mit ihrem Grinsen kaschieren wollten. Letzteres ist ihnen nicht so ganz gelungen, etliche Umstehende am Straßenrand meinten, wenn schon Polizei, dann hätten die fünf Berittenen oder vielleicht ein kleiner Streifenwagen auch gelangt; mit so einem Monstrum daherzufahren sei ja wohl doch ziemlich übertrieben.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

AKTION AM HESSENKOLLEG WIESBADEN

WIESBADEN 9. Februar Am zweiten Schultag nach den Winterferien, als die Kollegiaten (ca. 160 Leute) morgens mißmutig und müde in die Schule kamen, mußten sie erstaunt feststellen, daß ein Bullenwagen vor der Schule stand und einige Bullen samt Direktor Zimmermann und Heimleiter Neu im Schulgebäude rumschnüffelten. Als die Kollegiaten dann das Schulgebäude betraten, konnten sie leicht erahnen, was dieser ungewohnte Besuch wollte. Die Gänge der Schule, zu denen man auch außerhalb der Schulzeit Zutritt hat, da sie als Zugang zum Wohnheim benutzt werden, waren mit einigen Sprüchen und Zeichen vollgesprüht, die wie folgt lauteten:

Macht kaputt, was euch kaputt macht!
Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um!
Weg mit der BAFöG-Kürzung
Demokratie erspart den Zimmermann
Alle Macht den Kollegiaten

Hie und da sah man auch einige A's mit einem runden Kreis drumrum. Wie ein aufgeregt gackerndes Huhn lief der Heimleister Neuy durch die Klassenräume und selektierte drei der Heimbewohner zum Verhör mit der Polizei. Die drei waren willkürlich ausgesucht und von daher auch vollkommen verdutzt. Die FRagen des Verhörs lauteten: Wer, denken Sie, könnte es gewesen sein; haben Sie etwas gehört, gesehen etc. etc..

Dann wurde ohne Anwesenheit der Bewohner der jeweiligen Zimmer ein Durchgang durch das Wohnheim begonnen (natürlich ohne jeden Hausdurchsuchungsbefehl, da die Heimbewohner nur einen Zuweisungsvertrag, aber keinen Mietvertrag besitzen). Das „Ansehen" der Zimmer wurde nach sechs Zimmern gestoppt, da man wohl einsah, daß die mutmaßlichen „Täter" nicht so naiv sind, sich die Sprühdosen auf den Nachttisch zu stellen. Später kam noch der Erkennungsdienst zur Spurensicherung (Farbe und Fingerabdrücke). Außerdem wurde den Kollegiaten mit weiteren Verhören, Einschaltung des LKA und des BKA gedroht (es sei ja gleich am Orte und man habe dort persönliche Kontakte). Zitat eines Lehrers: „Die haben dort nämlich Geräte, mit denen man noch nach Monaten Farb-Partikel auf Kleidungsstücken feststellen kann".

Nachmittags liefen nochmals „Zivile" samt Direktor Zimmermann und Heimleiter Neuy durchs Wohnheim, allerdings ohne weiter in Zimmer zu schauen. Angstmacherei und allgemeine politische Einschüchterung ohne irgendwie konkret nach „Tätern" zu suchen, sondern um allgemein politische Leute aufzuspüren. Außerdem wurde uns angedroht, daß 7.000 Mark Renovierungskosten, die für das Wohnheim gedacht waren, jetzt für die Renovierung der Wände genutzt werden sollen. Mittlerweile lief auch schon ein ei frige Meinungsbildung unter den Kollegiaten ab, die ein ganzes Spektrum der Sichtweiten umfaßt; von „Dufte -weiter-so, man solllte denen jeden Tag vor die Tür scheißen" über die formale, aber nicht inhaltliche Ablehnung dieser Tat, was meint, daß man andere Wege für die Aufzeigung der Mißstände nutzen müßte, bis hin zu den kleinen Aufsteigern und Reaktionären, die diese Aktion verurteilen. Einig sind die Kollegiaten sich jedoch in dem Wehren und Ablehnen der ganzen Repressalien, die kommen gegen einzelne und alle. Da keine „Täter" gefaßt werden, muß man natürlich mit einer Kollektivstrafe rechnen. (Keine Renovierung des Wohnheims, sondern der besprühten Wände) Mittlerweile gab es eine Heim-VV, in der die große Mehrheit der Heimbewohner die Repressalien gemeinsam verurteilt als eine große VV (alle Kollegiaten), in der wir mehrheitlich abstimmten, die „Wandmalerei" so stehen zu lassen und die 7.000 Mark wie beschlossen ins Wohnheim zu stecken. Die Mehrheit der Heimbewohner einigte sich außerdem darauf, nicht zuzulassen, daß Zimmer ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht werden, als auch gemeinsam zu Verhören zu gehen, bzw. am besten die Aussage zu verweigern, da uns in diesem Stadium (juristisch gesehen) niemand zur Aussage zwingen kann. Hinzufügen muß man noch, daß es äußerst lächerlich anmutet, kaum daß ein paar Sprüche an der Wand stehen, gleich den „halbe Staatsapparat" einzubeziehen. Gut war die Akton außerdem, weil es die Auseinandersetzung und Meinungs- und Frontenbildung unter den Kollegiaten gefördert hat. ZU der Aktion wurde folgendes Flugblatt verteilt:

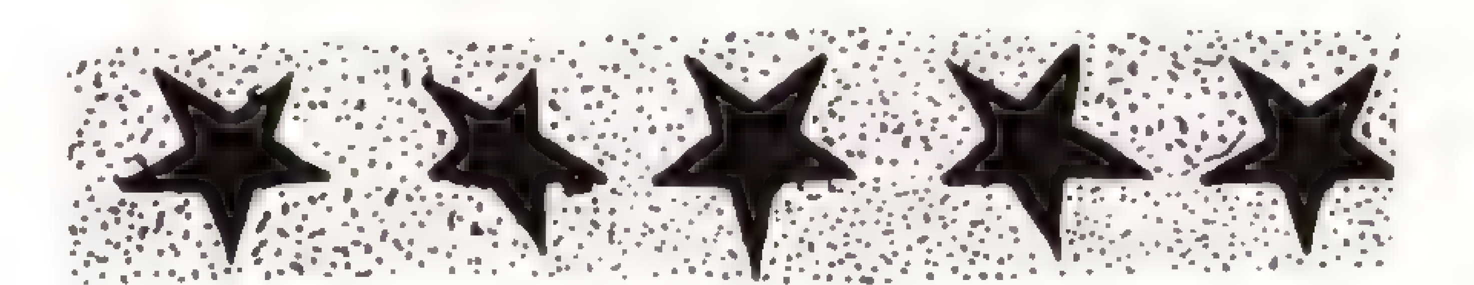
„WARUM?
- weil sich die Situation inzunhemendem Maße verschärft
- weil die Kollegiaten damit ihre Aggressionen zum Ausdruck bringen
- weil es Spaß macht, sich auf diese Weite zu wehren und es zudem noch kreativ ist
- weil die Kollegiaten die kahlen Wände satt haben
- weil die Kollegiaten den Repressionsmaßnahmen nicht mit offenen Armen entgegentreten wollen
- weil die Kollegiaten ihren Forderungen Nachdruck verleihen wollen:
  Weg mit den BAFöG-Kürzungen!
  Mindestens 600 Mark BAFöG
  Weg mit den Anwesenheitslisten!
  Gegen Repressalien beim Zuspätkommen!

Weg mit den Schlössern und Käfigen: Wir wollen Menschen sein und keine eingesperrten Tiere!

V.i.S.d.P.R.: der Menschenschutzverein."

Diese ganze Aktion soll sich einreihen in die ganzen Protestaktionen, die schon seit einiger Zeit liefen, wie die Demo und STreiks der Fachhochschule, Unis, Gymnasien, mitunter auch in Wiesbaden. Die Mißstände im Bildungsbereich gerade im Zweiten Bildungsweg (ZBW) werden immer größer und belastender.

DEr ZBW soll ja im übrigen sowieso vollkommen abgeschafft werden und zwar so, daß er einfach in die gymnasiale Oberstufe eingegliedert wird. Leistungsdruck, der alle anderen Lebensbereiche außer den des schulischen Strebens ersticken will, kommt ja sowieso noch hinzu. Gefreut haben wir uns auch darüber, daß genau ein Tag zuvor ähnliches am Moltkering-Gymnasium lief, obwohl auch traurig, daß die Leute dabei erwischt wurden.



kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

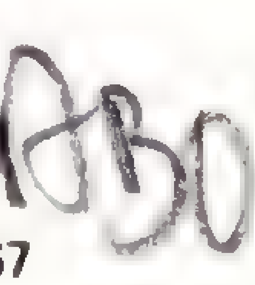
4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67





INTERNATIONALES

RÄUMUNG DER LIP-FABRIK ?

BESANCON 11. Februar Seitdem die Arbeiterinnen und Arbeiter von LIP vor 8 Monaten ihre Fabrik besetzt haben (siehe ID 129) sind sie praktisch jeden Tag von einer Ausweisung aus der Fabrik bedroht. Schon mehrere Male war die Vermutung laut geworden, daß eine Räumung bevorstehe. Diesmal ist die Warnung vor einer polizeilichen Räumungsaktion ernster als je zuvor. Eine „geheime" richterliche Entscheidung wurde vom Gericht in erster Instanz in Besancon gefällt. Obwohl die LIPs mit einer Ausweisung gerechnet hatten, ist dieses Verfahren im Kontext der augenblicklichen Situation mehr als niederträchtig.

In dem Moment, wo der Landrat der Region Franche-Comte den Kauf des Geländes und der Gebäude der LIP-Fabrik vorschlug und bereit war, eine Million Francs dafür zur Verfügung zustellen (der Landrat studiert seit mehreren Monaten die LIP-Affäre und will eine industrielle Löstung erleichtern), hat sich also ein Justizbeamter aus Besançon gefunden, der am 4. Februar das von einem der beiden Treuhänder der Fabrik, Labrolie aus Paris, überbrachte Gesuch der Ausweisung heimlich unterschrieben hat. Man muß darauf hinweisen, daß der Treuhänder aus Besançon, Jacqout, dieses Gesuch nicht unterstützte.

Der Vorschlag des Landrats, auch wenn er letztlich keinen wirtschaftlichen Aufschwung für die LIP-Fabrik bedeutet hätte, würde den LIPs wenigstens weiterhin die Möglichkeit lassen, über die Fabrik zu bestimmen, wie sie es wollen.

Die Demonstration der LIPs am Morgen des 10. Februar nach dem Bekanntwerden des Verfahrens, war nicht die erste in ihrem achtmonatigen Konflikt, unterschied sich aber in besonderer Weise von den bisherigen. Die 400 LIP-Arbeiter hatten eine halbe Stunde lang das Justizgebäude unter den Parolen „Die Justiz ist korrumpiert" und „Besanç on, Gericht der Repression" besetzt.

Danach gingen sie zum Polizeipräsidium, wo etwa zehn Polizisten und zwei CRS-Einsatzwagen den Eingang versperrten, um eine ähnliche Schlappe wie die vom 3. Februar zu vermeiden, wo die LIP-Arbeiter zum ersten Mal in das Präsidium eingedrungen waren. Obwohl das diesmal nicht gelang, riefen sie folgende, an den Präfekten Beziau gerichtete Parolen wie „Schwein, wir werden dich kriegen" und endeten mit dem schon traditionellen „Präfekt, wir kommen wieder".

Die Frage, ob das bewilligte Gesuch eine Ausnahmelösung für einen außergewöhnlichen Konflikt ist, kann wohl bejaht werden, weil dieses sogenannte „heimliche Gesuch" sehr wenig praktiziert wird. Im Gegensatz zu einem normalen öffentlichen Gerichtsverfahren,müssen die beiden Parteien nicht vor Gericht gehen, das Verfahren ist also nicht öffentlich. Außerdem ist eine Aufforderung von einem Gerichtsvollzieher, die Fabrik zu verlassen, nicht notwendig.

Nur durch eine undichte Stelle wurde die Sache bekannt. Man fragt sich jetzt, ob eine gewaltsame Räumung stattfinden wird. Bei LIP wird trotz allem die Produktion fortgeführt (Spielzeuge, Teller etc.), wobei die Lagerbestände nach und nach anderswo untergebracht werden. In Besançon wurden auch wieder Plakate der LIPs geklebt, die Arbeiter sind auf Polizeieinsätze vorbereitet: sie haben aus früheren Kämpfen gelernt und es gibt auch irgendwo ein Uhrenlager im Werte von 20 Millionen Francs. Diese Uhren könnten im Falle einer polizeilichen Intervention innerhalb weniger Stunden auf den Markt geworfen werden. Es wurde ebenfalls am 10. Februar beschlossen, diese Uhren auf jeden Fall in vier Monaten (Ende der Arbeitslosenzahlung von 90 %) zu verkaufen, falls keine Lösung in Sicht ist. Jedenfalls ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand der LIPs gegeben.

(aus: Liberation)

17 ARBEITER IN KKW-FABRIK VERSEUCHT

PIERRELATTE 3. Februar Der Betriebsarzt der Urananreicherungs-Fabrik Comurhex in Pierrelatte (Departement Drome) erklärte 17 Arbeiter für die sogenannte „Zone" arbeitsunfähig, da die zulässigen Uran bzw. Fluorwerte bei ihnen überschritten wurden. Durch eine Uran- und Fluorverseuchung des Grundwasserspiegels war das Wasser der Kantine vor einigen Wochen radioaktiv verseucht worden.

In der „Uranzone" wurden 6 Arbeiter schwer verseucht. Die im Urin festgestellte Uran-Konzentration betrug bei einem von ihnen 1084 Microgramm pro Liter. Der Arbeiter wurde außerdem durch angereichertes Uran von 959 milliardstel/Liter infiziert. In der „Fluorzone" wurden 11 Arbeiter von der Verseuchung betroffen.

Im Dezember erklärte die CFDT von Comurhex, daß nach zehnmonatiger Bilanz acht Personen die zulässige Dosis Uran und neun die von Fluor überschritten hatten. Im Gegensatz zum staatlichen Atomkonzern CEA, wo die Höchstmenge 35 microgramm/Liter beträgt, um einen Arbeiter aus der Uranzone abzuziehen, wird man bei Comurhex erst mit einer Verseuchung von 200 microgramm/Liter als verseucht erklärt.

Die medizinischen Untersuchungen bei Comurhex sind weniger häufig, ebenso die Blutuntersuchungen (alle 6 Monate anstatt 3 Monate). Auf die Forderungen der CFDT nach größerer Sicherheit beim Arbeitsprozeß, die zynische Antwort der Direktion:„Wir sind nicht in einer Schokoladenfabrik."

Die Strahlenschutzabteilung hält die Ergebnisse der Reaktionen auf die Verseuchungsquoten der Arbeiter geheim. Man geht sogar soweit, die Angestellten, die sich zu neugierig zeigen, zu bedrohen. Das Hygiene- und Sicherheitskomitee CHS (Comite d'hygiene et de securite) der Fabrik, läuft den Informationen hinterher und erfährt recht wenig über die durchgeführten Untersuchungen. Weil die Direktion sich weiterhin weigert ein Verbesserungsprogramm der Sicherheitsbedingungen und des Umweltschutzes anzugehen (sie hat sich im Gegenteil für das Projekt einer Lagerfläche von Fäßern mit radio-aktivem Material entschieden, das in einem Untergeschoß unter der Küche, dem Frühstücksraum und dem Kontrollraum geplant ist) sind die Delegierten der CHS nach sechsstündiger Diskussion kollektiv von ihrem Posten zurückgetreten. Sie sind nicht länger bereit, die Politik der Direktion anzuerkennen, die die Produktion über die Sicherheit der Arbeiter stellt.

(aus: Liberation)

4000 STREIKEN BEIM KKW WINDSCALE IN ENGLAND

WINDSCALE 16. Februar 4000 Arbeiter sind vorletzte Woche beim Windscale KK-Zentrum (eine von den 2 zur Zeit funktionierenden Wiederaufbereitungsanlagen in der Welt) in Streik getreten. Die Arbeiter haben eine Spezialzulage gefordert wegen den „annormalen Arbeitsbedingungen" im Kernkraftbereich. Der Streik fing so an:

Die Arbeiter, die in den Umkleide-Kabinen arbeiten und die Schutzkleidung einsammeln, forderten mehr Geld. Sie haben die Geschäftsleitung auf die besonderen Gefahren ihrer Arbeit aufmerksam gemacht. Weil keine positive Antwort gekommen ist, haben sie für einen Tag gestreikt. Dadurch konnten weitere tausend Arbeiter nicht mehr arbeiten: es war für sie eine technische Aussperrung. Am nächsten Tag bot die Geschäftsleitung den ausgesperrten Arbeitern eine Stunde Bezahlung für den verlorenen Tag an. Dieses Angebot lehnten die ab, und daraufhin sind alle 4000 Arbeiter im Windscale in Streik getreten. Der Streik dauert zur Zeit noch an.

GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH STREITEN SICH UM JAPANISCHEN ATOMMÜLL

LONDON 16. Februar Seit 3 Jahren versuchen die Briten einen langfristigen Auftrag zur Wiederaufbereitung von japanischem Atommüll zu kriegen. Die Atomkraftindustrie in Großbritannien, obwohl 27 Jahre alt, spielt keine so wesentliche Rolle in der Energieversorgung dort. Seit Jahren werden keine KKWs mehr gebaut – das Geld dafür ist nicht vorhanden. Aber was die britische Regierung immer mehr interessiert, ist die Möglichkeit, ihr Windscale-KK-Zentrum zum Internationalen Zentrum für Atommüll auszubauen – weil mit dieser wichtigen Dienstleistung Geld zu verdienen ist. Die chronische wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens bewegt sogar angebliche Linke innerhalb der Regierung wie Wedgwood Benn (Befürworter von Arbeiterkontrolle durch die Gewerkschaften), das Geschäft mit dem Atommüll aktiv zu unterstützen.

Zuerst sah es so aus, als ob das 1,6 Milliarden-Geschäft mit den Japanern lautlos über die Bühne gehen würde, aber während der letzten 6 Monate hat sich eine Opposition zur Kernenergie innerhalb der Labour Party selbst gebildet. Dafür hat der Widerstand in der BRD eine wesentliche Rolle gespielt. Diese Oppositionsgruppe fordert eine öffentliche Untersuchung und Diskussion vor der Genehmigung der zweiten Phase des Windscale-Projekts, dem Ausbau der Wiederaufbereitungsanlage. Es ist fast sicher, daß diese öffentliche Untersuchung stattfinden wird, was gleichzeitig die Eröffnung der Debatte über Kernenergie insgesamt bedeutet. Dies ist den Japanern zu riskant, und deshalb haben sie Verhandlungen mit den Franzosen aufgenommen. Frankreich besitzt Europas zweite Wiederaufbereitungsanlage in La Hague bei Cherbourg. (Dort wird im Moment ebenfalls gestreikt, ID 164). Im Moment spielt sich ein schmutziger makabrer Kampf um den japanischen Müll zwischen Groß-Britannien und Frankreich ab. Ob Frankreich oder Groß-Britannien: ab 1979 werden 1635 Tonnen japanischer Atommüll unterwegs sein zwischen Japan und Europa.

DIE ORKNEY-INSELN WOLLEN KEINE URAN-MINEN

LONDON 23. Februar Geologische Untersuchungen haben gezeigt, daß beachtliche Mengen von Uran auf den Orkney-Islands (äußerster nordwestlicher Teil von Schottland) zu finden sind. Mit lockenden Angeboten haben die Vertreter der staatlichen Atomindustrie einige Großbauern überredet, die Bohrrechte an die „Atomic Energy Authority" (staatliche Gesellschaft) zu verkaufen. Trotzdem hat sich der Stadtrat der Orkney-Inseln geweigert, eine Genehmigung für Probebohrungen zu erteilen. Sie verweisen auf die langfristigen Schäden für die Landwirtschaft der Orkneys, die aus einer Übertage-Uranmine resultieren würden. Angesichts dieses Widerstands hat sich die „Atomic Energy Authority", deren Bemühungen mit beachtlichen Geldsummen aus der EWG unterstützt werden, aus den Orkneys zurückgezogen. Sie hat ihre Arbeit auf das Festland verlagert, wo sie mit einigen Großgrundbesitzern schon Verträge abgeschlossen hat.



AGEE UND HOSENBALL SOLLEN DOCH AUSGEWIESEN WERDEN

LONDON 23. Februar Philip Agee, ehemaliger CIA-Agent und Autor von „Inside the Company", und Mark Hosenball, amerikanischer Journalist der Londonder Zeitung „Evening Standard", sollen nach der Entscheidung von Innenminister Mervyn Rees aus Großbritannien ausgewiesen werden. Agee und Hosenball wurde vorgeworfen, die Sicherheitsinteressen Großbritanniens gefährdet zu haben.

Aber weder Agee noch Hosenball wollen diese Entscheidung des Innenministers kampflos hinnehmen. Hosenball hat vor, beim obersten Gericht zu klagen, was zuerst einmal aufschiebende Wirkung hat, und Agee ist nach Schottland gefahren, wo er die Gültigkeit des in England ausgestellten Ausweisungsbefehls durch die schottischen Gericht zuerst prüfen lassen will. Aufgrund von zwei Präzedenzfällen besteht die Möglichkeit, daß die schottischen Gerichte diese Gültigkeit nicht anerkennen. Agee könnte dann in Schottland, aber nicht in England bleiben. Dazu spielt die Auseinandersetzung über die schottische Autonomie eine Rolle, hier bietet sich die Gelegenheit, Unabhängigkeit von der zentralen Regierung in London zu zeigen. Agee kann deshalb eine breite Unterstützung in Schottland erwarten.

Die Agee- und Hosenball-Verteidigungskomitees planen mehrere Aktionen, die mit einer nationalen Demonstration in London ihren Höhepunkt haben werden.

In Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Agee und Hosenball sind am Freitag, dem 18. Februar, zwei englische Journalisten der Londonder Wochenzeitung „Time OUT", Duncan Campbell und Crispin Aubrey, verhaftet worden. Ein dritter Mann, John Berry, wurde zugleich festgenommen. Über die genauen Vorwürfe ist bisher nichts bekannt. Die beiden Time-OUT-Journalisten hatten Artikel über sogenannte Geheimwaffen des britischen Geheimdienstes geschrieben. Agee und Hosenball hatten ähnliches Material über Geheimwaffen des CIA zusammengestellt. Es ist auf jeden Fall sehr günstig für die britische Regierung, gerade jetzt einen weiteren „ Beweis" gefunden zu haben für ihre umstrittene Entscheidung, die beiden Amerikaner auszuweisen. 80 Abgeordnete – fast ausschließlich von der Labour-Party – sind bereit, gegen das Vorgehen des Innenministers zu protestieren. Einige arbeiten schon mit dem Verteidigungskomitee zusammen, und beschränken ihre Proteste nicht auf die parlamentarische Ebene.

„VERBOTEN" FINDET EIN GUTES ECHO IN GROSSBRITANNIEN

LONDON 23. Februar „Verboten", das Bulletin der „Campaign against Repression in West-Germany", ist innerhalb der britischen Linken sehr gut angekommen. Als Echo auf die erste Nummer (die zweite ist diese Woche erschienen) kamen mehr als 100 Briefe aus allen Teilen der Welt. Eine Gruppe in Hong Kong sowie ein Gefangener von „Fulsome Prison Californien" (Knast in USA) haben ihre Interessen an der Arbeit der Gruppe ausgedrückt. Die erste Nummer ist in einer Auflage von 500 erschienen, die waren innerhalb von ein paar Tagen ausverkauft; deshalb wird die Auflage der zweiten Nummer auf 1.500 erhöht. Dieselbe Gruppe organisiert in Zusammenarbeit mit Westdeutschen Gruppen in Frankfurt einen Kongreß über Repression in der BRD am 7./8. Mai in London (interessierte Genoss(inn)en können sich an den ID wenden).

DIE IRA ERHIELT NEUE SCHWERE WAFFEN

OBERURSEL 18. Februar Die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) meldete am 14.2., daß die IRA eine Schiffsladung neuer Waffen erhalten habe. Darunter befinden sich auch schwere Maschi nengewehre sowie belgische und amerikanische Schnellfeuergewehre vom Typ M 16. Gleichzeitig bestätigte AP die Existenz eines von der provisorischen IRA lancierten Bildes, das eine Guerrillaeinheit mit schweren MG's im Einsatz in Nordirland zeigt.

Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee (WISK), Postcach 35, 6370 Oberursel 5

NACHRICHTEN AUS DEM SAMIZDAT

FRANKFURT 23. Februar *Wir drucken ein weiteres Dokument aus dem politischen Widerstand in der UDSSR ab. (siehe auch ID 164 und 165). Der folgende Bericht wurde in der Zeitung „Liberation" am 17. 12. 1976 veröffentlicht.*

Der Schnurrbart Fedorenkos

Am 10.Dezember 1975 begann Basil Fedorenko erneut einen unbefristeten Hungerstreik zur Durchsetzung seiner Freilassung. Zumindest im Februar/März 1976 dauerte dieser noch an — seither haben wir keine weiteren Nachrichten mehr bekommen. In dem folgenden auszugsweise widergegebenen Text wird Fedorenkos Gesundheitszustand als ‚verheerend' bezeichnet. Eine vielsagende Begebenheit am Rande: als sich Basil Fedorenko in alter ukrainischer Tradition einen Schnurrbart wachsen ließ und sich weigerte, diesen wieder abzunehmen, diagnostizierte der Gefängnis-Psychiater einen Fall von Besessenheit. Man rasierte Fedorenko seinen Schnurrbart gewaltsam ab und steckte ihn für zwei Wochen in die Arrest-Zelle.

Basil Fedorenko wurde am 30.März 1928 im Bezirk Tschernizow in der Ukraine geboren. Grundschule. Schlosserlehre. Frühere Gefängnisstrafen: 6 1/2 Jahre wegen Verletzung des Artikels 58 des alten Strafgesetzbuches; im Juni 1966 wird er jedoch vorzeitig entlassen und im Strafregister gelöscht Zweite Haftstrafe: von 1966 bis Herbst 1972.

Dann wird er Mitte September 1974 in der CSSR bei einem Fluchtversuch festgenommen und vom Gericht in Uigorod verurteilt: 5 Jahre Gefängnis und anschließend 10 Jahre Lager (Siedlung') unter verschärften Bedingungen. Das Urteil vom 21.März 1975 wurde folgendermaßen begründet (Auszug): „...nach seiner Freilassung .. hat er es nicht etwa unterlassen, sondern weiterhin anti-sowjetisches Gedankengut bei seinen Arbeitskollegen verbreitet ... Er heißt die für die Sowjetunion schädlichen Aktivitäten von Solschenizyn und Sacharow gut und bezichtigt die sowjetischen Behörden zudem noch, diese ungerechtfertigt zu unterdrücken... Seine Verleumdungen richten sich in erster Linie gegen die KPdSU und damit gegen die Völker der UDSSR... Der Angeklagte hat am 18.Februar 74 eine Erklärung an den Ministerrat der SSR der Ukraine und am 2.April eine weitere an das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR geschickt und darin um eine Ausreisegenehmigung ersucht; gleichzeitig beschuldigt er in diesem Schreiben die sowjetische Regierung, sich nur verbal an die Menschenrechtskommission der UNO zu halten. Obwohl ihm weder eine Ausreisegenehmigung erteilt worden war noch seine Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, verschaffte sich der Angeklagte einen Kompaß und eine Karte der Karpathen (...),unternahm einen Fluchtversuch ins Ausland, hat zugegeben, daß er an die Grenze gefahren sei, mit der Hoffnung, in einem kapitalistischen Land Asyl gewährt zu bekommen und von dort aus sodann feindliche Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder zu entfachen, um die Sowjetmacht auf dem Gebiet der UDSSR zu beseitigen."

Am 20.April 1975 wird Fedorenko in das Gefängnis von Wladimir überstellt, am 26. beginnt er seinen ersten Hungerstreik. Gegen die Illegalität seiner Verurteilung sowie für seine Freilassung und Ausreise ins Ausland. Er hielt diesen Hungerstreik 95 Tage lang bis zum 31.Juli 1975 aufrecht.

(Der Text stammt vom Mai 1976)

ALTERNATIVE ENTWICKLUNGSPOLITIK

REUTLINGEN 22. Februar Über eine „entwicklungspolitische Alternative von Basisgruppen" hat sich der „Aktionskreis Dritte Welt Reutlingen" Gedanken gemacht. Sie sind zusammengefaßt im „Reutlinger Manifest", das man bei ihm bestellen kann: 7410 Reutlingen 1, Lederstraße 34.

KAMPAGNE FÜR OST-TIMOR

FREIBURG 22. Februar Über den Kampf um die Befreiung Ost-Timors von indonesischer Herrschaft ist es hierzulande still geworden. Das soll anders werden. Ein Ziel ist es, die Funkverbindung zwischen den Revolutionären in Osttimor und Australien herzustellen. Dafür macht das Osttimor-Solidaritätskomitee in Freiburg (Postfach 6026) eine Kampagne unter dem Titel „let East-Timor speak" (laßt Osttimor sprechen).

„BEIM SCHUSSWECHSEL ERSCHOSSEN"
(Ein Jahr Militärdiktatur in Argentinien)

WESTBERLIN 22. Februar „Die argentinische Gesellscahft erlebt heute eine politische, wirtschaftliche, soziale und moralische Krise, die auf dem lateinamerikanischen Subkontinent ihresgleichen sucht. Die Welle der Gewalt, die seit Monaten das Land heimsucht, hat 1976 mehr als 1500 Tote gefordert. 31 Menschen, niedergemacht von Ordnungskräften bei bewaffneten Auseinandersetzungen oder Manifestationen, sind bereits seit dem 1. Januar 1977 umgekommen." (Le Monde 7.1.77)

Bis Mitte Januar hat sich die Zahl der Ermordeten schon auf 100 erhöht. Die offiziellen Versionen ähneln sich auf verblüffende und geistlose Weise. Immerwieder greifen subversive Delinquenten – oder auch Aufrührer genannt – Gefangenentransporte an. Durch den Schußwechsel werden dann die politischen Gefangenen und einige Angreifer erschossen. So geschah es wieder einmal am 6.1. (nach dem Bericht der Opinion vom 8.1.77):

„Der ehemaligen Führer der peronistischenJugend und Anführer der subversiven sog. Organisation Montoneros, Dardo Cabo, starb während eines Schußwechsels zwischen Sicherheitskräften und Extremisten am Donnerstag, dem 6. Januar, in der Nähe von Brandsen.

Dabei wurden acht Aufrührer erschossen. Der Schußwechsel begann um 1 Uhr 20, als von Extremisten ein Konvoi der Sicherheitskräfte, der subversive Gefangene ins Gefängnis von Olmos überführte, angegriffen wurde. Der Angriff wurde abgewiesen. Dabei starben sechs der Angreifer und zwei der verhafteten Extremisten. Einer von ihnen war Cabo."

Dardo Cabo saß seit über eineinhalb Jahren als politischer Gefangener in verschiedenen Gefängnissen des Landes. Er wurde so schwer gefoltert, daß Arme und Beine gelähmt wurden. Dardo Cabo wußte, daß ihn seine Mörder als Geisel betrachteten. Er rechnete zu jeder Zeit mit seiner Ermordung.

Dieser angebliche Guerillaangriff auf den Gefangenenkonvoi hat niemals stattgefunden. Er wurde, wie bei allen ähnlichen Mordfällen, von den Repressionskräften simuliert. Alle acht Ermordeten waren politische Gefangene, zwei von Ihnen – Dardo Cabo und Rufino Uriz – waren sogenannte anerkannte politische Gefangene. Ihre Gefangenschaft war von der Regierung offiziell bestätigt worden. Die sechs übrigen Ermordeten waren nicht anerkannte politische Gefangene, Verschwundene, von Sicherheitskräften entführte. Ihre Namen werden auch nicht bekannt gegeben damit nicht ans Licht kommt, daß sie schon vor Monaten von der Armee entführt worden waren.

Nach dem Bombenattentat im Polizeihauptquartier von La Plata am 9. November 1976 melden verschiedene Presseorgane eine Serie von bewaffneten Auseinandersetzungen in der Provinz Buenos Aires, bei denen etwa Hundert „Aufrührer" gefallen sein sollen, ohne daß die Repressionskräfte auch nur einen einzigen eigenen Verlust zu verzeichnen hatten. Ein Zeuge eines dieser Zwischenfälle, der sich nach dem offiziellen Kommunique bei Valentin Alsina ereignet hatte, berichtet:

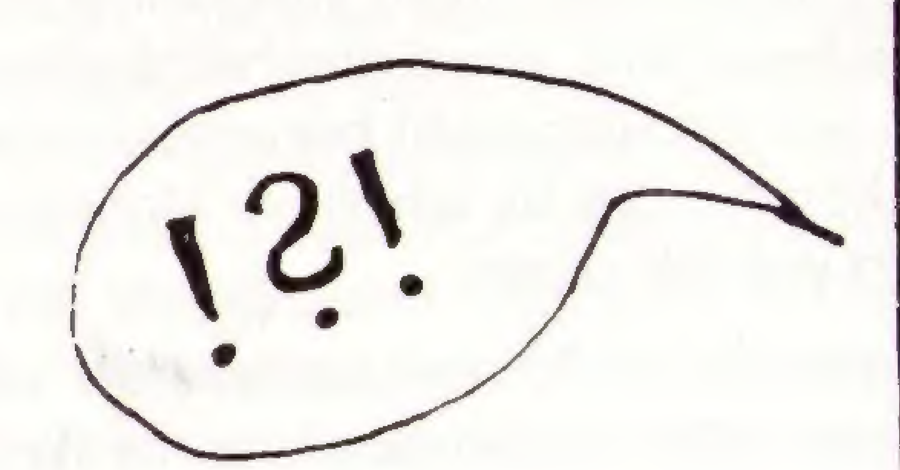
„Am 10. November um 3 Uhr morgens hielt unifomierte Polizei in der Nähe der Firma SIAM ihre Fahrzeuge an. Drei junge Männer mußten dem Wagen entsteigen. Sie wurden sofort exekutiert. Die Polizisten schossen dann mit ihren Maschinenpistolen auf ein parkendes Auto, ohne Zweifel, um diese Aktion glaubwürdiger zu machen." Das offizielle Kommunique, daß am nächsten Tag in der Presse erscheint, berichtet von „bewaffneten Auseinandersetzungen mit subversiven Delinquenten".

(aus: Chile-Nachrichten 45; in dieser Nummer ist neben Berichten über die BRD in Chile unter anderem ein Beitrag über die Rolle des CIA beim Austausch Corvalan gegen Bukowski)

Nr. 166

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90



Achtung, liebe Abonennten! Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Was in diesem ID ab Seite 13 zu lesen war:

I N T E R N A T I O N A L E S